

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

CODE

Bonn:

Für Fehler der Regierung zahlt der kleine Mann

So kommt mit den Wahlen im Jahr 1994 endlich die politische Wende in Bonn

Umerziehung:

Die Saat des Hasses geht auf

US-Dollar:

Die abenteuerliche Geschichte der US-Bundesbank

Deutschland:

Die Vertriebenen aus dem Osten

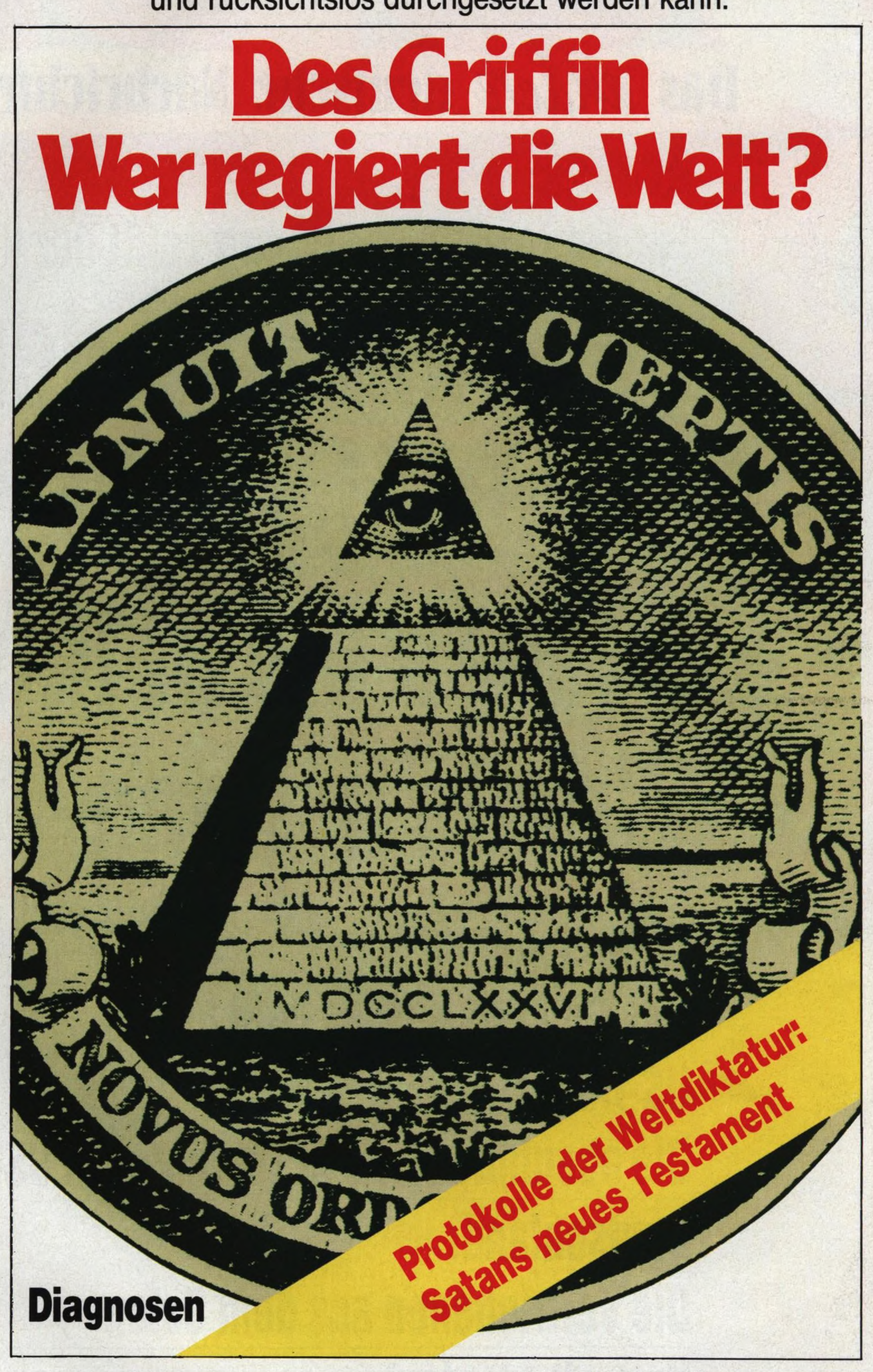
Umwelt-Ideologie:

Ein neues Machtinstrument der Regierenden

Libyen:

Interview mit Gadaffi »Ich hasse den Terrorismus!«

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.





Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

CODE bemüht sich, die wichtigsten Informationen zu veröffentlichen, damit Sie wissen, was gespielt wird. Es gibt eine internationale Gruppe, die an die »Neue Weltordnung« glaubt. Sie arbeitet in verschiedenen Gremien und unter vielen Namen: Insider, Internationalisten, Bilderberger, Illuminaten, Trilaterale Kommission, Council on Foreign Relations.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühen möchten wir uns gern bedanken. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als Prämie das Buch **»Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 78.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 78.– DM anbei (Ausland: DM 93.– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ **Bittet um Übersendung einer Rechnung.**

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

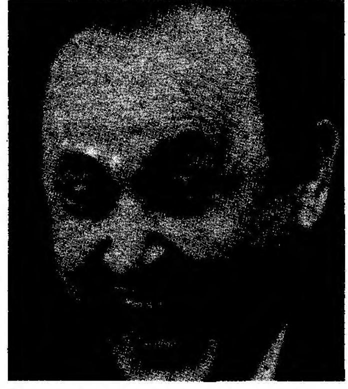
Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land



Deutschland



Der endlich ausgeschiedene deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher, seine Politik wird die Deutschen noch lange beschäftigen.

Finanzen

Internationales

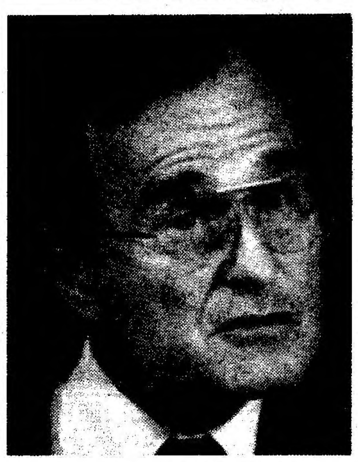


Südafrikas Präsident de Klerk will jeden Widerstand der Weißen in seinem Land gegen eine Politik neutralisieren, die von einem Geldmonopol bestimmt wird.

6. Jahrgang Nr. 6 Juni 1992



Josef Stalin und seine Exzesse wurden auch von der italienischen Kommunistischen Partei gefeiert.



Die Politik des US-Präsidenten George Bush verspricht auch seiner Familie Profite.

Ständige Rubriken

Petitionsausschuß schreibt deutsche Kriegsschuld fest

Für den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestags scheint die moderne Forschung nicht viel Wert zu besitzen. Diesen Eindruck muß man haben, wenn man sich folgenden Briefwechsel anschaut:

Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt hatte am 3. April 1991 folgendes Schreiben an den Petitionsausschuß gerichtet:

Betr.: Bitte gemäß Artikel 17 Grundgesetz. Der Bundeskanzler hat sich wiederholt zur Frage der Kriegsschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg geäußert. So in einer Erklärung der Bundesregierung zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs (Bulletin vom 2. September 1989 des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung Nr. 84/Seite 734). Darin heißt es:

»Anders als nach dem ersten Weltkrieg gab es nach 1945 keine Diskussion über die Kriegsschuld. Hitler hat den Krieg gewollt, geplant und entfesselt. Daran gibt es nichts zu deuteln. Wir müssen entschieden allen Versuchen entgegentreten, dieses Urteil abzuschwächen. Das ist ein Gebot der Wahrhaftigkeit und des politisch-moralischen Anstands.«

(Ähnlich auch am 21. Juni 1990: Bulletin vom 22. Juni 1990, Nr. 79/Seite 679). In der Überzeugung, daß sich der Bundeskanzler zu dieser Frage so genau informiert und/oder eigene Forschungen angestellt hat, daß er ein geschichtliches Faktum mit der Autorität seines Amtes bekräftigen konnte, bat ich ihn, beziehungsweise das Bundeskanzleramt, mir die Quellen zu nennen. Dies auch deshalb, weil Gegenteiliges von Historikerseite da und dort mit der Folge bestritten wird, daß sich in der Öffentlichkeit eine erhebliche, politisch schädliche, Unruhe verbreitet hat und noch verstärkt verbreitet.

Im Verlauf eines sich vom März bis August 1990 hinziehenden Schriftwechsel gelang es jedoch nicht, auf diese Frage eine Antwort zu erhalten. Vielmehr wurde mir immer nur versichert, meine Anfragen seien gelesen worden. Zuletzt wurde ich unter dem 23. August 1990 (Az.: 012-K 67060/90/05) beschieden, man könne in Zukunft keine Antworten mehr erteilen: Meine eventuellen Zuschriften würden aber weiterhin aufmerksam zur Kenntnis genommen werden. Daraufhin verdeutlichte ich mit meinem Brief vom 31. August 1990 im Zusammenhang mit anderen Gegenständen noch einmal meine Frage nach dem historischen Gutachten, die dem Bundeskanzler vorgelegen haben. Ich bitte den Petitionsausschuß, sich mit dieser Sache zu befassen und beim Bundeskanzler mit dem Ziel vorstellig zu werden, daß mir die amtlich bekräftigte Quellenlage gegeben wird.

Artikel 17 des Grundgesetzes besagt im übrigen: »Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertreter zu wenden.«

Am 11. November 1991 kam dann unter dem Aktenzeichen Pet 4-12-04-1105-4879 die Antwort, das Verfahren sei abgeschlossen. Dazu heißt es in der schriftlichen Begründung:

»Beschlußempfehlung, das Petitionsverfahren abzuschließen. Begründung: Der Petent – wissenschaftlicher Mitarbeiter einer zeitgeschichtlichen Forschungsstelle – bezweifelt die wiederholt vom Bundeskanzler Dr. Kohl veröffentlichte Meinung, daß die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht zu bestreiten sei. Er hatte vergeblich versucht, vom Bundeskanzler die historischen und wissenschaftlichen Grundlagen für diese Ansicht zu erfragen. Er bittet den Petitionsausschuß um seine Hilfe. Der Petitionsausschuß vermag diese Erwartungen jedoch nicht zu erfüllen. Die der Aussage des Bundeskanzlers zugrunde liegenden historischen Tatsachen sind allgemein bekannt und jedermann zugänglich. Soweit der Petent auf den in der Öffentlichkeit ausgetragenen ›Historikerstreit‹ verweist, ist anzumerken, daß es sich hierbei um eine Auseinandersetzung im wissenschaftlichen Raum handelt. In diesem Rahmen ist ein Tätigwerden des Petitionsausschusses ausgeschlossen.

Ein Versäumnis des Bundeskanzlers in seiner Amtsführung ist dem Petitionsausschuß nicht ersichtlich, so daß auch unter diesem Aspekt eine Intervention nicht gerechtfertigt wäre. Der Petitionsausschuß unterstützt deshalb das Anliegen des Petenten nicht. Er empfiehlt, das Petitionsverfahren abzuschließen.«

Diese Antwort spricht für sich selbst. Moderne Forschungsergebnisse zählen anscheinend nur, wenn sie über das alte Römerreich oder die Inkas sind und nicht das deutsche Volk betreffen. □

Sieg für die Girmes-Opposition

CODE hat in den vergangenen Jahren oft über die Machenschaften des Großkapitals beim Konkurs des Textilkonzerns Girmes AG 1989 geschrieben. Das Verschulden hieran war seitens der Deutschen Bank immer dem Herausgeber des Börsentippdienstes »Effecten-Spiegel«, Bolko Hoffmann, gegeben worden. Jetzt sieht die Sache aber auf einmal ganz anders aus: Das Amtsgericht Düsseldorf entschied nämlich bei einer Schadensersatzklage gegen Hoffmann für den Beklagten und wies die Klage ab. Von besonderem Interesse ist dabei die Begründung:

So führte das Gericht in seiner Begründung aus: Es sei »nicht erkennbar, daß der Beklagte gegen ein Gesetz verstoßen oder gegen Sitte und Anstand gehandelt hätte. Es ist nicht einmal erkennbar, daß der Beklagte in Ausführung der ihm erteilten Aufträge – Hoffmann hatte 1989 eine Stimmrechtssammlung gegen den von den Banken geforderten Kapitalschnitt im Verhältnis fünf zu zwei durchgeführt und gefordert, daß die für die wirtschaftliche Misere mitverantwortlichen Banken einen größeren Sanierungsbeitrag leisten sollten – vorsätzlich schädigend auf klägerische Rechtspositionen eingewirkt hätte ... Nach dem unbestrittenen Vortrag war dessen Antrag beziehungsweise der Antrag der hinter ihm stehenden Aktionäre nahezu mehrheitsfähig: das Konzept fünf zu drei erhielt immerhin 44,8 Prozent der Stimmen. Unstreitig hat im übrigen wie der Beklagte und die hinter ihm stehenden Aktionäre die Dresdner Bank gegen das Konzept fünf zu zwei gestimmt.«

Dieses ist sicher »nur« das Urteil der ersten Instanz. Dennoch scheint es aber als nahezu sicher, daß diese Entscheidung auch von den nächsten Instanzen bestätigt wird. Damit ist aber eine Taktik der Banken, nämlich mit einer Hetzjagd auf Hoffmann von ihren eigenen Fehlern abzulenken, in sich zusammengebrochen. Es bleibt nur zu hoffen, daß Hoffmanns Klage gegen das Deutsche Bank-Vorstandsmitglied Ulrich Cartellieri – dieser soll laut der Hoffmannschen Berichterstattung im »Effecten-Spiegel« der Girmes-Verwaltung, die bereit gewesen sei, das Konzept fünf zu drei anzunehmen, gedroht haben, in einem solchen Fall alle Kredite sofort fällig zu stellen – mehr Erfolg beschieden ist. Diese Klage befindet sich derzeit vor dem Europäischen Gerichtshof, weil die bisher angerufenen deutschen Gerichte mit einer sehr widersprüchlichen Begründung die Klage abgelehnt hatten.

Interessant ist im übrigen auch der weitere Werdegang von Girmes. Nachdem über die AG der Konkurs eröffnet wurde, wurde die Girmes GmbH als Auffanggesellschaft gegründet. Dieser ging es von der ersten Stunde an blendend. Jetzt hat sie bereits das dritte Geschäftsjahr hintereinander mit immer weiter steigenden Gewinnen aufgewartet und ist wirtschaftlich so gesund, wie es ein Unternehmen überhaupt nur sein kann. Dies wäre auch nach dem Sanierungskonzept fünf zu drei der Fall gewesen, mit dem einzigen Unterschied, daß das Unternehmen noch viele hundert Aktionäre gehabt hätte. Jetzt hat das Großkapital sich aber das Sahnestück untereinander aufge-

teilt. Die Dummen sind mal wieder die Kleinaktionäre! □

Überraschender Rücktritt Genschers

Für alle vollkommen überraschend kündigte der dienstälteste Außenminister der Welt, Hans-Dietrich Genscher, am 27. April an, am 17. Mai, seinem 18. Jahrestag der Ernennung zum Außenminister, zurückzutreten. Diese Ankündigung kam umso überraschender, da es hierfür keinerlei Vorzeichen gab. Umso lauter mahlt natürlich die Bonner Gerüchtemühle.

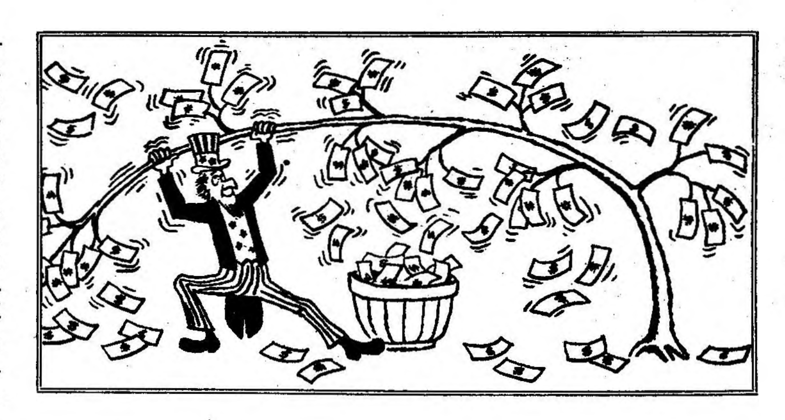
Einige wollen wissen, daß er dies getan hat, um, wie in CODE bereits mehrfach angedeutet, in zwei Jahren Nachfolger von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu werden. Dies wäre jetzt die vorbereitende Handlung hierfür gewesen.

Andere führen auf, daß Genscher gesundheitlich viel angeschlagener sein soll, als dies offiziell zugegeben wird. Hiergegen spricht aber, daß in jüngster Zeit keinerlei Anzeichen hierfür registriert worden sind.

Wiederum andere wollen erfahren haben, daß der Druck auf ihn seitens immer größerer Teile der CDU/CSU, aber auch der eigenen Partei, immer größer geworden sei, nicht immer mit offener Geldbörse durch die Lande zu reisen und jedem Staat Unterstützung zuteil werden zu lassen, zuletzt auch wieder Albanien. Ein Zeichen hierfür sei die jüngste Verweigerung von zwei Milliarden Mark Kreditsicherheiten an Israel.

Es gibt aber womöglich noch einen vierten, viel wichtigeren Grund. Vor einigen Wochen ist CODE nämlich ein anonymes Schreiben zugegangen, in dem mit Veröffentlichung einiger interessanter Details Genscher beschuldigt wird, der ominöse Spion zu sein, den der Ex-Chef des Verfassungsschutzes, Hellenbroich, in der Ministerriege ausgemacht haben soll.

Wir geben dieses hier mit aller gebotenen Vorsicht wieder. Anonymen Schreiben ist immer mit einer gewissen Skepsis zu begegnen, selbst wenn etwa der Sturz des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth oder auch der Börsen-Insiderskandal ebenfalls durch ein anonymes Schreiben ausgelöst wurden. Auch muß fairerweise zugegeben werden, daß entsprechende Recherchen bislang zu keiner Bestätigung geführt haben, vielerseits aber bei dieser Frage auch sehr abgeblockt wurde. Aus diesem Grunde soll auch auf eine Veröffentlichung des Briefes verzichtet werden, zumindest so lange, bis sich hierfür eine Bestätigung findet beziehungsweise nährere Einzelheiten bekanntgegeben werden. Bis dahin gilt auch für Genscher der Rechtsgrundsatz. In dubio pro reo (im Zweifel für den Angeklagten). Zumindest sahen wir uns aber verpflichtet, auf dieses Schreiben – das im übrigen an mehrere Adressaten versandt wurde – hinzuweisen, da nur wenige Wochen nach Zusendung der überraschende Rücktritt Genschers erfolgte. □



Berlin will sowjetische Ehrenmale erhalten

So als ob Berlin keinerlei Finanznöte hat, muß der neueste Schildbürgerstreich des Berliner Senats gewertet werden. Mit einem Gesamtaufwand von 20 Millionen Mark sollen verteilt über zehn Jahre nämlich die drei sowjetischen Ehrenmale erhalten werden. Dazu gehört das 26000 Quadratmeter große Areal im Tiergarten, wo ein von zwei T-34-Panzern flankierter Sowjetsoldat steht. Dort fanden 2500 Angehörige der Sowjetarmee ihr Grab. Der 24100 Quadratmeter große Ehrenhain in der Schönholzer Heide wurde letzte Ruhestätte von mehr als 13000 Soldaten der Roten Armee. Und in der Treptower Gedenkstätte, die sich über rund 100000 Quadratmeter erstreckt, liegen 5000 Sowjets begraben. Dort erheben sich auf dem knapp zehn Meter hohen Ehrenhügel ein Mausoleum und die 30 Meter hohe Bronzefigur eines jungen Soldaten.

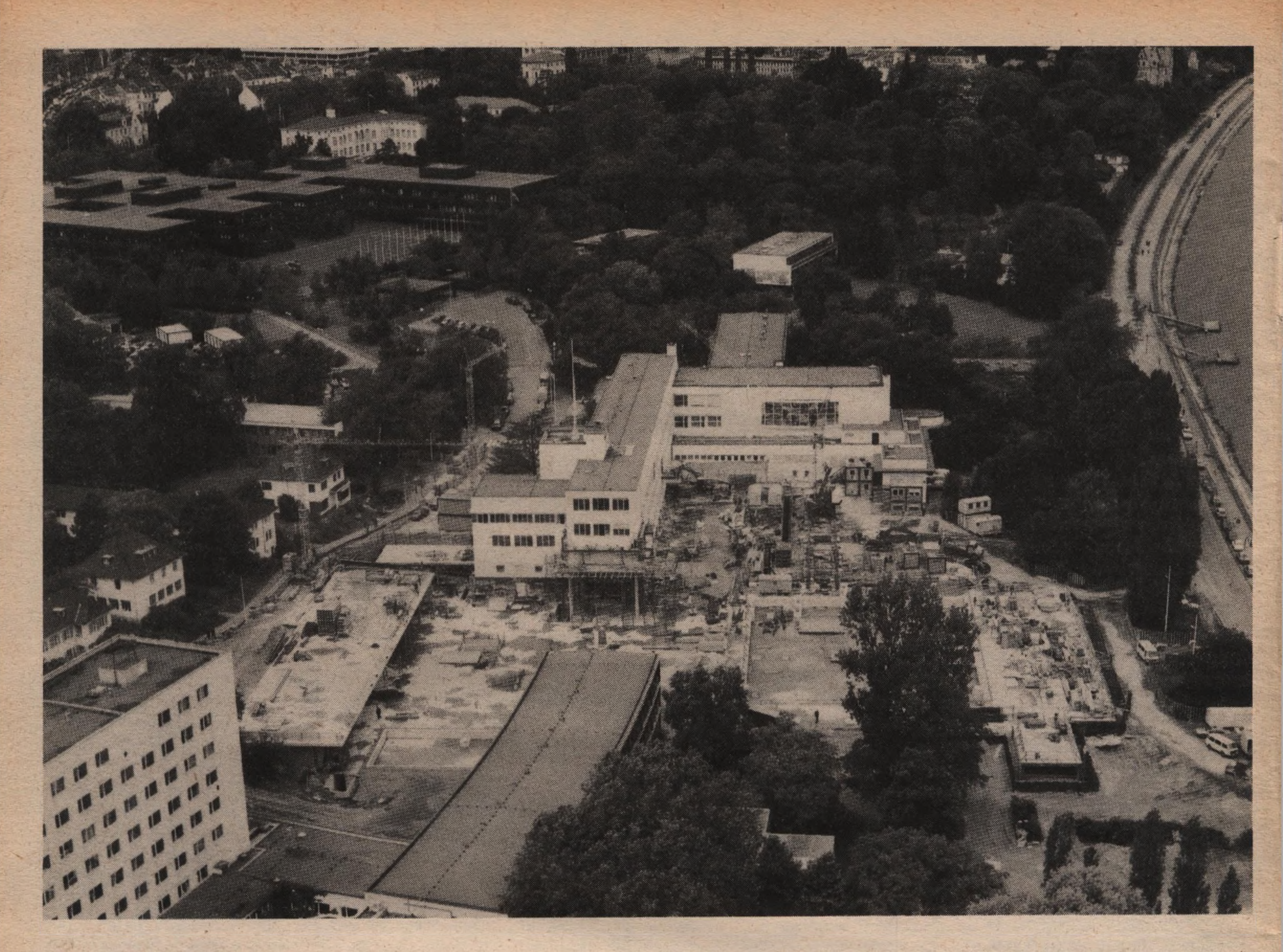
Auch die Bundesregierung setzt sich sehr für den Erhalt dieser Schandmale einer Armee ein, die hunderttausende, wenn nicht Millionen Deutscher in zum Teil bestialischer Art und Weise massakrierte. Gerade die deutsche Hauptstadt, so heißt es von der Bundesregierung, müsse sich besonders für den Erhalt von sowjetischen Denkmälern einsetzen und auf diese Weise ein Vorbild für den Umgang mit ähnlichen Stätten in den neuen Bundesländern sein. Denn gemäß Artikel 18 des deutsch-sowjetischen Nachbarschaftsvertrags von 1990 sind die Deutschen zur Erhaltung und Pflege sowjetischer Denkmäler verpflichtet.

Der Berliner Obergartenbaurat Klaus von Krosigk meint hierzu: »Wir sind vor allem der deutschen Geschichte verpflichtet, denn mit den Ehrendenkmälern, die längst zur Stadtlandschaft gehören, lassen wir nicht die Sowjets als Sieger hochleben, sondern erhalten späteren Generationen Mahnmale gegen den Krieg.«

Man muß sich das einmal vorstellen: In Berlin fehlen tausende von Wohnungen, gibt es tausende von Sozialhilfeempfängern und armen Rentnern. Dennoch hat der Berliner Senat nichts besseres zu tun, als für die Sanierung der sowjetischen Denkmäler Millionen Mark aus dem Fenster zu werfen. Für die Aufrechterhaltung von Friedhöfen, auf denen sowjetische Soldaten begraben sind, ist nicht das mindeste einzuwenden. Sehr viel aber gegen Denkmäler, die, allen Beurteilungen von Krosigks zum Trotz, sehr wohl der Verherrlichung der Roten Armee dienen. Dies ist umso bedauerlicher, da es in ganz Berlin kein Denkmal für die tapferen deutschen Soldaten der Wehrmacht gibt, die bis zum letzten Atemzug die deutsche Hauptstadt verteidigt und damit hunderttausenden ermöglicht haben, vor der mordenden, brandschatzenden und vergewaltigenden roten Soldateska zu fliehen. □

KZ-Arzt Mengele für tot erklärt

Der ehemalige KZ-Arzt Josef Mengele ist endgültig für tot erklärt worden. Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt gab kürzlich bekannt, daß sie das Verfahren gegen Mengele, der des angeblichen Massenmordes beschuldigt wurde, eingestellt hat. Es stehe fest, daß es sich bei dem Skelett, das in Brasilien exhumiert wurde, tatsächlich um die sterblichen Überreste Mengeles handelte, der zu den meistgesuchten Personen aus dem Dritten Reich gehörte. Mengele war von Mai 1943 bis Januar 1945 Arzt im Konzentrationslager Auschwitz. □



Deutschland

So kommt in Bonn die politische Wende

Xaver Rüttly

Die Denkzettel-Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg sind vorüber. Mit rund 30 Prozent Nichtwählern, 11 Prozent Rechtswählern und zehn Prozent Grünwählern, die zusammen ungefähr 51 Prozent Protestwähler ergeben, wurde erneut bestätigt, daß den »Volksparteien« das Volk davonläuft, die 1982/83 erhoffte und herbeigewählte »Wende« längst wackelt und sich eine erdrutschartige neue Wende mit veränderter Parteienlandschaft für 1994 schon ankündigt.

Wie Umfragen bestätigen, traut man den Bonnern Lizenz-Parteien die Lösung der für Deutschland innen- und außenpolitisch entscheidenden Fragen nicht mehr zu, stellt mit Entsetzen fest, daß die christlich-liberale Koalition dank Genscher die sozial-liberale Koalition im Eiltempo und unter Verlust aller Grundsätze weit »links« überholt hat, und spürt als Volk immer deutlicher, daß es keine geistige Führung und keine die Interessen der Deutschen vertretende Regierung mehr hat. Das Maß ist voll, das Faß läuft über!

Es sei nur am Rande die Einfalt der »Rechten« erwähnt, die erneut nicht wahrnehmen wollen, daß die Protestwähler nicht ihre Parteien aus Überzeugung gewählt, sondern sie lediglich als Vehikel ihres Protestes, als gerade greifbaren politischen Schlagstock benutzt haben. 1994 wird man sich ihrer kaum noch erinnern. Mit der Entscheidung über die Zukunft Deutschlands

In Bonn wird das Bundeshaus erweitert, obwohl feststeht, daß der Umzug in die Hauptstadt Berlin bevorsteht.

und Europas im Wahljahr 1994 haben diese Parteien nichts zu tun!

Das wohl wichtigste Ergebnis der beiden Landtagswahlen im April 1992 war die Tatsache, daß der Bürger, der Wähler, der eigentliche Souverän, das Volk, vor der jetzt einsetzenden zweijährigen Landtagswahlpause und im Hinblick auf die bedeutungsvollen Europa- und Bundestagswahlen 1994 den Bonner Stellvertretern nochmals eindringlich signalisiert hat, daß der »deutsche Michel« nicht mehr bereit ist, deren Innen- und Außen-, Deutschland- und Europa-, Geld- und Finanz-, Steuer- und Schulden-, Agrar- und Eigentums-, Ausländer- und Asyl-, Familien- und Sozial-, Innere-Sicherheits- und globale Verteidigungs- sowie über-

haupt eine über die Köpfe der Betroffenen hinweggehende volksfremde Kabinettspolitik noch weiter hinzunehmen. Es ist bitterer Ernst, der aus dumpfer Ohnmacht hochkommt!

Abwehr-Reaktionen des Volkes

Das deutsche Volk beginnt, das ihm von den Besatzungs- und Hintergrundmächten verordnete und von den mannigfachen Kollaborateuren verabreichte »Gift« zu spüren, wendet sich daher zunehmend gegen internationale Bevormundung, erkennbar planmäßige Überfremdung, kulturelle Fremdüberflutung in den Medien, vorenthaltene Selbstbestimmung und fehlende wirkliche Souveränität ohne fremde Truppen im eigenen Lande.

Die Deutschen erkennen, daß die UN-Feindstaaten-Klauseln noch Wirklichkeit bedeuten, die NATO weiterhin Kontrolle heißt und die Europäische Gemeinschaft, »als Nebenstruktur zur Atlantischen Allianz gedacht, ... ein widererstarkendes Deutschland zu integrieren« (Henry A. Kissinger in der Zeitung »Welt am Sonntag« vom 1. März 1992), Deutschland auch wirtschaftlich »unumkehrbar« in die »Europäische Gemeinschaft« einbringen soll.

Und deshalb besagen die Wahlergebnisse im April 1992 als letzte Warnung: So kann, darf, soll, wird es nicht weitergehen! Wir wollen es nicht! In Mitteldeutschland ist dieser Wille noch deutlicher als in Westdeutschland spürbar. Wer als Politiker noch »sehen, hören und fühlen« kann, der nimmt wahr, daß diese beginnende zweijährige Landtagswahlpause möglicherweise so etwas wie die »Ruhe vor dem Sturm« bedeuten kann.

Bundeskanzler Kohl ließ verlauten, daß die nächste Bundestagswahl am 31. Oktober 1994 stattfinden soll. Das wäre der »Reformationstag«, möglicherweise ein wahrer Tag der »Umgestaltung«!

Die »alten Hasen« in Bonn fürchten zwar, glauben aber nicht daran, würden auch alle legalen und illegalen Hebel in Bewegung setzen, es zu verhindern. Die »Stammtisch-Politiker« wagen es zwar zu denken, hegen aber ihre Zweifel. Die »Besserwessis« und die »Berufspessimisten« schließen eine Wendemöglichkeit sicher aus. Unsere »Kontrolleure« (UN, NATO, EG, Bundesregierung und die vielen anderen) haben jetzt schon alle Hände voll zu tun, um solche »Regungen« gar nicht erst hochkommen zu lassen. Nur die »blinden Rechten« glauben, daß alle Stimmen auf ihre Mühlenräder strömen werden, ohne zu bedenken, daß »Wahlparolen« die eine Seite, »qualifizierte Führungspersönlichkeiten« die andere Seite der Medaille sind.

Die Rahmenbedingungen für eine »Wende 1994« haben ebenfalls zwei Seiten. Einerseits nimmt die »persönliche Betroffenheit« jedes einzelnen Bürgers durch die jede Vernunft und Normalität verlierende Bonner Politik täglich rapide ab, wird 1993 durch die Konsequenzen des »Europäischen Binnenmarktes« noch drastisch gesteigert und bringt den Wahlbürger 1994 in eine »Wahlhochstimmung«, die alles bisher vorstellbare in den Schatten stellen könnte.



Am 7. September 1949 trat der 1. Deutsche Bundestag zu seiner konstituierenden Sitzung in Bonn zusammen.

Terminrahmen für die nächsten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen

Niedersachsen (13. Mai 1990)	April/Mai	1994
Europa-Wahl (17. Juni 1989)	Juni/Juli	1994
Mecklenburg-Vorpommern (14. Oktober 1990)	September/Oktober	1994
Brandenburg (14. Oktober 1990)	September/Oktober	1994
Sachsen-Anhalt (14. Oktober 1990)	September/Oktober	1994
Thüringen (14. Oktober 1990)	September/Oktober	1994
Sachsen (14. Oktober 1990)	September/Oktober	1994
Bayern (14. Oktober 1990)	September/Oktober	1994
Berlin (2. Dezember 1990)	Oktober/November	1994
Bundestagswahl (2. Dezember 1990)	Oktober/November	1994
Hessen (20. Januar 1991)	Dezember '94/Januar	1995
Saar (28. Januar 1990)	Dezember '94/Januar	1995
Rheinland-Pfalz (21. April 1991)	März/April	1995
Nordrhein-Westfalen (13. Mai 1990)	April/Mai	1995
Hamburg (2. Juni 1991)	Mai/Juni	1995
Bremen (29. September 1991)	August/September	1995
Schleswig-Holstein (5. April 1992)	März/April	1996
Baden-Württemberg (5. April 1992)	März/April	1996

Die in Klammer gesetzten Termine waren die letzten Wahltage.

Andererseits sind nur noch zwei Jahre Zeit, wird jede »laute« und »öffentliche« Aktivität im oppositionellen Sinne – »Gruppenbildungen«, »vorpolitische Organisationen«, »Parteigründungen«, »konspirative Treffen«, »Unterschriftenaktionen«, »Sammlungsbewegungen«, »Vernetzungsbestrebungen« – sofort beobachtet, verfolgt und zerschlagen – »Abhöraktionen«, »Postkontrolle«, »Unterwanderungsaufträge«, »Einsatz bewährter und bezahlter Demonstrations- und Schlägerverbände«, »Droh- und Belästigungsaktionen« und gegebenenfalls mit der »Verfassungsschutzkeule« oder »Nazi-Verleumdung« kaltgestellt. Dieser Stand der »politischen Kul-

So kommt in Bonn die politische Wende

tur« ist inzwischen in der Bundesrepublik Deutschland erreicht worden. Ausnahmen gelten nicht!

Die »Wende« kommt trotz aller Machenschaften

Einerseits ist eine Wende-Notwendigkeit unbestritten, andererseits darf man sich auch nicht einschüchtern lassen. Das heißt nicht, selbst in »Heldenpose« zu gehen, seinen »Mut« prahlerisch anzupreisen und »mit dem Kopf durch die Wand« zu wollen! Es meint nur, sich in bewährter deutscher Tradition seines Verstandes zu bedienen. Es geht um eine geistige Auseinandersetzung! Die Frage sollte also nicht lauten: »Kann es noch eine Wende in Bonn geben!«, sondern die Frage ist: »Wie kann die erforderliche politische Wende trotz aller bekannten Machenschaften legitim und erfolgreich realisiert werden?!«

Da es nur etwa bis zu vier Prozent Parteimitglieder in der Bundesrepublik Deutschland geben soll, fähige Bürger oftmals aus den Parteien austraten oder verdrängt wurden, so daß sich inzwischen die reine Mittelmäßigkeit in Parteiführungspositionen, Parlamenten und Regierungen ausgebreitet hat – Herr und Frau Scheuch sprachen in ihrem Ro-Ro-Ro-Buch nicht zufällig von »Cliquen, Klüngel und Karrieren« –, muß man sich an die 96 Prozent Nicht-Parteimitglieder wenden, die sicher schon die 51 Prozent »Protestwähler« stellten.

Nicht vorstellbar, daß sich noch länger 96 Prozent der Wahlbürger die Volk und Vaterland der Deutschen zerstörende Bonner Politik der vier Prozent bieten lassen werden.

Da öffentliche Parteigründungs- und Parteiaufbauarbeit – Presse, Orts-, Kreis- und Landesverbände, Möchte-gern-Politiker – »in unserem Lande« nicht mehr ungestört und ungehindert betrieben, in nur zwei Jahren sowieso nicht geleistet und daher nicht als sinnvoll bezeichnet werden kann, müssen andere Wege gefunden und beschritten werden, die einen erfolgversprechenden Aufbau mit qualifizierten Volksvertretern großen Bekanntheitsgrades, mit allen personellen, materiellen, finanziellen und technischen Voraussetzungen ausgestattet, sicherstellen.



In Leipzig begann die Wende in der Deutschlandpolitik, die nun auch Bonn zu einem Umdenken zwingt.

Ein solcher Personenkreis muß tunlichst unabhängig, unbescholten, frei von Egoismus, Eitelkeiten und destruktivem Denken sein. Er sollte national, europäisch gebildet und weltoffen eingestellt sein. Gestanden im Leben, im Beruf bewährt, die Not des deutschen Volkes erkennend, sollte er nun auch politisch seine Verpflichtung erkennen und seine Pflicht erfüllen.

Daß es diesen Personenkreis gibt, ist bundesweit feststellbar. Er ist im Umfang von etwa 2000 Persönlichkeiten in 328 Bundeswahlkreisen durch persönliche Gespräche zusammenzurufen, alle Generationen und Geschlechter, alle landsmannschaftlichen Gebiete und die Vielfalt der Berufe vertretend. Es ist nicht so, daß man diese Persönlichkeiten suchen muß; sie sind schon auf dem Wege, haben zum Teil ihre politische Arbeit bereits aufgenommen. Daß man sie noch nicht kennt, jedenfalls nicht öffentlich und in diesem Zusammenhang, gehört zu den Sicherheitsbedingungen; daß man vorerst nichts gründet oder verlautbart, zwingt jenen ehrbaren, gesetzes- und verfassungstreuen Deutschen der »freiheitlichste Staat, den es je auf deutschem Boden gegeben hat«, leider und widerwärtigerweise, auf.

Das Volk der Deutschen, von der Welt verkannt, von den Medien verteufelt und von den eigenen politischen Führungsschichten und offiziellen Persönlichkeiten weitgehend verleumdet, beschimpft und verraten, ist in vielfältigen Formen in Zirkeln und Arbeitskreisen, Vereinen und Verbänden, Heimatbünden und Landsmannschaften, Berufs- und Fachgruppen, politischen, gesellschaftlichen und sonstigen Vereinigungen organisiert, im vorpolitischen Raum und als jeweilige Zielgruppe immer mehr gesprächs- und handlungsbereit, denn es weiß, wie die letzten Wahlen erneut bewiesen haben, »was die Glocke geschlagen hat«!



Dezember 1989: Die deutsche Einheit wird zum beherrschenden Thema der Deutschen.

Die geistige Wende wird die politische herbeiführen

Dieses nach Abhilfe, Wende, politischer Erneuerung und friedvoller Zukunft drängende, unruhig gewordene, von einem Großteil seiner Führungsschichten vernachlässigte oder im Stich gelassene Volk, durchsteht gegenwärtig eine politische »Durststrecke«, bleibt im weiteren und reiterischen Sinne »versammelt«, erfährt zunehmend vom politischen Aufbruch oder erlebt ihn in Teilen schon aktiv mit. Neue Verbindungen werden geknüpft, das Netz wird dichter. Ein Volk wird wach!

Illusionistische Wunschvorstellungen? Was würde das bei diesem Ernst der Lage nützen?! Es setzt erfreulicherweise im Volke die geistige Wende ein, die die politische herbeiführen wird. Die Umerziehungspraxis der letzten fast 50 Jahre war so brutal, primitiv, wahrheitswidrig und heuchlerisch, daß bereits Abwehrkräfte im deutschen Volk mobil geworden sind. Der Durchbruch zur Wahrheit und Freiheit wird kommen.

Zwei Jahre politisch intensiver und intelligenter Aufbauarbeit für eine epochale Wende in Bonn stehen bevor. Zu gegebener Zeit und in angemessener Weise wird die von breiten Schichten des deutschen Volkes erwartete und getragene wählbare Alternative 1994 an die Öffentlichkeit und in Erscheinung treten.

Die beste Wahlwerbung leistet bis zum Wahltermin die Bonner Politik. Den bedingungsleichteren Test und Auftakt bildet Mitte des Jahres 1994 die Europawahl, den wohl günstigen Nachstoß ermöglichen die nachfolgenden mitteldeutschen Landtagswahlen, der politik- und wahlentscheidende Durchbruch wird Ende Oktober/Anfang November bei der Bundestagswahl erzielt werden müssen.

Es geht um ein gleichberechtigtes, souveränes Deutschland in einer europäischen Friedensordnung als Rechtsordnung in einem Europa der Vaterländer. Für diese Zielsetzung sind die Besten als Hoffnungs- und Verantwortungsträger der Deutschen in Parlamenten und Ämtern gerade gut genug.



Vor dem ehemaligen Gebäude der Stasi in Leipzig: Friedlicher Protest gegen die Übergriffe des Überwachungsapparates.

Die Bonner Parteien haben dem deutschen Volk und der Welt nichts mehr zu sagen. Sie sind ideell, personell, materiell und finanziell am Ende. Sie wollten die deutsche Einheit nicht mehr, versagen schon, weil ohne Konzept, bei der Teilvereinigung. Sie haben Europa nicht begriffen und den Deutschen keine Zukunft in Freiheit gesichert.

Deutschland braucht wieder eine geistige Führung. Nur so kann es Freiheit, Gleichberechtigung, Anerkennung und Identität zurückgewinnen. Die Fundamente für Anspruch und Leistung hierfür müssen in diesen zwei Jahren für 1994 erarbeitet und aufgebaut werden und sich personell, programmatisch und sachlich vorstellen lassen. Das sind Aufgaben, die kluge Köpfe, starke Herzen und kräftige Hände erfordern, sollten sie Wahrheit werden. Man muß nicht nur an die Zukunft glauben, man muß auch mit allen Kräften für die Zukunft arbeiten! Deutschland hat Zukunft! □

(Es wird fortgesetzt.)

Helmut Kohl

Kanzler der deutschen Einheit

Martin Jenke

In allen Wissenschaften ist es unbestritten: Wer keine Grundlagen-Kenntnisse hat, kann keine Lehre erteilen und Forschung betreiben. Nur in der Politik glaubt jeder Zeitungsschreiber und jeder Parteivertreter einfach mitreden zu können, obwohl sie meist von historischen Zusammenhängen, ja sogar von zeitgeschichtlichen Vorgängen der letzten Jahrzehnte keine blasse Ahnung haben.

Nehmen wir ein aktuelles Beispiel: Es gibt sogar Vertriebenensprecher und »nationale« Wirrköpfe, die nennen Adenauer einen verdienstvollen »großen Deutschen«! Sind es nur starrsinnige oder intellektuelle Spinner oder gar eingeschleuste CDU/CSU-Helfershelfer? Das Thema ist, wie gesagt, sehr zeitnah, bezeichnet sich doch Bundeskanzler Kohl immer wieder als politischen Enkel Adenauers. Also wenn der Opa alles Wesentliche goldrichtig gemacht hat und der Enkel in der Linie fortfährt, ist heute alles in bester Ordnung.

Bonner Bemühungen um Wiedervereinigung?

Wir können hier aus Platzgründen nicht noch auf die Zeit des Zentrumspolitikers Adenauer nach dem Ersten Weltkrieg eingehen, als er einen selbständigen Rheinlandstaat außerhalb des Deutschen Reiches anstrebte. (Wer Näheres dazu wissen will, lese das Kapitel »Reichskanzler Stresemann und der Kölner Oberbürgermeister Adenauer« im Buch von Martin Jenke, »Bonn besser als Weimar?«.) Erinnern wir nur an einige wortwörtlich wiedergegebene Aussagen Adenauers nach dem Zweiten Weltkrieg, als er glaubte, an seine Rheinbundtätigkeit nach 1918 auch öffentlich unmittelbar anschließen zu können.

So sagte er am 24. März 1946 in einer Rede in der Kölner Universität:

»Deutschland ist eines der religionslosesten und unchristlichsten Völker Europas. Das war schon 1914 so. Trotzdem die Berliner manche wertvolle Eigenschaft aufweisen, habe ich damals schon immer in Berlin das Gefühl gehabt, in einer heidnischen Stadt zu sein.«

Adenauer in einem Brief am 8. April 1946 an die Vorsitzenden der CDU/CSU in Bayern, Hessen, Nordbaden und Nordwürttemberg:

»Ich habe Herrn Kaiser (damals Vorsitzender der CDU in der DDR) ausdrücklich erklärt, daß es für den Westen wie für den Süden Deutschlands ganz ausgeschlossen sei, daß nach einer Wiedervereinigung Deutschlands die politische Zentrale des neuen Deutschlands in Berlin ihren Sitz finde. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob und von wem Berlin und der Osten besetzt seien…«

Adenauer in einem Interview in der »Zeit« vom 12. Dezember 1946:

Adenauers Abneigung gegen Berlin und Preußen

»Wir im Westen lehnen vieles ab, was gemeinhin ›preußischer Geist‹ genannt wird. Unsere ehemaligen Kriegsgegner haben keinen Grund, uns besonders liebevoll zu behandeln, am wenigsten die Franzosen. Es wird an uns liegen, das Mißtrauen langsam zu zerstören. Sobald aber Berlin wieder Hauptstadt wird, wird das Mißtrauen im Ausland unlöschbar sein. Wer Berlin zur neuen Hauptstadt macht, schafft geistig ein neues Preußen.«

Adenauer am 5. Oktober 1945 zu zwei angelsächsischen Journalisten, zitiert in der autorisierten Biographie von Paul Waymar »Konrad Adenauer« (Kindler-Verlag, München, 1955, Seite 281):

»Nach meiner Ansicht sollten die Westmächte die drei Zonen, die sie besetzt halten, tunlichst in einem staatsrechtlichen Verhältnis zueinander belassen. Das beste wäre, wenn die Russen nicht mittun wollen, sofort wenigstens aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden. Um aber den Sicherheitswünschen Frankreichs gegenüber einem solchen westdeutschen Bundesstaat zu genügen, müßte man die Wirtschaft dieses westdeutschen Gebiets mit der Frankreichs und Belgiens so eng wie möglich verflechten.«

Adenauer am 16. März 1952 (auf einer Arbeitstagung evangelischer Christen in der CDU, in Siegen) über die sowjetische Note vom 10. März 1952, worin ein neutrales Gesamtdeutschland mit eigener Armee und freien Wahlen vorgeschlagen worden war: »Ein Fetzen Papier«.

Adenauer am 23. März 1952 in Paris:

»Der Vorschlag der Sowjetunion kommt einem Appell an die deutschen Nationalisten gleich und zielt darauf ab, die Integration Europas und seine Verteidigung zu verzögern. Jede Verzögerung ist aber gefährlich…«

Adenauer am 11. April 1953 in San Franzisco:

»Die Bundesregierung wird die Europäische Verteidigungsgemeinschaft auch dann nicht aufgeben, wenn die Sowjets freie Wahlen in der Sowjetzone und eine Wiedervereinigung Deutschlands anbieten sollten.«

Adenauer zum damaligen französischen Ministerpräsidenten Mendès-France in Brüssel (laut der US-Zeitschrift »Newsweek« vom 30. August 1954), als der Bonner Kanzler den EVG-Vertrag noch retten wollte:

»Zwingen Sie mir keine nationale deutsche Armee auf. Bitte tun Sie das nicht. – Sie verlieren nichts, wenn Sie die deutsche Wiedervereinigung opfern, aber ich. Doch wir sind bereit, sie zu opfern, wenn wir in ein starkes westliches Lager eintreten können.«

Einhelliges Urteil im Westen über Adenauer

Hier könnte aus einer Vielzahl von bekannten westlichen Zeitungen und Zeitschriften zitiert werden, die insbesondere in jenen fünfziger Jahren übereinstimmend und offen schrieben, daß Adenauer gar kein Interesse an einer deutschen Wiedervereinigung hat. (Ausführlicher in Martin Jenkes Buch »Verheimlichte Tatsachen«.) Nur zwei, drei Beispiele. Die weltbekannte US-Tageszeitung »New York Times« schrieb am 30. März 1952 zum Stalin-Angebot vom März des gleichen Jahres:

»Sowohl die Westmächte wie der Bundeskanzler (Adenauer) sind daher in der schwierigen Lage, in Worten die deutsche Einheit zu preisen, während sie gleichzeitig Tag und Nacht daran arbeiten, die Eingliederung Westdeutschlands in Westeuropa durchzuführen, die alle Hoffnungen auf eine friedliche Einigung in nächster Zukunft begraben wird.«

In der US-Wochenzeitschrift »The New Leader« (New York) vom 23. März 1959 heißt es:

»Während Konrad Adenauers Regierung ebenso wenig wie einer ihrer Alliierten willens gewesen ist, einen wirksamen diplomatischen Schritt für die deutsche Wiedervereinigung zu tun, ist sie aus innenpolitischen Gründen natürlich nicht in der Lage, auf diesbezügliche Sonntagsgebete zu verzichten.«

Am 10. Mai 1959 kommentierte die britische Wochenzeitung »The Observer«:

»Dr. Adenauer hat das Bündnis Westdeutschlands mit der Nato stets der deutschen Wiedervereinigung vorgezogen.«

Selbst in den fast einheitlichen westdeutschen Blättern kam ab und zu ein Zipfel der Wahrheit heraus. So durfte der frühere Lei-



Bundeskanzler Konrad Adenauer hat das Bündnis Bonns mit der NATO stets der deutschen Wiedervereinigung vorgezogen.

ter der Unterabteilung »Ost« im Bonner Auswärtigen Amt, Generalkonsul a. D. Dr. Otto Bräutigam, in der »Frankfurter Rundschau« vom 27./29. Dezember 1965 und 3./4. Januar 1966 längere Ausführungen veröffentlichen unter der Überschrift »Die Wiedervereinigungspläne kamen einfach zu den Akten«.

Stalin war bereit einen hohen Preis zu zahlen

Nachfolgend ein Auszug: »Als alle Proteste und Vorstellungen ergebnislos blieben, entschloß sich die Sowjetregierung in ihrer Note vom 10. März 1952, dem Westen Verhandlungen über die Wiedervereinigung anzubieten, wobei sie sich in Revisionen der Verträge von Jalta und Potsdam von vornherein damit einverstanden erklärte, der Bundesrepublik die Aufstellung eines Heeres zu gestatten, dessen Größe und Bewaffnung vertraglich festzulegen sei.«

Adenauer bezeichnete die Note als einen Fetzen Papier, und sein Staatssekretär Hallstein nannte sie »nicht bedeutend«. Die Bundesregierung zeigte also kein Interesse an solchen Verhandlungen, weil sie – natürlich mit Recht – annahm, daß sie in erster Linie dazu dienen sollten, das Zustandekommen der EVG zu verhindern. Stalin, der im Grunde genommen eine ängstliche Natur war, hatte aber starkes Interesse daran, für die Preisgabe der EVG-Pläne einen hohen Preis zu zahlen.

In einer weiteren Note der Sowjetregierung vom 9. April 1952 hieß es: »Die Dringlichkeit eines Friedensvertrages mit Deutschland macht es notwendig, daß die Regierungen der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs unverzüglich Maßnahmen zur Vereinigung Deutschlands und zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung treffen ... und daß die Regierungen ohne Verzug die Frage zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen erörtern.

Die Westmächte aber lehnten Verhandlungen auch dann ab, als Stalin nach der deutschen Unterzeichnung, aber vor der Ratifizierung des EVG-Vertrages, in der ihm eigenen Art sogar anbot, auch über die Oder-Neiße-Linie zu verhandeln – die bis dahin nur in einem die Sowjetunion nicht bindenden Abkommen zwischen Polen und der DDR als Grenze festgelegt worden war! Stalin machte dieses Angebot in der Form eines TASS-Dementis zu der Meldung der Vertriebenenzeitung ›Der Schlesier‹, in der behauptet worden war, Stalin habe polnischen Journalisten gegenüber die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze anerkannt. Aber auch dieses Dementi vermochte die Haltung der Westmächte nicht zu ändern.«

Nachdem an Frankreich dennoch die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 1954 gescheitert war, 1955 die Bundesrepublik der NATO beitrat (»... verpflichtete sich unter anderem, zwölf Divisionen aufzustellen, über die aber nur die NATO, nicht die Bundesregierung selbst verfügen dürfe...«) und nach neuen, vom Westen und Bonn nicht ernstlich betriebenen Scheinverhandlungen mit der Sowjetunion über Deutschland kommt Dr. Bräutigam zu dem Ergebnis:

»Es ist daher nicht überzeugend, wenn immer wieder behauptet wird, die Schuld für die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands sei ausschließlich auf der Sowjetseite zu suchen. Nein, wir selbst haben im Rahmen einer auf andere Ziele gerichteten Politik uns die Wiedervereinigung wohl noch nicht völlig verscherzt, aber ungebührlich erschwert.«

Propaganda manipuliert alles

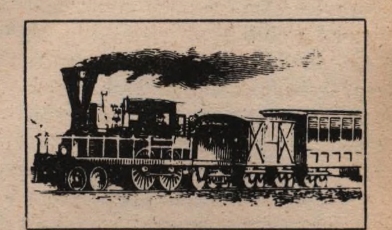
Man vergegenwärtige sich einmal den Kaufpreis, den Bonn dafür gezahlt hat: Fast vier weitere Jahrzehnte (von 1952 bis 1990) keine Wiedervereinigung und jetzt auch noch freiwilliger Bonner Verzicht auf ein Viertel Deutschlands, nämlich ganz Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße! Und das, um die Adenauersche fixe Idee zu verwirklichen, uns fest in die EG zu integrieren, also in Westeuropa aufzulösen.

Daß Kohl das Glück hat, den Zerfall des kommunistischen Regimes im Kreml und damit das Zerbrechen der Sowjetunion zu erleben, schnell – entgegen seiner jahrelangen Absage an einen deutschen Nationalstaat – auf den fahrenden Zug der Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland im letzten Augenblick aufzuspringen und sich sogar als »Kanzler der Wiedervereinigung« feiern zu lassen, ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte und nur zu vergleichen mit dem »Saar-Heimbringer Adenauer«.

Doch schon bald hat Kohl seine alten, von Adenauer übernommenen Pläne zur Einschmelzung Rumpfdeutschlands in die EG wieder aus der Tasche geholt.

Auch ist es kein Abweichen von der Linie seines politischen Opas, wenn er notgedrungen gute Miene zum Spiel macht und der knappen Bundestags-Entscheidung für Berlin als Hauptstadt folgen will; denn das geht alles im Schneckentempo, während die geplante Integration Rumpfdeutschlands in EG-»Europa« für unsere karolingischen Adenauer-Zöglinge nicht schnell genug vorankommen kann.

Übrigens ein weiterer Treppenwitz der Weltgeschichte, daß ausgerechnet der Berlin-Feind Adenauer zum Ehrenbürger der Stadt geworden ist! Das allein zeigt, wie die Bonner Propagandisten mit Hilfe aller lizenzierten Massenmedien in der Bundesrepublik jedes politische Ereignis bei Bedarf vom Kopf auf die Füße oder von den Füßen auf den Kopf stellen. □



Hans-Dietrich Genscher

Der Außenminister und die deutsche Ost-Politik

Bruno Unger

Am 4. Februar 1992 wurde der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher in Warschau mit dem »Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Republik Polen« ausgezeichnet. Diesen Orden hat Genscher wahrlich verdient!

Polens Außenminister Skubiszewski, der ihm den Orden überreichte, würdigte Genscher als »einen der hervorragendsten deutschen und europäischen Politiker des 20. Jahrhunderts«.

Zum Wohle des polnischen Volkes

Die Polen haben Grund, ihren Genscher so zu ehren: Es scheint so, als ob er seinen Ministereid »zum Wohle des polnischen Volkes« geschworen hätte.

Er stand von Anfang an an der Spitze derer, die alle völkerrechtswidrigen Ansprüche Polens auf jahrhundertealtes deutsches Land bedingungslos anerkennen wollten. Und schließlich verkündete er am 14. November 1990 wider besseres Wissen – denn er ist ja nicht dumm – in Warschau:

»Die Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße entspringt einem Gebot des Friedens.« Dann widersprach er seinem eigenen Kanzler, der mehrfach erklärt hatte, ohne den Preis der Anerkennung hätte die Völkergemeinschaft die Wiedervereinigung nicht gestattet: »Die Bestätigung der bestehenden Grenze ist die freie Entscheidung der Deutschen. Sie ist uns von niemanden aufgezwungen worden«.

Als es jetzt bei den Gesprächen mit der polnischen Regierung um die Öffnung von Grenzzugängen zum nördlichen Ostpreußen ging, beeilte sich Genscher zu versichern, »daß die Bundesregierung nicht die geringsten territorialen Wünsche damit verbinde.«



Außenminister Dr. Gustav Stresemann würde sich im Grabe umdrehen, hörte er, mit den Bonner Verzichtlern auf ganz Ostdeutschland verglichen zu werden.

Eingeweihte können das nur als eine nachträgliche Bestätigung dessen verstehen, was Mitte vorigen Jahres abgestritten wurde: daß russische Emissäre den Rückkauf von Königsberg angeboten hätten, wogegen sich Genscher mit Händen und Füßen gewehrt habe.

Ähnlich überschwengliches Lob wird nun aus Prag erklingen, nachdem dort ein Vertrag unterzeichnet wurde, in dem weder das enteignete Vermögen von drei Millionen Sudetendeutschen noch deren Heimatrecht behandelt wurde.

Es ist abzusehen, daß sein Freund Jiri Dienstbier, der unnachgiebige tschecho-slowakische Außenminister, ihm demnächst den höchsten tschecho-slowakischen Verdienstorden umhängen wird.

Sogar noch vor dem Schuld- und Bußprediger Richard von Weizsäcker, der am 3. Dezember 1991 mit der Goldmedaille der weltweiten jüdischen B'nai B'rith-Loge »geehrt« wurde, wurde Genscher am 10. Mai 1991 mit dem »Distinguished Statesman Award« der Anti-Defamation League (ADL), der weltweit tätigen Propaganda-Organisation dieses Verbandes, ausgezeichnet.



Hans-Dietrich Genscher gibt auf, kommt mit seinem Ausscheiden aus dem Amt des Außenministers auch das Ende der deutschen Scheckbuch-Politik?

Genscher als Ordenssammler

Über die Geschichte, den Machteinfluß und die Ziele dieser Vereinigung könnte man ganze Bücher schreiben. Wir beschränken uns bewußt auf zwei nicht als »rechtsradikal verdächtige« Erläuterungen:

Aktuelles Lexikon, »Süddeutsche Zeitung«, 4. Dezember 1991: ›Der weltweite jüdische Verband – buchstäblich: Söhne des Bundes‹ – wurde 1843 in New York gegründet, um Toleranz und Verständnis unter den verschiedenartigen jüdischen Einwanderungsgruppen zu schaffen. Inzwischen hat er eine halbe Million Mitglieder in 42 Ländern, die in ›Logen‹ organisiert sind. Ursprünglich wurden die Rituale der Freimaurer übernommen; heute aber ist die ›Geheimbündelei‹, wie man sie etwa aus Mozarts ›Zauberflöte‹ kennt, einer offenen Struktur gewichen. Die Ziele sind Toleranz, Völkerverständigung, Sozialarbeit, Bewahrung des jüdischen Kulturerbes

... Eine wichtige Unterorganisation ist die Anti-Defamation League, die zunächst den Antisemitismus zu bekämpfen suchte und heute allgemein gegen Diskriminierung und für Menschenrechte ins Feld zieht. In Deutschland gab es bis 1937 über 100 ›Logen‹ mit etwa 12000 Mitgliedern. Heute gibt es in Kontinentaleuropa 75, darunter auch solche im Baltikum, in der ehemaligen UdSSR und in Osteuropa, die seit 1990 gegründet wurden.«

Die Zeitschrift »Der Christusstaat«, November 1991: »Eine der freimaurerischen Geheimorganisationen, die zionistische Loge B'nai B'rith, gehört laut Symbolik der Dollar-Pyramide zu den Illuminaten und damit zur obersten Hierarchie. Die ›Söhne des Bundes‹ versuchen, überall auf der Erde die Brüder zu finden, ›die mit ganzem Herzen, ganzer Seele und mit ganzem Vermögen uns beistehen wollen, unser edles Vorhaben dem Siege zuzuführen, zur eigenen Ehre, zur Ehre des Judentums und zur Ehre der ganzen Menschheit‹.

Damit erhebt B'nai B'rith den Führungsanspruch über das gesamte Weltjudentum, dem sich auch wirklich sämtliche jüdischen Organisationen beugen mußten. Genauso wie die übrige Freimaurerei legt auch B'nai B'rith großen Wert darauf, möglichst viele reiche und mächtige Persönlichkeiten in ihren Reihen zu wissen. Es scheint, daß viele, die in der Welt Rang und Namen haben, sich dieser Loge andienen.«

Man muß sich wirklich fragen, was die Amtseide solcher allein dem Wohl des eigenen Volkes verpflichteter »Staatsmänner« wert sind, die mit solchen Orden und Ehrungen zumindest moralische Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten oder undurchschaubaren internationalen Mächten eingehen, deren Ziele und Interessen mit Sicherheit nicht immer denen des deutschen Volkes entsprechen.

Genscher – ein neuer Stresemann?

Es ist nicht nur ein Witz, sondern geradezu eine Unverschämtheit der Lobpreisenden des zurückgetretenen bundesdeutschen Außenministers, wenn sie die Ostpolitik Genschers als sinngemäße Fortsetzung der Ostpolitik Stresemanns in der Weimarer Republik hinstellen wollen.

Gustav Stresemann – Reichsaußenminister in Berlin von 1923 bis zu seinem Tode im Jahre 1929 –, der niemals auf die damals schon von Polen geraubten Gebietsteile von Westpreußen, Ostpreußen, Posen und Oberschlesien verzichtete, würde sich heute im Grabe umdrehen, hörte er, mit den Bonner Verzichtlern auf ganz Ostdeutschland verglichen zu werden!
Daß Stresemann im Einklang mit dem gesamten deutschen Volke stand, die Grenze zu Polen nicht anzuerkennen, stellte dieser deutsche Außenminister unter anderem vor dem Plenum des Reichstages am 18. Mai 1925 fest:

Jetzt muß die Korrektur der Ostgrenzen kommen

»Es gibt niemand in Deutschland, der anerkennen könnte, daß die in flagrantem Widerspruch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogene Grenze im Osten eine für immer unabänderliche Tatsache sei. Es kann deshalb für Deutschland auch keine Regelung der Sicherheitsfrage in Betracht kommen, die eine nochmalige Anerkennung dieser Grenze in sich schlösse.«

Und in einem am 5. August 1925 veröffentlichten Aufsatz erklärte Stresemann:

»Die deutsche Außenpolitik hat nach meiner Auffassung für die nächste absehbare Zeit drei große Aufgaben: Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne...« Angesichts der jährlichen Wiedergutmachungs-Milliarden heute so aktuell wie damals!

»Zweitens rechne ich dazu den Schutz der Auslandsdeutschen, jener 10 bis 12 Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben.«

»Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: die Wiedergewinnung von Danzig, vom polnischen Korridor und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien.« □

Bonn

An der Deutschlandpolitik scheiden sich die Geister

Emil Schlee

Die »Geister«, die die deutsche Frage als nicht mehr offen, als erledigt, als Thema nur noch für einige wenige Vertriebene und Flüchtlinge, für Unbelehrbare und Ewig-Gestrige betrachten, mußten eine Überraschung nach der anderen erleben: Das Thema ist zunehmend im Gespräch aller Generationen, in der Presse, im Meinungsstreit der politischen Parteien, auf der politischen Bühne Europas und der Welt. Es sieht vorerst nicht so aus, als ob sich das ändern könnte. Die Landsmannschaften haben lebhaften Zuspruch, die junge Generation rückt auf den Heimattreffen und Deutschlandtagen der Vertriebenen- und Flüchtlingsorganisationen in ständig zunehmend großer Zahl nach. Schlesien ist in aller Munde!

Im Gegensatz dazu kommen die »politischen Geister«, die das Thema zum Teil schon »abgehakt« und »zu den Akten« gelegt hatten, immer mehr ins Stottern. Wegen der steigenden Aktualität müssen sie deutschlandpolitische »Statements« abgeben, werden von Journalisten zu »Deutschland-Experten« hochgejubelt und verraten bereits, wenn sie den Mund aufmachen, daß sie Deutschland, die Rechtsgrundlagen Deutschlands, Geschichte und Geographie Deutschlands und die entsprechenden Fachterminologien überhaupt nicht kennen. Das kann auch nicht verwundern, wenn man bedenkt, daß 50 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland sie weder persönlich noch in der Schule oder Hochschule, noch durch Medien oder Parteien kennengelernt hat. Auch den 40- oder 50jährigen, also vielen Eltern, Lehrern, Hochschullehrern, Parlamentariern, Inhabern hoher Ämter, ja, der heutigen Ministerpräsidentengeneration, allen diesen geht es zum großen Teil nicht besser als den 30jährigen, falls sie nicht zufällig durch ihre Familien zu den Flucht- und Vertreibungsbetroffenen gehören oder durch schicksalsbetroffene Lehrer und Hochschullehrer oder durch die Notwendigkeit ihres politischen Tuns mit der deutschen Frage konfrontiert worden sind. So sieht doch die heutige Wirklichkeit, die kuriose deutschlandpolitische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland aus.

Unkenntnis der Parteienvertreter

Der Streit der politischen Parteien in der und über die Deutschlandpolitik hat doch zu einem großen Teil seine Ursache in der Unkenntnis der Parteienvertreter, der Parlamentarier und Amtsinhaber in Fragen der Deutschlandpolitik. Aber gerade die Unkenntnis verleitet in der politischen Auseinandersetzung zur Besserwisserei und diese wiederum zur Arroganz gegenüber den Fach- und Sachkennern, die bei diesem politischen Dilemma mit kundiger Aufklärung helfen. Das spüren am meisten die leid-

Bonn

An der Deutschland-politik scheiden sich die Geister

getroffenen Mitglieder der Landsmannschaften und ihre Sprecher. Eine Deutschlandpolitik ohne Einbezug der geflohenen oder vertriebenen Mittel- und Ostdeutschen und über deren Köpfe hinweg, was übrigens Wortbruch gegenüber diesen Menschen darstellt, ist zwangsläufig zum Scheitern verurteilt. Das hat nicht nur die sozial-liberale Bundesregierung erfahren müssen, sondern das erlebt auch die christlich-liberale Bundesregierung, wenn sich erst einmal in der breiten Bevölkerung die Erkenntnis durch die politische Nebelwand Bahn gebrochen haben wird, daß die jetzige Bundesregierung in ihrer deutschlandpolitischen Zielsetzung gegen Recht und Kompetenz Ostdeutschland aufgegeben hat.

Es ist zuzugeben, daß das Deutschland-Problem ein besonders schwieriges Thema ist, das man sich nicht in kurzer Zeit, gewissermaßen »im Handumdrehen«, erschließen kann. Man muß, um nur einige Aspekte anzudeuten, wissen, daß die Lage in Europas Mitte die Schicksalslage der Deutschen ist, daß diese Mittellage eine ständige Herausforderung für die Deutschen darstellte, auf die bereits alle nur denkbaren Antworten versucht worden sind, daß die Geschichte der Deutschen auch als eine Geschichte der Teilungen, Verschiebungen, Wiedervereinigungen betrachtet werden könnte.

Das Kulturgut »Recht« ist kein Spielzeug

Die europäischen Nachbarvölker sind teilweise im Laufe der Geschichte vom Westen nach dem Osten, vom Osten nach dem Westen, vom Süden nach dem Norden über Volk und Land der Deutschen hinweggezogen, und die Deutschen sind sowohl friedlich als auch kriegerisch nach allen Himmelsrichtungen vorgestoßen, sind in unablässiger Wechselwirkung mit den Völkern Europas, mit der europäischen Geschichte verbunden, waren meist Objekt und weniger Subjekt in der europäischen Politik.



Bundeskanzler Helmut Kohl und die Bonner Parteienvertreter zeichnen sich durch Unkenntnis in Fragen der deutschen Geschichte aus.

Deutsche Geschichte ist nicht einfach mit den »unrühmlichen 12 Jahren« abgehandelt, sondern lebt mehr als 1200 Jahre in uns und über uns hinaus. Eine der höchsten kulturellen Leistungen der europäischen Völker und damit auch des deutschen Volkes war und ist die Entwicklung des Rechts und darin besonders der Menschen- und Freiheitsrechte. Denn die Entwicklung des Rechts zielte auf den Abbau von Gewalt, galt dem Ohnmächtigen, Schutzlosen, dem Schwächeren. Wer dieses hochentwickelte Recht als »Formelkram« abtut, ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Kulturbanause. Er verzichtet oder verrät zudem die einzige Möglichkeit des gegenwärtig ohnmächtigen deutschen Volkes zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Mit diesem Kulturgut »Recht« scherzt und spielt man nicht, als Deutscher und Europäer hütet und pflegt man es, denn Freiheit, Einheit, Frieden basieren auf dem Recht. Gerade wir Deutschen sollten das nie vergessen. Es wird gerade für unsere Zukunft eine schicksalhafte Bedeutung erlangen. Nicht ohne Grund fordert der große Königsberger Philosoph Immanuel Kant in seiner Schrift »Zum eigen Frieden«: »Das Recht des Menschen muß heilig gehalten werden, der herrschenden Gewalt mag es noch so große Aufopferung kosten. Man darf hier nicht halbieren, sondern alle Politik muß ihre Knie vor der Moral beugen.

Das Recht muß nie der Politik, wohl aber die Politik dem Recht angepaßt werden«!

Gemeinsamkeit im Handeln

Und wie sehen nun die Rechtsgrundlagen und damit die Ausgangspositionen in der Deutschlandpolitik für alle politischen Parteien verbindlich aus?

Erstens: Das deutsche Volk hat auch 47 Jahre nach Kriegsende immer noch keinen Friedensvertrag. Allein deswegen ist die deutsche Frage noch absolut offen.

Zweitens: Deutschland ist nach Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen neben weiteren Staaten noch »Feindstaat«, gegen den seitens der Siegermächte den Vereinten Nationen entzogene Maßnahmen ergriffen werden können.

Drittens: Über Deutschland als Ganzes bestimmen nicht wir Deutschen, sondern noch immer die vier Mächte. Wir besitzen deswegen nur eine Teilsouveränität.

Viertens: Keine Bundesregierung und kein Bundestag können über Grenzen oder Gebiete Deutschlands als Ganzem verfügen. Das Deutsche Reich ist nicht untergegangen, sondern existiert fort.

Fünftens: Auch die früheren und heutigen Ostverträge können an dieser Rechtslage nichts ändern. Die Vorbehaltsrechte der vier Mächte werden trotz allem durch diese Verträge nicht berührt. Eine gesamtdeutsche Regierung wird durch die Ostverträge nicht gebunden. Es gibt auch keine »moralische Bindewirkung«.

Sechstens: Akten und Archive des Deutschen Reichs sind in ihren wichtigsten Teilen nicht in unserer Hand, sondern in Washington, London, Paris sowie Warschau, Leningrad und Moskau. Erkennen unsere politischen Parteien wirklich diese politische Herausforderung? Ist nicht Gemeinsamkeit im Handeln für Deutschland auf der Grundlage des Staats- und Völkerrechts das Gebot der Stunde? Ist nicht die Weckung und Förderung des Geschichtsbewußtseins, des Rechtsbewußtseins, eines normalen Nationalbewußtseins als Grundlage für die Schaffung eines europäischen Vaterlandes der Vaterländer notwendig, wenn wir in der Welt bestehen wollen? Sind unsere politischen Parteien dazu überhaupt noch fähig? Hängt das Mißtrauen nicht nur der jüngeren Generation gegenüber den politischen Parteien und der ihnen unterstellten Unfähigkeit, die zentralen Fragen unseres Volkes nicht mehr meistern zu können, damit zusammen, daß den Parteien der Wind ins Gesicht bläst? □

Umerziehung

Die Saat des Hasses geht auf

Michael Roth

Die Saat des Hasses, der Umerziehung und des ungehinderten Zustroms krimineller ausländischer Elemente geht auf. Gelang es bislang trotz aller Versuche nicht, das sogenannte »rechte« Lager mundtot zu machen, ja, dieses sogar im Laufe der Zeit wieder erstarkte, so wird jetzt mit den Mitteln einseitiger Gerichtsurteile und dem Terror der Straße versucht, dieses niederzuhalten. Dabei machen diese Elemente auch vor Mord nicht Halt.

Eines der jüngsten Opfer ist der Berliner Landesschriftführer der neugegründeten Partei »Deutsche Liga für Volk und Heimat«, der zum Zeitpunkt seines Todes 47jährige Gerhard Kaindl. Er wurde in der Nacht auf den 5. April in einem China-Lokal im Berliner Bezirk Kreuzberg niedergestochen.

Mit Baseballschlägern gegen die Rechten

Die »Welt am Sonntag« berichtete hierüber: »Kaindl saß mit Bekannten und politischen Freunden im hinteren Teil des Lokals ›Jin San‹, als sechs bis acht Maskierte in das Restaurant stürmten und die Runde sofort mit Messern attackierten. Bei den Tätern handele es sich Zeugenaussagen zufolge vermutlich um Türken oder Araber, teilte die Polizei mit.

Das Vorstandsmitglied der ›Deutschen Liga‹, Thorsten Thaler, früher Funktionär der rechtsradikalen Republikaner, wurde bei dem Anschlag durch Messerstiche schwer verletzt, hieß es weiter. Unter den Überfallenen befanden sich auch der frühere Landesvorsitzende der Republikaner, Carsten Pagel, und das Bundesvorstandsmitglied der Deutschen Liga, Gabriele Hartung.

Als Tatbeteiligter wird ein etwa 35jähriger Gast des Restaurants gesucht, der das Lokal eineinhalb Stunden vor der Tat verlassen und die Gäste als ›Republikaner‹ bezeichnet habe. Er soll etwa 1,75 bis 1,80 Meter groß sein, schwarze kurze Haare und eine beginnende Stirnglatze haben. Er ist vermutlich Südosteuropäer, spricht deutsch, aber ohne Akzent. Der Mann hielt sich zur Tatzeit in Begleitung von sieben weiteren Männern, die Baseballjacken trugen, in der Nähe des Lokals am Kottbusser Damm auf.«

Und das ist nicht das einzige Beispiel. So vergeht praktisch keine Veranstaltung irgendwelcher rechter Parteien oder Gruppierungen, ohne daß es zu gewalttätigen Ausschreitungen linker Chaoten kommt. In Berlin begeben sich nachts Gruppen von linksextremen Punkern mit Baseballschlägern bewaffnet auf die Suche nach Skinheads und Rechten. Nach den demokratischen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein kam es zu Ausschreitungen, weil die Wähler ihr Kreuzchen ausnahmsweise mal rechts und nicht links machten.

Die Milde der Gerichte

Dies alles ist Folge der ungehinderten Hetze gegen alles, was auch nur irgendwie den Anschein erhebt, »rechts« zu sein. Während der wirkliche Terror von links und aus der immer größer werdenden kriminellen Ausländerszene kommt – selbst der Vorsitzende der Berliner CDU-Fraktion, Klaus Landowsky, sprach jetzt von »radikalisierten, militanten Ausländergruppen« –, werden vereinzelte rechte Exzesse aufgebauscht bis zum geht nicht mehr und eine in Wirklichkeit gar nicht existente Ausländerfeindlichkeit, antisemitische Grundhaltung und neonazistische Gefahr gezeichnet.

Unterstützt wird dies noch durch eine Milde der Gerichte gegenüber linken Verbrechern, die ohnegleichen ist. Während junge Leute, die Asylantenheime mit Steinen bewarfen, zu mehrmonatigen Jugendstrafen verurteilt werden, spricht das Bezirksgericht Dresden zwei Zuhälter, die den sogenannten Neonaziführer Rainer Sonntag erschossen, wegen angeblicher Notwehr frei – siehe hierzu auch die ausführliche Darstellung dieses Justizskandals in der Mai-Ausgabe von CODE –.

Der Grieche Simeonidis war mit einer abgesägten Schrotflinte im Anschlag aus einem Auto ausgestiegen, war auf eine Gruppe angeblich rechter Jugendlicher zugegangen und hatte diese vor einem angeblich beabsichtigten Sturm auf sein Bordell gewarnt.

Als Sonntag dann aus seinem Wagen ausstieg und auf den Griechen zuging, wich dieser zurück, sah sich dann von dem ihn weiter verfolgenden Sonntag bedroht und schoß ihn nieder.

Obwohl die Waffe eindeutig nicht zugelassen war, Simeonidis ebenso eindeutig selber mit der Waffe im Anschlag ausgestiegen war, sprach das Gericht von einer Notwehrsituation, in der sich dieser befunden habe, und sprach den Griechen frei.

Zweierlei Maß bei den Richtern

In der gleichen Woche stellte die Illustrierte »Neue Revue« drei Fälle von eindeutiger Notwehr dar, die aber zu einer Verurteilung beziehungsweise in einem Fall zu einem Ermittlungsverfahren führten:

»Tatort Essen: Werner M. (45) ertappte drei Einbrecher, zog seinen Revolver, erschoß einen der Gangster. Urteil: dreieinhalb Jahre Gefängnis.

Tatort Hamburg: Rentner Otto H. (72) sah fern. Plötzlich verdächtige Geräusche. Mit seinem Kleinkaliber-Gewehr schoß er durch die schon halb aufgebrochene Haustür, traf eine Einbrecherin in die Schulter. Noch kein Prozeß, gegen Otto H. ermittelt die Polizei wegen gefährlicher Körperverletzung.

Tatort München: Tabak-Großhändler Rudolf S. (65) überrascht drei Einbrecher. Einer geht mit der Rohrzange auf ihn los. Der Kaufmann schießt zweimal. Mit einem Bauchschuß bricht der eine Ganster zusammen, der andere wird ins Bein getroffen. Urteil: fahrlässige Tötung, 7200 Mark Geldstrafe! In allen drei Fällen ging es um ›Überschreitung der Notwehr‹.

Rechtswissenschaftler Dr. Karl Bendin, Köln: ›Werner M. hätte nach Ansicht des Gerichts nicht schießen dürfen. Die Einbrecher waren angeblich unbewaffnet. Otto H. hätte die Polizei rufen müssen, bevor er auf die Frau zielte. Rudolf S. hätte erkennen können, daß keine echte Notwehr vorlag.‹«

Die angeblich besonderen Verpflichtungen

Übertragen wir diese Entscheidungen doch einmal auf Dresden. Rainer Sonntag war ebenfalls unbewaffnet. Die beiden Zuhälter hätten die Polizei zur Abwehr des angeblich geplanten Überfalls rufen müssen. Wie kann »echte Notwehr« vorliegen, wenn ein Unbewaffneter auf einen mit einer abgesägten Schrotflinte bewaffneten Zuhälter zugeht? Während in den von der »Neuen Revue« zitierten Fällen immerhin schon eine Tat ausgeführt wurde, war der Sturm auf das Bordell angeblich geplant.

Aber bei Rainer Sonntag handelte es sich schließlich nur um einen Rechten. Und die sind ja anscheinend vogelfrei, nicht zuletzt aufgrund der »besonderen Verpflichtung«, die wir Deutschen wegen der Zeit des Dritten Reichs – und damit sich dieses nicht wiederholt – angeblich haben – müssen –. □

Deutschland

Die Vertreibung aus dem Osten

Emil Schlee

Unter allen Völkern Europas unterlag die Geschichte des deutschen Volkes in unübersehbarer Weise den besonderen Bedingungen des Raumes. Die kontinentale Mittellage der Deutschen in Europa war, ist und wird immer ihr Schicksal sein. Diese Mittellage im abendländischen Kulturraum ließ Deutschland im Verlaufe seiner Geschichte zum Mittler zwischen dem Osten und Westen, dem Norden und Süden, zum Kraftfeld europäischer Geistesentwicklung, zum Schachbrett europäischer Politik, zum »Ball, den sie einander zuwerfen, die um die Weltherrschaft spielen« (Leibnitz), zur »Arena, darauf um die Meisterschaft von Europa gefochten wird« (Leibnitz), und zum »Gebiet, dessen Partikularstaaten zum Austarieren europäischer Machtverhältnisse und Machtgleichgewichte dienten« (Haffner), werden.

»Seine geographische Lage hat es zum Kernland des Reiches Karl des Großen, zur Stätte der Reformation, zum Tummelplatz des 30jährigen Krieges, zur Heimat der großen Geistesbewegung des 18. und 19. Jahrhunderts«, zum Besiegten zweier Weltkriege und nach der Niederlage zur großen Herausforderung und Aufgabe des mehrfach im Kernland geteilten, an seinen Rändern abgeteilten und insgesamt zerrissenen und ohnmächtigen deutschen Volkes gemacht.

Die Deutschen in der Mitte Europas

Trotz allem ist und bleibt Deutschland und das Volk der Deutschen mittellagebedingt und schicksalhaft das Herz Europas und dessen Völkern untrennbar verbunden: Mit den Völkern des europäischen Nordens im Bewußtsein gemeinsamer Herkunft, mit den Völkern des europäischen Westens in Erinnerung alter Stammverwandtschaften, mit den Völkern des europäischen Südens noch im Banne der Reichsidee, des Kaisertums, der Ausstrahlung Roms und der Anziehungskraft der. sonnenerfüllten Landschaften und mit den Völkern Ostmitteleuropas, Südosteuropas und Osteuropas in einem das letzte Jahrtausend erfüllende Hin- und Zurückfluten von Siedlungsströmen, Rechtseinflüssen, Christianisierungsmaßnahmen, Kriegszügen, Wirtschafts- und Kulturbeziehungen und geistig-politischen Zielsetzungen, die am Ende des Zweiten Weltkrieges in unserer Zeit mit der völkerrechtswidrigen und unverjährbaren Menschenrechtsverletzung der Vertreibung der Deutschen ostwärts von Oder und Neiße und des Böhmerwaldes eine vorerst abrupte Beendigung erfuhren.

Neben der kontinentalen Mittellage ist die Stammesgliederung des Volkes der Deutschen, die man sich vergegenwärtigen muß. Die Stämme sind älter als das Volk und haben auf Formung und Gestaltung von Raum und Staat bis auf den heutigen Tag wesentlichen Einfluß genommen. »Zum Unterschied von ihren Nachbarn, bei denen meist ein einziger Stamm die übrigen Menschengruppen seines Siedlungsraumes zum Volk zusammenfaßte, sind die Deutschen aus einer Vielheit von Stämmen sehr gegensätzlicher Art hervorgegangen. Vielleicht war es gerade ihre Mannigfaltigkeit, die sie befähigte, zum Reichsvolk – nicht zum Staatsvolk – zu werden und darüber hinaus seit dem 12. Jahrhundert im Osten neue Stämme zu bilden ... Das Recht war im Mittelalter der gemeinsam befriedete Raum, der die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung durch anerkannte Rechtsgrundsätze verband, ohne die einzelnen Stammesrechte außer Kraft zu setzen. Sie galten vielmehr in ihrem Heimatbereich weiter, sofern sie nicht gegen die Gebote des Reichsfriedens verstießen.« (Müller-Sternberg)

Das deutsche Volk ist also keine natürlich, sondern eine geschichtlich gewordene Einheit. Sachsen und Franken, Schwaben und Bayern, Thüringer und Friesen bilden den Grundstock. »Von 919 an bis heute ist das Reich der Deutschen durch seine Stammesherzogtümer gegliedert gewesen. Unsere Heimaträume zeigen auch in der Gegenwart, nach wie vor, ihre unvergleichliche Eigenart – in der Mundart, in der kulturellen Tradition, im Brauchtum und ebenso in der Starrsinnigkeit, mit der an den Sonderformen der einzelnen Gebiete festgehalten wird ... Die Gliederung in Stämme ist dem Reich der Deutschen in die Wiege gelegt worden. Sie ist eine unserer Besonderheiten. Ihre Vielfalt und Eigensinnigkeit spiegeln sich sogar noch in den rückhaltlosen Kämpfen der politischen Parteien bei uns ... Der Boden des Reiches, die Länder und das Land der Deutschen sind der Schauplatz unseres Ringens um die Einheit gewesen.« (Diwald)

Alt- und neudeutsche Stämme

Mit der räumlichen Ausdehnung nach Osten, durch die Vermischung mit fremdem Volkstum und unter der Einwirkung neuer Landschaften veränderten die einwandernden Deutschen im Laufe der Zeit ihr Wesen, ihre Ausdrucksweise, ihre Gewohnheiten und Lebensanschauungen, so daß neue, ostdeutsche Stämme entstanden, die unser Volkstum erweiterten, bereicherten und verwandelten, denn Stämme wachsen weiter und wandeln sich. Mit diesem Prozeß wurde ein breiter Streifen des östlichen Europa für die Gemeinschaft der abendländischen Völker gewonnen.

An der Schwelle von einem Jahrtausend in das andere Jahrtausend stehend, ist rückblickend unübersehbar, daß das deutsche Volk in seinen Stämmen ständig einen Teil seiner Kraft nach Osten und im Osten eingesetzt hat. Deutsche Geschichte kann nicht ohne Geschichte des deutschen Ostens gesehen werden. Was im deutschen Osten gestaltet, gelebt, erlebt und erlitten wurde, gehört zur gesamtdeutschen Geschichte, im gesamtdeutschen Schicksal.

Im Mittelpunkt stehen die Wellen deutscher Ostsiedlung als hauptsächlicher Teil einer abendländischen Ostbewegung, die von Finnland bis zum Balkan reichte. Jedem Vorstoß, jeder wellenförmigen Ausbreitung folgte ein schwächeres Zurückweichen. Dies ist sehr anschaulich nachzulesen bei Percy Ernst Schramm »Deutschland und der Osten« und Hermann Aubin »Die Deutschen in der Geschichte des Ostens« sowie bei Robert Müller-Sternberg »Deutsche Ostsiedlung – eine Bilanz für Europa«.

In drei großen Schüben erfolgte das Vordringen und Einsiedeln der Deutschen in die östlichen Volkstumsräume. Zuerst waren es die Bayern der Karolingerzeit im achten und neunten Jahrhundert, die in das Gebiet der Ost-Alpen und in den westungarischen Raum vordrangen, durch das Reiterhirtenvolk der Madjaren angehalten und zum Teil wieder etwas zurückgedrängt wurden. Erst nach der Schlacht auf dem Lechfelde (955), dem Seßhaftwerden der Hirtenstämme und der Christianisierung der Ungarn konnte die Besiedlung fortgesetzt werden. Hierbei kam es zur Errichtung der sogenannten bayerischen Ostmark (um 972). Im elften Jahrhundert wurde dann die deutsch-ungarische Volkstumgrenze erreicht.

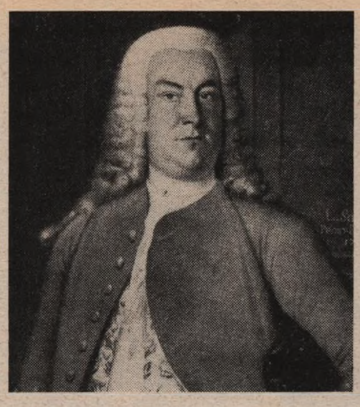
In den Gebieten ostwärts von Elbe und Saale vollzog sich im Hochmittelalter zwischen dem zehnten und vierzehnten Jahrhundert die an Ausmaßen größte Besiedlung, deren Ergebnisse durch Errichtung von Marken und Bistümern gesichert werden sollten. Auch hier kam es durch Aufstände zu Gegenbewegungen. Im ausgehenden zwölften Jahrhundert holten einheimische Fürsten deutsche Siedler in die Gebiete Mecklenburgs, Pommerns, Schlesiens und nach Siebenbürgen, ebenfalls in den Be-

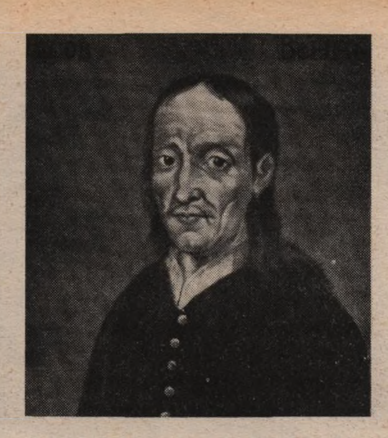
reich des Böhmerwaldes, der Sudeten und des Erzgebirges. Die Christianisierung und wirtschaftliche Erschließung Livlands und die Staatsgründung des Deutschen Ordens waren die letzten großen Leistungen dieses Besiedlungsvorstoßes. Der Zustrom deutscher Siedler dauerte bis Mitte des 14. Jahrhunderts an. Ab dann folgten selbstbewußte Gegenzüge junger Völker des europäischen Ostens und wieder teilweises Zurückdrängen des Deutschtums. Dabei ist zu bedenken, daß die deutsche Ostbesiedlung die einheimische Bevölkerung und deren Kultur nicht vernichtete, sondern mit ihr verschmolz und dem Abendland anschloß.

Anerkennung der Leistungen und Erfolge

Von durchdringender Wirkung waren die Städtegründungen, die Stadtrechtsverbreitung, die Einführung wirkungsvollerer Bodennutzung und Bodenbewirtschaftung sowie der vielfältige Ausbau von Handel, Gewerbe und Verkehr und die Vermittlung einer besseren Bergbautechnik. Die Anerkennung solcher Leistungen und Erfolge dokumentierte sich in den von den einheimischen Fürsten in Ungarn, Böhmen und Polen gewährten besonderen Privilegien. Hieran waren (bis auf das Baltikum: Adel und Bürger) alle Schichten des deutschen Volkes beteiligt. Bevölkerungsschwund und nationale Entwicklungen ließen weiteren Siedlerzustrom versickern.

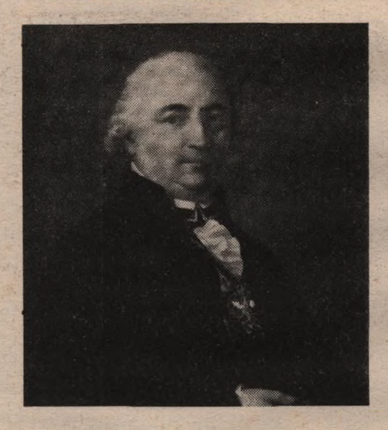
Der dritte größere Siedlungsschub der Deutschen setzte erst wieder im achtzehnten Jahrhundert ein, dauerte bis etwa Mitte des neunzehnten Jahrhunderts und wurde durch die planmäßige Siedlungspolitik zur Erschließung neugewonnener Gebiete (Ungarn, Posen, Westpreußen, Ukraine) der Staaten Österreich, Preußen und Rußland ausgelöst. Hierbei ging allerdings vielerorts die Bildungsschicht im neuen Volkstum auf. »Dem deutschen Volkstumsraum hat diese Siedlungsbewegung eine gewaltige Erweiterung gebracht. Zwei Fünftel des deutschen Volkstumsbodens, wie er bis zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges bestand, sind erst durch die friedliche Kulturarbeit des deutschen Bauern, Bergmanns und Bürgers

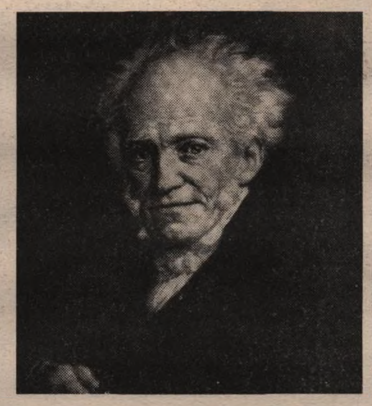

Joh. C. Gottsched, geb. am 2. 2. 1700, Juditten/Ostpreußen.

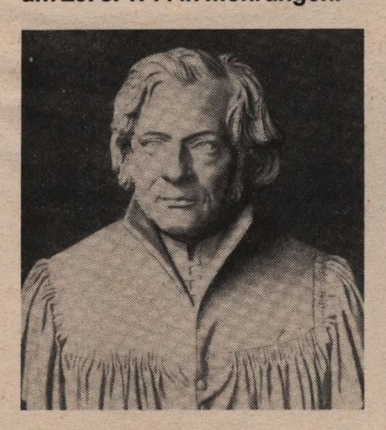

Jakob Böhme, geb. 1575 in Altseidenberg in Schlesien.

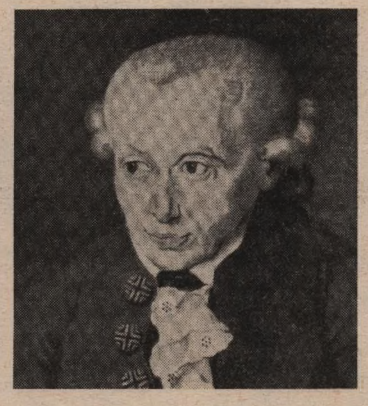

Joseph Freiherr von Eichendorff, geb. am 10. 3. 1788 in Lubowitz in Schlesien.


E. T. A. Hoffmann, geb. am 24. 1. 1776 in Königsberg, Ostpreußen.


Johann Gottfried Herder, geb. am 25. 8. 1744 in Mohrungen.


Arthur Schopenhauer, geb. am 22. 2. 1788 in Danzig.


Friedrich Schleiermacher, geb. am 21. 11. 1768 in Breslau.


Immanuel Kant, geb. am 22. 4. 1724, Königsberg/Ostpreußen.

im Verlaufe der Ostkolonisation seit dem frühen Mittelalter hinzugewonnen worden. So erscheint einer rückschauenden Betrachtung die deutsche Ostkolonisation als die größte und bleibende abendländische Leistung des deutschen Volkes.« (Stadtmüller).

Auch an diesem Vorgang wird deutlich, wie sehr deutsche Geschichte immer europäische Geschichte war und ist. Diese deutsche Ostbesiedlung war einer der bedeutendsten Vorgänge europäischer Geschichte nach der Völkerwanderung. Trotz gelegentlichen Eroberungs- und Unterwerfungscharakters stellte sie eine überwiegend friedliche Durchdringung bis dahin zum großen Teil ungenutzter Lebensräume dar. Die Einwanderer kamen entweder in größeren Schüben oder in langsamer Zuwanderung aus allen altdeutschen Stämmen und den Niederlanden.

Dieser Vorgang vollzog sich ohne bemerkenswerte Unruhe oder Aufmerksamkeit in den entsprechenden Zeiten; er zählt zu den großen Siedlungsströmen überlegener Völker mit hoher Geburtenzahl, wie sie auch in anderen geographischen Räumen und mit anderer Bewegungsrichtung historisch festzustellen sind. »Das einstige Vordringen von Deutschen und Niederländern nach dem Osten war ... das Ergebnis eines natürlichen West-Ost-Gefälles von Wirtschaftskraft, organisatorisch-technischem Vorsprung sowie Bevölkerungsüberschuß und wurde politisch ausgelöst vom landesherrlichen Wunsch nach Modernisierung zurückgebliebener Territorien.«

Man muß diese im jetzt auslaufenden Jahrtausend durch die abendländische, vorwiegend deutsche Ostbesiedlung zustandegekommene fruchtbare Ost-West-Verzahnung und vielseitige Wechselbeziehung zwischen den ostmitteleuropäischen Völkern und Volksgruppen im Überblick vor Augen haben, um den in unserem Jahrhundert vorgegangenen Radikalprozeß der Austreibung der Deutschen aus dem Osten richtig einordnen zu können.

Der sich im letzten Jahrtausend aus dem Volkstumsraum der Deutschen in der Mitte Europas im Frühmittelalter, im Hochmit-

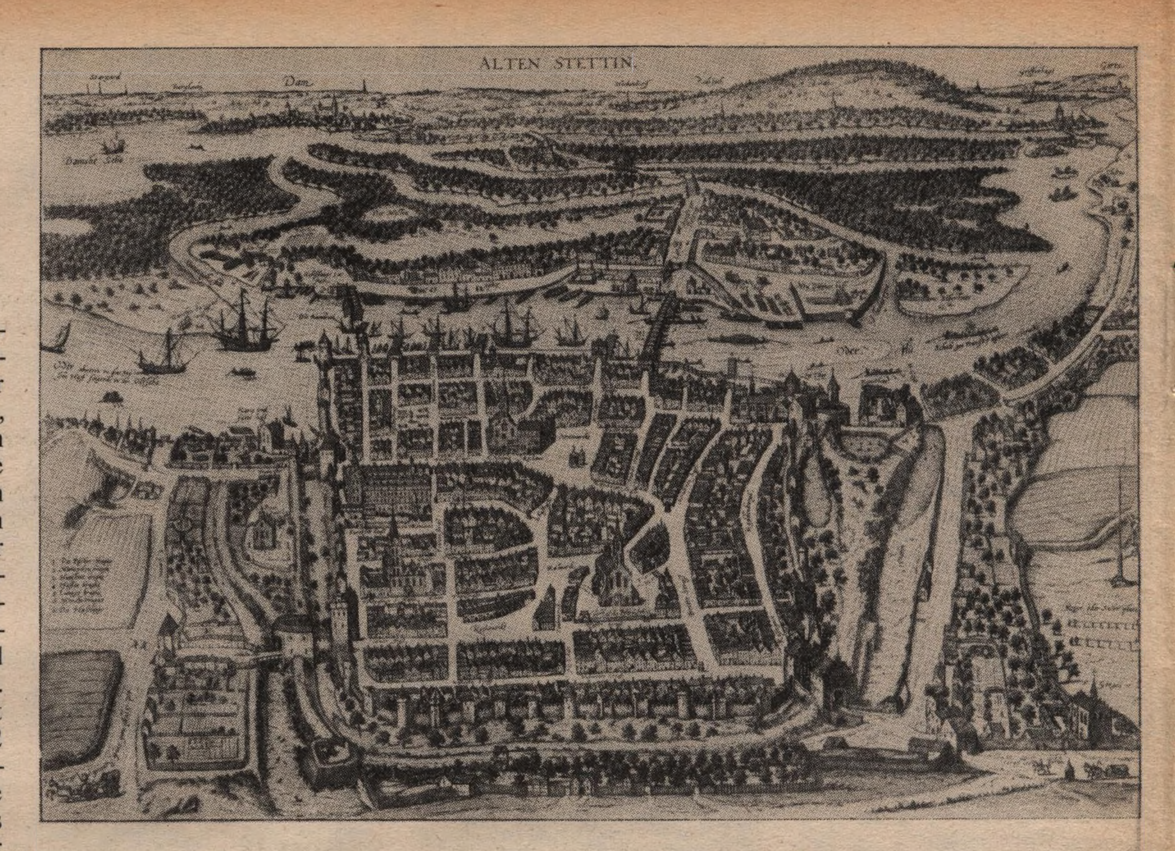
Deutschland

Die Vertreibung aus dem Osten

telalter und in der Neuzeit wechselhaft vollziehenden Ostbesiedlung wirkten aus ostwestlicher Richtung immer wieder Abwehr-, Angriffs- und imperiale Wellen entgegen. Es waren einerseits die Vorstöße der Ungarn im zehnten Jahrhundert, der Mongolen im dreizehnten Jahrhundert und der Türken im siebzehnten Jahrhundert, die alle mit Glück und teilweise in abendländischer Gemeinsamkeit aufgefangen und abgewehrt werden konnten. Zum anderen waren es der seit der Zeit Iwans des Dritten (1462 bis 1505) unaufhörliche Ausdehnungsdrang der Moskowiter, die Eroberungspolitik Peters des Großen, die rücksichtslos über Menschenleben und Völkerexistenz hinweggehende Welteroberungspolitik der kommunistischen Sowjetunion. Insgesamt war es ein Ost-West-Vordringen in das Herz Europas, von dem bereits Friedrich Engels 1855 in der »Neuen Oder-Zeitung« sagte: »Panslawismus ist eine Bewegung, die ungeschehen zu machen strebt, was eine Geschichte von tausend Jahren geschaffen hat, die sich nicht verwirklichen kann, ohne die Türkei, Ungarn und eine Hälfte Deutschlands von der Karte Europas wegzufegen, die, sollte sie dies Resultat erreichen, seine Dauer nicht sichern kann, außer durch die Unterjochung Europas.«

Weltgeschichtliche Gegenkräfte aus dem Osten

Dank der Unterstützung und Waffenbrüderschaft westlicher Staaten und der USA reicht das Sowjetimperium heute von der Oder bis zur Japanischen See. Aus dem kleinen, um 1300 gegründeten Fürstentum Moskau mit seinen 16200 Quadratkilometern entwickelte sich aus Landraub und Völkerunterdrückung das heutige auf 22403000 Quadratkilometer angewachsene Sowjetimperium. Der Ausdehnungsdrang nach Westen bleibt weiterhin spürbar.



Das alte Stettin im 16. Jahrhundert. Ein Stich von Braun und Hogenberg.

Auf diesem Hintergrund muß man den Vorgang der Austreibung der Deutschen aus dem von ihnen in jahrhundertelanger Arbeit kultivierten deutschen Osten begreifen; man muß erkennen, daß Umsiedlung, Aussiedlung, Flucht und Vertreibung im letzten Jahrhundert dieses Jahrtausends Vorgänge sind, die nicht nur zeitgeschichtlich gesehen und gewertet werden dürfen, sondern auch weltgeschichtlich eingeordnet werden müssen. Nur eine solche Betrachtungsweise vermittelt tatsächliche Einsichten über Wirken und Wollen der Völker in Europa, über Aufgaben und Verpflichtungen der Deutschen in der Mitte Europas, über die Rolle Westdeutschlands und Westeuropas im Rahmen der gegenwärtigen Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik. Sie ist aber auch der Schlüssel zum Verständnis der Rolle und des gesamtdeutschen und europäischen Auftrags der Landsmannschaften in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Zusammenbruch des deutschen Ostens

Der Zusammenbruch des deutschen Ostens Ende des Zweiten Weltkriegs und die Austreibung der Deutschen aus den von ihnen seit Jahrhunderten erschlossenen und kultivierten Siedlungsräumen kommen dem Versinken einer fast tausendjährigen deutschen und abendländischen Geschichte gleich. Der Zweite Weltkrieg bot der seit über dreihundert Jahren im Drang nach Westen befindlichen russisch-sowjetischen Herrschaft die Gelegenheit zum breiten Einbruch und zum Vorstoß bis ins Herz Europas. »Die Ostgrenze des Abendlandes ist noch über die Linie zurückgedrängt, an der sie unter Karl dem Großen gelegen hatte.«

Als Roosevelt und Churchill in Jalta Stalin die Vertreibung der Deutschen im Osten zubilligten, waren auch gegen Europa die Würfel gefallen. Deutschland liegt nicht mehr zwischen West und Ost, sondern in West und Ost. Daß Westeuropa als Resteuropa mit Westdeutschland als Restdeutschland eine um des Überlebens willen auf Gedeih und Verderb verbundene Schicksalsgemeinschaft darstellt, ist den Resteuropäern noch nicht in erforderlicher Deutlichkeit ins Bewußtsein gelangt.

Das 20. Jahrhundert steht im unrühmlichen Ruf als das »Jahrhundert der Flüchtlinge«. Was den Deutschen mit und während der Vertreibung wiederfuhr, steht im ausgesprochenen Gegensatz zu den Grundwerten der abendländischen Gesittung. Das Entgegenhalten deutscher Schuld, ändert nichts an der Feststellung. Die Vertreibung der Deutschen aus ihren ostdeutschen Siedlungsgebieten und Heimaträumen hat für die Zukunft Europas einschneidende und weltgeschichtliche Bedeutung. Sie muß heute global und weltgeschichtlich auf dem Hintergrund der sowjetkommunistischen Welteroberungspolitik gesehen und verstanden werden.

Aus dieser Sicht werden alle Bewegungen in ost-westlicher Richtung, auch in kleineren Dimensionen, wichtig. Ob es um Auswanderung, Rücksiedlung, Umsiedlung, Flucht, Vertreibung, Übersiedlung oder Aussiedlung geht, das alles gewinnt an Bedeutung, wenn solche Maßnahmen und Vorgänge in der Übersicht politische Absichten und Ziele, Tendenzen und Entwicklungen erkennen lassen. Erst aus dieser Sicht wird »Das russische Perpetuum Mobile« (D. Friede) deutlich, beginnt das »Denken in Kontinenten« (J. v. Lohausen) oder erkennt man vor allem Versäumnisse und Fehlentscheidungen der eigenen Politik!

Zu den Argumenten, die von polnischer Seite in der politischen

Auseinandersetzung über die deutschen Ostgebiete gelegentlich eingebracht werden, gehört auch die Behauptung, die Deutschen hätten bereits seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts begonnen, freiwillig ihre ostdeutsche Heimat zu verlassen und damit eine Ost-West-Wanderung in Gang gesetzt, die nach dem Ersten Weltkrieg zugenommen und während des zweiten Weltkrieges größere Ausmaße angenommen habe, um dem westwärts strebenden Polentum Platz zu machen.



Das Schloß in Königsberg in Ostpreußen in unzerstörtem Zustand.

Die »Kalte Austreibung« 1919 bis 1939

Viele Ostdeutsche seien unter Aufgabe ihrer Heimat nach Übersee ausgewandert. Aber natürlich handelte es sich bei der Ab- und Auswanderung vorwiegend junger Menschen aus den ostdeutschen Gebieten nicht um mangelnde Heimatliebe, sondern bei den hohen Geburtenzahlen im deutschen Osten um mangelnde Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten, zumal nur Oberschlesien wegen seiner Bodenschätze ein großes Industriezentrum hatte.

Wenn dieses Thema hier kurz aufgegriffen wird, dann wegen der Feststellung, daß die Bevölkerung Ostdeutschlands (Grenzen von 1937 zugrunde gelegt) von 1819 bis 1945 von 3,7 Millionen Einwohnern auf 11 Millionen Einwohner (von 9,4 Prozent auf über 30 Prozent Anteil am Reichsdurchschnitt) anwuchs, sich in dieser Zeit also fast verdreifachte, und in der Zeit von 1843 bis 1939 durch Auffüllung der Industriezentren Deutschlands und durch Auswanderung nach Übersee etwa 2,8 Millionen Einwohner abgegeben hat. Diese Ab- und Auswanderung war keine »Ostflucht«, wohl aber die Folge einer unzulänglichen wirtschaftlichen Strukturpolitik.

Ein ganz anderes Thema ist dann die sogenannte »Ost-West-Wanderung« zwischen den beiden Weltkriegen aus den nach dem Ersten Weltkrieg zu Polen gekommenen Gebieten Posen und Westpreußen. Hier sahen sich zwischen 1919 und 1923 allein rund 700000 Deutsche durch drastische Polonisierungsmaßnahmen der polnischen Regierung gezwungen, ihren Wohnsitz aufzugeben. Das waren zwei Drittel der deutschen Einwohner von 1914. Bis 1939 waren etwa 870000 Deutsche von dieser »Kalten Austreibung« betroffen.

Der »verwaltungsmäßige Kampf gegen das Deutschtum« reduzierte dieses auch in Kongreßpolen und Ostpolen. So wanderten auch in Ostoberschlesien über 100000 Angehörige der deutschen Führungsschicht ab. Durch Entlassung der deutschen Beamten durch Aberkennung der polnischen Staatsbürgerschaft, mit Durchführung des Liquidationsgesetzes, des Annullierungsgesetzes, der Agrarreform, durch Konzessionsentzug, Rohstoffverweigerung, Steuerbenachteiligung und auch Boykott kam es zu Panikstimmung, Angstverkäufen und Abwanderung der Deutschen aus dem polnischen Machtbereich. Hier setzte eigentlich schon »Vertreibung« ein, die vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu offener Verfolgung und antideutschen Ausschreitungen ausartete.

Der von Stalin beabsichtigten gewaltsamen und endgültigen Vertreibung der Deutschen aus dem deutschen Osten ging eine vertraglich geregelte »Rücknahme« von Deutschtumsgruppen aus Siedlungsgebieten jenseits der Reichsgrenze in den Jahren von 1939 bis 1944 voraus. Sie war einerseits bestimmt durch die Absicht, »die dem Reich unmittelbar eingegliederten Teile Polens durch eine starke bäuerliche Siedlung zu sichern, andererseits, durch die unmittelbare Notwendigkeit, die Deutschen in den dem sowjetischen Einflußbereich überantworteten Gebieten (durch Hitler-Stalin-Pakt, 23. August 1939; der Verfasser) zu retten. Für die Deutschbalten, die Deutschen aus den Ostgebieten Polens, der Nordbukowina und Bessarabiens bedeutete die Umsiedlung ohne Zweifel die Bewahrung vor der Vernichtung. Diese Deutschen meldeten sich trotz aller Verbundenheit mit ihrer Heimat so gut wie vollzählig bei den Umsiedlungskommandos



Das Rathaus von Breslau, eine Aufnahme aus der Zeit vor der Zerstörung.

Deutschland

Die Vertreibung aus dem Osten

... Trotzdem bedeutete die Umsiedlung den vom Deutschen Reich aus angeordneten und organisierten und von den betroffenen Gruppen bejahten Verzicht auf ihr altes Heimatrecht.«

Rücksiedlung ostmitteleuropäischer Deutschtumsgruppen 1939 bis 1944

Auf Grund von Verträgen mit den baltischen Staaten, der UdSSR und Rumänien wurden 76900 Deutsche aus Estland und Lettland, 51000 Deutsche aus Litauen, 136500 Deutsche aus Wolhynien und Ostgalizien, 43600 Deutsche aus der Nordbukowina, 93300 Deutsche aus Bessarabien, 15400 Deutsche aus der Norddobrudscha, 52100 Deutsche aus der Südbokuwina, 32900 Deutsche aus dem Cholmer Gebiet und weitere 50000 Deutsche aus dem Balkanraum (zum Beispiel Bosnien) zwischen Oktober 1939 und Juni 1941 umgesiedelt.

Die letzte Phase der Umsiedlung zwischen 1942 und 1944 geht zum Teil einher mit dem Rückzug der deutschen Armeen und erfaßt weitere 350000 Deutsche. Bis März 1942 sind es 3800 Deutsche aus dem Raum Leningrad (Ingermanland), 1943 rund 10600 Deutsche aus Weißruthenien, 10000 Deutsche aus dem Nordkaukasus, 145000 aus dem Schwarzmeergebiet ostwärts des Bug, 1944 dann 45000 Deutsche aus dem sowjetischen Wolhynien und 135000 Deutsche aus dem zeitweilig von Rumänien verwalteten Transnistrien zwischen Dnjestr und Bug.

Von diesen rund 900000 »Heimgeholten« kamen nur noch verhältnismäßig wenige aus den Lagern zur Ansiedlung. Mit dem Erlahmen der deutschen Kampfkraft an der Ostfront und dem Beginn der sowjetischen Winteroffensive am 12. Januar 1945 kamen auch die in das »Wartheland« und in das »Generalgouvernement« umgesiedelten Deutschen in den Sog von Flucht und Vertreibung, zumal die sowjetische Offensive schon nach wenigen Tagen fast das gesamte Staatsgebiet Polens, Schlesien und das östliche Brandenburg, den Südostrand Pommerns und den größten Teil Ostpreußens unter sowjetische Gewalt brachte. Seit 1919 ist die »kalte« und »geregelte« Austreibung der Deutschen aus dem Osten im Gange. Die nun einsetzende Vertreibung gerät zur Orgie der Unmenschlichkeit und macht im Sinne Stalins »ganze Arbeit«!



Von links: Winston Churchill, Harry S. Truman und der sowjetische Diktator Josef Stalin im Juli 1945 vor dem Cäcilienhof, in dem die Potsdamer Konferenz der Sieger stattfand.



Das zerstörte Breslau am Ende des Zweiten Weltkrieges.

Flucht und Vertreibung 1944 bis 1949

Die Massenflucht der Deutschen setzte im Oktober 1944 in Ostpreußen ein, als die ersten sowjetischen Armeen das Memelgebiet und den Ostrand Ostpreußens erreicht hatten. Die hier noch durchgeführte Evakuierung betraf eine halbe Million Menschen. Die Nachricht von den an der dort betroffenen deutschen Zivilbevölkerung ausgeübten

Greueltaten veranlaßte große Teile der ostdeutschen Bevölkerung zu panikartiger Flucht. Diese Wirkung war von der sowjetischen Führung beabsichtigt.

Das Vorrücken der Roten Armee in Ostdeutschland nach dem 12. Januar 1945, das wegen zu später Evakuierungstermine von sowjetischen Panzertruppen angewandte Überrollen der Flüchtlingstrecks, das massenweise Plündern, Brandschatzen, Morden und Schänden durch die Rote Armee forderten bereits in den ersten Wochen über 100000 Todesopfer und führten zu chaotischen Verhältnissen. die meisten versuchten nun über Land- und Wasserwegen sich durch die Flucht nach dem Westen der unmittelbaren Lebensgefahr zu entziehen.

Ende 1944 lebten in den deutschen Ostgebieten an Zivilbevölkerung noch fast zehn Millionen Menschen. Durch Flucht auf Land- und Wasserwegen verringerte sich diese Zahl auf fast 3,5 Millionen und stieg kurz nach Beendigung der Kampfhandlungen bis zum Sommer 1945 durch Rückkehr von 1,2 Millionen Flüchtlingen, vor allem nach Schlesien, wieder auf fast fünf Millionen an.

An letzterem kann man erkennen, daß die Bevölkerung die kriegsbedingte Flucht aus ihren Heimatgebieten als notwendige Evakuierung und als vorübergehende Notmaßnahme betrachtet hat. Der aufopfernde Einsatz der deutschen Wehrmacht und der deutschen Kriegsmarine in diesen Abschnitten der Front in den letzten Kriegsmonaten bis zum letzten Tag zum Schutze und zur Rettung der deutschen Zivilbevölkerung war vorbildlich und einmalig. Allein über 2,5 Millionen Menschen konnten noch über See gerettet werden.

Diese Flucht der ostdeutschen Bevölkerung ist aber nur als Einleitung und Vorstufe der nachfolgenden Vertreibung anzusehen. Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 boten die »Rechtsgrundlage« für die Vertreibung, die schon in Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943) und in Jalta (4. bis 11. Februar 1945) erörtert und beschlossen worden war; allerdings war an eine »ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile, die in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn zurückgeblieben sind«, gedacht. Wenn auch der Ausweisungsplan dieser Konferenz erst am 20. November 1945 vom Alliierten Kontrollrat unterzeichnet wurde, war das für Stalin und die polnischen Vollstrecker kein Hindernis, durch Verschleppung von Deutschen zur Zwangsarbeit in Rußland (etwa 800000 Ostdeutsche) und durch »wilde« Austreibung Tatsachen zu schaffen.



Ein deutsches Kind im Frühjahr 1945 auf der Suche nach seinen Angehörigen.

Als die polnische Regierung von der Roten Armee die Verwaltung in den ostdeutchen Gebieten und zum Teil im polnischen Staatsgebiet von 1939 im Frühjahr 1945 übernommen hatte und feststellte, daß »trotz der Flucht, der Verschleppung und der in die Hunderttausende gehenden Verluste durch Mordtaten, Kampfhandlungen, Selbstmord und Hungertod noch über fünf Millionen Deutsche« im Lande waren, ergriff sie ihrerseits Maßnahmen in Gestalt von Enteignung des gesamten Vermögens der Deutschen, von Zwang zu unbezahlter Arbeit und von Verhaftungen. Die deutsche Bevölkerung war rechtlos und vogelfrei geworden. Die erste große Ausweisungswelle für die unmittelbar ostwärts von Oder und Neiße gelegenen Gebiete begannen im Juni/ Juli 1945 und betraf rund 250000 Menschen.

In den Monaten Dezember bis Februar 1945 setzte die zweite Ausweisungswelle ein und erfaßte etwa 400000 Ostdeutsche.

Im Frühjahr 1946 begann dann die dritte und größte Austreibungswelle, die bis Ende des Jahres andauerte und über zwei Millionen Deutsche außer Landes und in die britische Besatzungszone trieb. 1947 wurden aus Nordostpreußen und den polnisch verwalteten Gebieten in einer vierten Vertreibungswelle rund 500000 Deutsche ausgewiesen. In den ersten beiden Jahren nach dem Krieg verblieben die ungefähr 300000 Ostpreußen, die noch im Lande waren, bei den Russen in härtester Zwangsarbeit. Erst als durch Hunger und Seuchen etwa die Hälfte der Menschen umgekommen war, wurden sie ausgewiesen. Die letzte und fünfte Ausweisungswelle erfolgte 1948/49 und umfaßte etwa 300000 Deutsche.

Der Drang der Sowjets nach Westen

Von Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten und den Deutschtumsgebieten im Ausland (ohne Sowjetunion) waren rund 17 Millionen Deutsche betroffen, rund 2,5 Millionen Landsleute überlebten nicht. Über drei Millionen Deutsche leben heute noch in ihren Heimatgebieten (einschließlich Sowjetunion). »Die Vertreibung und Entwurzelung der ostdeutschen Bevölkerung, die nicht allein in dem Akt der Ausweisung und dem Abtransport bestand, sondern nur als Gesamtvorgang von Flucht, Enteignung, Deklassierung, Verschleppung, Ausmerzung und Verelendung zu verstehen ist, war damit in großen Teilen Ostdeutschlands schon 1947, in den restlichen Gebieten und in Polen 1949 beendet ... Die ostdeutsche Bevölkerung hatte neben dem Verlust der Heimat, der Habe und der menschlichen Beziehungen auch besonders hohe Menschenverluste erlitten, die weit über denen der übrigen deutschen Bevölkerung liegen.«

»Mit der Vernichtung der deutschen Siedlungsräume und Funktionen im Osten verlor der Westen auch jede Möglichkeit, den Völkern Ostmitteleuropas zu helfen und sie, für deren Freiheit die Westmächte in den Krieg gezogen waren, vor der Sowjetisierung zu beschützen, sie davor zu bewahren, gezwungene Satelliten Moskaus zu werden.

Wer 1945 noch nicht sah, wohin diese Entscheidung führte, dem wurde spätestens 1948 bei dem offenen kommunistischen Umsturz in der Tschechoslowakei klar, daß die Westmächte durch ihre Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der Sowjetunion den Kampf für Freiheit und Demokratie in Ostmitteleuropa politisch verloren hatten.«

Mit der Vertreibung der Deutschen hört eine wichtige Bindung und Verbindung des polnischen Volkes an den europäischen Westen auf zu bestehen, anderer-

Deutschland

Die Vertreibung aus dem Osten



Ostpreußische Flüchtlingsfrauen im Frühjahr 1945 im Hafen von Kopenhagen.

seits wurde durch das Unrecht der Vertreibung und die noch ungelöste deutsche Frage auch in bezug auf die deutschen Ostgebiete eine stärkere Bindung an das Sowjetsystem hervorgerufen.

Die Vertreibung der Ostdeutschen ist von grundlegender Bedeutung für die kommunistische Herrschaft über das östliche Mitteleuropa. Der Drang der Sowjets nach Westen hat nicht aufgehört.

Während die Flucht vor der Roten Armee mit dem Aufhören der Kriegshandlungen 1945 ausklang und die Vertreibungswillkür in der Hauptsache 1947 und endgültig 1949 ihr Ende fand, war das Austreiben der Deutschen noch nicht beendet. Wegen des drohenden Volkstumsverlustes, der fehlenden Grund- und Menschenrechte und der nationalen Volksgruppenrechte sowie der rücksichtslosen Polonisierungsmaßnahmen kam es seit 1950 zu ständigem Aussiedlungsdrang vieler Deutschen in den freieren Teil Deutschlands.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949, dem Inkrafttreten des Grundgesetzes und seiner Klärung der Volkszugehörigkeit in Artikel 116 und mit der Einführung des Begriffs »Aussiedler« im Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 wurden – über Vereinbarungen der Rot-Kreuz-Organisationen und später (1970) über vertragliche Lösungen – Aussiedlungen möglich.

Wegen des faktischen Vertreibungsdrucks zählen nach dem Bundesvertriebenengesetz die Aussiedler zu den Vertriebenen. Dabei sind Aussiedler Personen, die als Deutsche nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen die unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien oder China, verlassen haben (§ 1 Abs. 2, Nr. 3 BVFG i.d.F.v. 3.9.1971).

In der Zeit von 1950 bis 1985 sind so 1,30 Millionen Deutsche in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Die Mehrzahl kam aus dem polnischen Machtbereich, den deutschen Ostgebieten (772137), dann folgen Rumänien (178911), Tschechoslowakei (96406) und sowjetischer Machtbereich (9431). Im Grenzdurchgangslager Friedland und in der Durchgangsstelle für Aussiedler in Nürnberg wird neben den schon erwähnten allgemeinen Gründen für die Aussiedlung immer wieder von den ostdeutschen Landsleuten gesagt: »Wir möchten, daß unsere Kinder Deutsche bleiben!« Den Deutschen macht man die Heimat zur Fremde. Das erklärt die hohe Zahl der vorliegenden Aussiedlungsanträge, die man trotz der nach Antrastellung einsetzenden Schikanen und materiellen Verluste stellt. So wollen von den rund 350000 in Rumänien lebenden Deutschen etwa 80 bis 90 Prozent aussiedeln.

Doch nicht nur die Gruppe der Aussiedler mit über einer Million Deutschen sucht eine freiheitliche Existenz und Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die große Gruppe der Zuwanderer aus Mitteldeutschland drängte trotz aller Sperren und Mauern in die Freiheit. »Zuwanderer« ist ein Oberbegriff für »Übersiedler«, »Flüchtlinge«, »Sperrbrecher« und »Sonstige« und meint Deutsche, die die DDR oder Berlin (Ost) in irgendeiner Form (mit oder ohne Genehmigung) verlassen haben und in das Bundesgebiet einschließlich Berlin zugezogen sind. Hier ist noch anzumerken, daß nach Flucht und Vertreibung über drei Millionen Ostdeutsche in Mitteldeutschland verblieben sind, die zum Teil dann als Zuwanderer in den freien Westen mit Genehmigung (Übersiedler), ohne Genehmigung (Flüchtlinge), unter Gefahr für Leib und Leben (Sperrbrecher) oder sonst (nach Haft oder auf Veranlassung der dortigen Behörden) gingen.

Auf diesen verschiedenen Wegen kamen von 1949 bis zum Mauerbau (13. August 1961) 2,69 Millionen Deutsche und seitdem bis 1981 weitere 440646 Deutsche ins Land. Von den insgesamt 3,13 Millionen Zuwanderern kamen nach 1961 dann 251431 als Übersiedler, 186763 als Flüchtlinge und 38150 davon als Sperrbrecher.

Die Deutschen aus der Geschichte vertreiben

Von der »Kalten Vertreibung« aus den Korridorgebieten nach dem Ersten Weltkrieg bis zur Flucht aus der DDR im Jahre 1986 ist der rote Faden der Austreibung der Deutschen aus dem ostdeutschen und ostmitteleuropäischen Raum zu erkennen. Die Erkenntnis dieser Tatsache ist dem andauernden Versuch entgegenzuhalten, uns auch noch aus der Geschichte und aus der Wahrheit zu vertreiben und den Willen zur Nation zu brechen. □

Für die Fehler der Regierung blutet der kleine Mann

Alfred König

Der kleine Mann soll ganz alleine für die Fehler einer verfehlten Politik der Bundesregierung bluten. Aus diesem Grunde wurde jetzt ein regelrechter Psychoterror gegen die Forderungen der Gewerkschaften und die ersten Tarifabschlüsse eingeläutet. Mit einer Art Gehirnwäsche soll den Arbeitnehmern eingebleut werden, besonders sie müßten sich mit kleinen Gehaltssteigerungen begnügen, da sonst ein Kollaps der deutschen Wirtschaft drohe.

In der Tat richtig ist es, daß die Forderungshöhe der Gewerkschaften zwischen neun und 10,5 Prozent weit überzogen sind und an der Realität meilenweit vorbeigehen. Wie sind diese Forderungen aber zustandegekommen? Noch bis September, Oktober des vergangenen Jahres sprach die Bundesregierung von einem stabilen Aufwärtstrend der deutschen Konjunktur, der sich auch in diesem Jahr weiter fortsetzen werde, mit einer wahrscheinlichen Steigerungsrate von über zwei Prozent. Zwar gab es vereinzelte Warnungen von Wirtschaftsforschungsinstitute, doch waren diese nur sehr leise.

Die Folge hiervon waren die obigen Forderungen der Gewerkschaften, wobei natürlich von vorneherein jedem klar war, daß es irgendwo um die sechs Prozent zu einer Einigung kommen werde. Sehr hoch angesiedelte Funktionäre der Gewerkschaften geben dann in privaten Gesprächen auch zu, daß diese Forderungshöhe heute nicht mehr erhoben würde, man dies nur getan habe, weil alle Prognosen einen weiteren starken Wirtschaftsaufschwung vorhersagten. Nun könne man aber ohne Gesichtsverlust nicht auf einmal die Forderungshöhe senken. Von all diesen Gesprächspartnern wurde Kompromißbereitschaft zwischen fünf und sechs Prozent linearer Einkommenserhöhung plus kleiner Verbesserungen im Manteltarifvertrag signalisiert.

Bundesfinanzminister Waigel plädierte selber für einen Inflationsausgleich als Oberhöhe der Tarifabschlüsse, da dieser wirtschaftlich von den Unternehmen und auch im Öffentlichen Dienst verkraftet werden könne. Auf die Inflationsrate von durchschnittlich knapp vier Prozent in diesem Jahr muß dann natürlich noch der Durchschnittssteuersatz von 25 bis 30 Prozent gerechnet werden, so daß nach Waigels eigener Rechnung ein Tarifabschluß von etwa fünf bis 5,5 Prozent verkraftbar ist. Warum also das Geschrei, und warum nicht ein dementsprechendes Angebot im öffentlichen Dienst?!

Auch das Geschrei der Unternehmen ist groß – nur nicht berechtigterweise. So soll der vereinbarte rund sechsprozentige Einkommensanstieg in der deutschen Stahlindustrie die Unternehmen rund 700 Millionen Mark kosten, davon alleine etwa 90 Millionen Mark bei Thyssen.

Unterm Strich keine neuen Kosten

Thyssen kündigte aber bereits an, in den nächsten Monaten 2000 Stellen streichen zu wollen. Als Durchschnittsverdienst können sicherlich einschließlich Personalnebenkosten 8000 Mark monatlich angesetzt werden – wahrscheinlich sogar mehr –. Dieses sind aber allein 16 Millionen Mark weniger im Monat oder 192 Millionen Mark im Jahr.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß dieser Stellenabbau schrittweise erfolgt, vielleicht noch einige freiwillige Sonderzahlungen fließen, dürfte in diesem Jahr mindestens die Hälfte verwirklicht werden, so daß sich also unterm Strich keine neue Kostenbelastung ergibt. Im Gegenteil: Da diese Personen auch aus den Tarifsteigerungen der kommenden Jahre wegfallen, ergibt sich für die Unternehmen eine deutliche Kosteneinsparung.

Es ist doch auch gar nicht wahr, daß die deutschen Gehälter und Löhne im internationalen Vergleich zu hoch sind. Sie sind sicherlich in der Spitzengruppe angesiedelt, was angesichts der enormen Wirtschaftskraft Deutschlands aber gerechtfertigt ist. Das Problem sind die hohen Personalnebenkosten, wie etwa Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung.

Diese sind international gesehen auf jeden Fall viel zu hoch. Das ist aber doch das Verschulden einer unseriösen Finanzpolitik des Bundes, der lieber Milliarden Mark an Schein- und Wirtschaftsasylanten, an die Streichung von Polen-Krediten und an der Finanzierung nur Amerika dienender Kriege verschleudert, als diese Beträge seinen Bürgern in Form niedrigerer Selbstbeteiligungen in den diversen sozialen Bereichen zukommen zu lassen.

Es ist richtig, daß in wirtschaftlich schweren Zeiten auch die Arbeitnehmer ihren Beitrag leisten müssen, in besonders harten Fällen durchaus auch in Form von Einkommenskürzungen. Doch muß dieses wirklich das allerletzte der vorhandenen Möglichkeiten sein.

Man kann dies aber nicht dann verlangen, wenn das Bruttosozialprodukt immerhin noch um stattliche eineinhalb bis zwei Prozent jährlich wächst, so wie in diesem Jahr. Für das kommende Jahr ist, eine Stabilisierung in Osteuropa und ein Anziehen der Weltwirtschaft vorausgesetzt, sogar wieder mit einem Wachstum von etwa drei Prozent zu rechnen. Es bestehen gute Hoffnungen, daß, allen Unkenrufen zum Trotz, 1992 das wirtschaftlich schwächste Jahr in dieser Dekade wird und es ab kommendem Jahr wieder aufwärts geht.

Wie kann man aber in so einer Situation dem durch höhere Steuern und Sozialabgaben ohnehin schon extrem stark gebeutelten kleinen Mann zumuten, nun auch noch einen Reallohnverzicht hinzunehmen? In den USA und Großbritannien kam es jahrelang zu einem minimalen Wirtschaftswachstum, sofern es nicht zeitweise sogar ins Minus gerutscht war. Dort war das Geschrei nie so groß wie hierzulande, wo man zum Teil annehmen muß, eine Wirtschaftskatastrophe wie in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre stehe bevor.

Eine falsche Finanzpolitik Bonns

Dieses ist vielmehr nur Propagandageschrei der durch Werbung gefügig gemachten etablierten Medien. So mußte etwa CODE vorliegenden Informationen zufolge einmal eine Wirtschaftszeitschrift einen kritischen Bericht über eine Großbank in letzter Sekunde zurückziehen, weil diese Bank mit einer Stornierung aller Anzeigenaufträge gedroht hat, was der Etat dieser Zeitschrift nicht verkraftet hätte.

Der kleine Mann soll unten gehalten werden, still und leise seine Arbeit tun, und genau dieses versucht man durch die derzeit sicherlich angespannte, aber insgesamt nicht bedrohliche wirtschaftliche Lage zu erreichen.

Um es noch einmal zu betonen, der Grund für die Wirtschaftsschwäche sind nicht zu hohe Einkommen, sondern eine falsche Finanzpolitik der Bundesregierung. Dies ändert natürlich nichts daran, daß viele Forderungen der Gewerkschaften, ganz egal wie sie heißen, kategorisch abzulehnen, weil diese utopisch und wirklich nicht bezahlbar sind. Bei der Lohnpolitik muß man ihnen aber alles in allem Augenmaß bescheinigen. Dies ändert aber nichts an der ideologischen Verblendung speziell des DGB. □

Banker-Journal

Inhaftierter chinesischer Politiker ist »optimistisch«

Wei Jingsheng, Führer von Chinas »Frühling von Peking« in den siebziger Jahren, soll laut Mitteilung seiner Familie »sehr optimistisch sein... Er ist in guter Verfassung und sogar ziemlich zuversichtlich hinsichtlich seiner Zukunft«. Die Nachrichtenagentur Reuter berichtete, daß er jetzt Bücher lesen darf.

Wei sitzt seit 13 Jahren in Einzelhaft, körperlich und psychologisch gefoltert. Aus dem Bericht geht hervor, er habe durch Hungerstreik gegen seine anfängliche Mißhandlung seine Zähne verloren. Ungeachtet der Berichte, er sei zu Problemen hinsichtlich seiner geistigen Verfassung getrieben worden, teilte der Informant Reuters mit, daß er jetzt gut darüber informiert ist, was in der Außenwelt geschieht. □

Mittelamerikanische Grenzkonflikte spitzen sich zu

Die bewaffneten Streitkräfte Honduras befinden sich im Alarmzustand in Gegenden, die an El Salvador angrenzen. Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß 200 salvadorianische Familien auf einem Gebiet angesiedelt wurden, das zwischen den beiden Ländern strittig ist. Laut Berichten, die in der mexikanischen Presse erscheinen, wurden die Familien dort von der Guerilla-Gruppe FMLN angesiedelt.

Die Tageszeitung »La Jornada« berichtete, daß die Regierung in El Salvador sich mit dem Gedanken trage, ihre bewaffneten Streitkräfte ebenfalls in Alarmzustand zu versetzen, falls die Spannungen mit Honduras anhalten sollten. Der stellvertretende Verteidigungsminister General Orlando Zepeda beschrieb die Lage als »ernst ... die Regierung hat die patriotische Pflicht, ihr nationales Territorium zu verteidigen«. Er schlug vor, eine Grenzwache aufzustellen, um das Eindringen von honduranischen Truppen zu verhindern.

Die honduranische Regierung ist auch darüber besorgt, daß ihre Grenze durch die kürzlichen Ereignisse in Nicaragua bedroht werden könnten, wo gemeinsame Kräfte der Sandinistas und der Contras die Stadt Ocotal besetzt haben, um gegen die Politik der Regierung zu protestieren. □

Mossad verschob Hilfsgüter für afghanische Rebellen

In einem Artikel in »Israeli Foreign Affairs«, einem in Kalifornien erscheinenden Nachrichtenbrief, wird die Anklage erhoben, daß der israelische Mossad, mit dem CIA und Oberstleutnant Oliver North Hand in Hand arbeitend, amerikanische Militärausrüstung, die für afghanische Rebellen bestimmt war, in den Iran abgezweigt hat, um Gelder zur heimlichen Bewaffnung der Contras in Nicaragua aufzubringen.

Der Bericht basiert auf kürzlichen Interviews in der »Far East Economic Review« mit pakistanischen Geheimdienstbeamten und dem ehemaligen Mossad-Agenten Ben-Menashe, der sagte, daß den afghanischen Rebellen Waffen in der Größenordnung von schätzungsweise 700 Millionen entzogen und stattdessen über israelische Unterhändler an die Iraner gegen Bargeld verkauft wurden, das an die Contras gegangen sei.

Amerikanische Untersuchungsbeamte auf Kongreßebene deckten bei der Waffenmenge, die tatsächlich an die afghanischen Mudjahedin geliefert wurde, eine Diskrepanz von 700 Millionen Dollar auf, konnten aber niemals feststellen, wohin die fehlende Ausrüstung geliefert wurde, heißt es in dem Bericht. Weiter heißt es dort, daß die Israelis Ausbildungslager für afghanische Rebellen unterhielten, die unter dem Kommando des Fundamentalisten und behaupteten Heroin-Dealer Gulbuddin Hekmatyar standen. □

Japaner verdienen mehr und arbeiten weniger als die Amerikaner

Nach Angaben des Verbands der Deutschen Autoindustrie verdienten japanische Autoarbeiter 1991 mehr pro Stunde als amerikanische Autoarbeiter, berichtete die Londoner »Financial Times«. Amerikanische Autoarbeiter seien jetzt nur die am viertbesten bezahlten in der Welt, während die Lohnkosten insgesamt (Stundenlöhne plus Zuschläge) in den USA die dritthöchsten seien. Sowohl Britannien als auch Frankreich haben derzeit die niedrigsten Lohnkosten aller autoproduzierenden Industrieländer – und die am wenigsten wettbewerbsfähigen Autoindustrien.

Indessen zwingt der Rückgang bei den Reallöhnen die Amerikaner dazu, mehr Arbeitsstunden abzuleisten, heißt es in einer Studie für das Economic Policy Institute, die von Juliet Schor an der Harvard University und Laura Leete-Guy an der Case Western University erstellt wurde. Sie fanden heraus, daß 1989 amerikanische Ganztagsarbeiter 138 Stunden pro Jahr mehr gearbeitet haben als 1969. Unter Aufrechnung des Wegfalls von arbeitsfreien Tagen und der Verlängerung der Pendelzeiten zwischen Arbeitsplätzen kam die Studie zu der Schlußfolgerung, daß Amerikaner 1989 158 Stunden pro Jahr länger bei der Arbeit verbracht haben als 1969.

Die Anzahl bezahlter Freistunden, einschließlich Urlaub, Feiertage, Krankfeiern und persönlicher freier Tage, verringerte sich von 19,8 Tagen im Jahre 1981 auf 16,1 Tage im Jahre 1989, ein Rückgang von 18,7 Prozent. Im Gegensatz dazu bekommen Arbeiter in den meisten europäischen Ländern mindestens fünf Wochen bezahlte Freizeit.

Die Studie führt die längeren Arbeitsstunden unmittelbar auf den Rückgang bei den Reallöhnen seit 1973 und auf erhöhte Kosten für Gesundheitspflege und für das Wohnungswesen zurück. □

Gouverneur am Amazonas verurteilt die Grünen

Der offenherzige Gouverneur des brasilianischen Staates Amazonia, Gilberto Mestrinho, sagte, er werde »den Amazonas für ehrgeizige neue Bergbauprojekte erschließen und die Jagd legalisieren«. Mestrinho: »Die Umweltschützer reden gerne über Pflanzen und Tiere, vergessen aber die Menschen. Der Mensch ist der Anfang und das Ende von allem. Die Erde verliert jede Bedeutung ohne die Menschen ... Sie wollen, daß die Wälder unberührt bleiben, und daß kein einziger Baum, oder Tier entfernt werden darf. Sie glauben, daß alles genau so bleiben muß, wie es ist. Sie möchten am liebsten ein Kondom über uns ziehen.«
Mestrinho ist dagegen, daß die Regierung riesige Trakte Land an Yanomani-Indianer des Steinzeitalters vergibt.« Ich bin dafür, daß den Indianern ein Stück Land zugeteilt wird. Aber ich bin gegen diese riesigen Trakte, um die sie nicht einmal gebeten haben.« Er fuhr fort: »Meine Großmutter war Indianerin, und wenn es in jenen Tagen eine solche Politik gegeben hätte, wäre ihr Enkel niemals zum Gouverneur gewählt worden. Die Welt hat einen langen Kampf geführt, um die Apartheid zu beenden, und jetzt will man hier eine neue Apartheid beginnen.« □

Die Schocktherapie – ein großer Fehler für Rußland

Der größte Fehler der russischen Regierung sei gewesen, die in Polen und in einem geringeren Aus-

maß in der Tschechoslowakei zur Anwendung gekommene Problemlösung per »Schocktherapie« zu übernehmen, sagten Wirtschaftswissenschaftler des Wiener Instituts für Wirtschaftliche Vergleichsstudien zum Londoner »Independent«. Peter Havlik, stellvertretender Direktor des Instituts, meinte, die Lage in Rußland sei »völlig anders« als in den beiden anderen Ländern. Er warnte, daß der kürzliche Schritt zur Freigabe der Preise, ohne andere lebenswichtige Elemente der Wirtschaftsreform bereit zu haben, »nur zum Chaos und zu politischen und sozialen Problemen« führen könne.

Der zweite Fehler sei schlecht geplante Privatisierung, sagte Havlik. Sowohl Ungarn als auch Polen hatten erleben müssen, daß sich ihre kommunistischen Betriebsleiter Unternehmen unverzüglich aneigneten, und mußten die Bremsen anziehen, während man neue Bestimmungen vereinbarte. »In Rußland geschieht das Gleiche: Die nomenklatura macht sich das allgemeine Chaos zunutze und verwirrt die Rechtslage, um die besten Firmen zu erhaschen.«

Als Folge derartiger Fehler, hob Havlik hervor, schwebt eine lange Periode der Unstabilität, Unruhe und möglicherweise Schlimmeres drohend über der ehemaligen Sowjetunion. Einer seiner Kollegen prophezeit mehr Aufstände, lokale Kriege, Kämpfe zwischen Mafias«. Havlik versichert: »Es wird Jahrzehnte dauern, bis diese Republiken auch nur halbwegs stabile Bedingungen für eine Marktwirtschaft geschaffen haben.« □

Kolumbianisches Militär schränkt Deal mit Terroristen ein

Die Tageszeitung der kolumbianischen Kommunistischen Partei »Voz« berichtete, daß die bewaffneten Streitkräfte des Landes der Weiterverfolgung eines ausgehandelten Pakts der Gaviria-Regierung mit den Drogen-Terroristen der FARC enge Grenzen auferlegen und geheime Sitzungen über diese Verhandlungen abgehalten haben, die in Caracas wiederaufgenommen werden sollten, als der venezolanische Volksaufstand am 4. Februar 1992 dazwischen kam.

Laut »Voz« hat das Militär die Bedingungen umrissen, unter denen es weitere Vehandlungen akzeptieren werde. Dazu gehört: Erstens, die Regierung darf die Alternative des Krieges nicht fürchten; zweitens, die Regierung muß ihre Haltung des »Friedens um jeden Preis« aufgeben; drittens, die Regierung muß erst die Aufrichtigkeit der Guerillas feststellen, auf der Grundlage ihrer Fähigkeiten und Absichten; und viertens, die Regierung darf bei den Verhandlungen nichts aufgeben, was unter das exklusive Mandat der Regierung und des Kongresses fällt.

»Voz« fürchtet die Möglichkeit, daß Präsident César Gaviria bei diesen militärischen Forderungen einlenken könnte, und stellt fest, daß »zeitweilig zwei Mächte vorhanden zu sein scheinen«. Neueste Berichte bestätigen jetzt, daß der Ort der Verhandlungen, wenn sie wieder aufgenommen werden, von Venezuela nach Mexiko verlegt werde. □

Orthodoxe Patriarchen verurteilen den Vatikan

Das erste Gipfeltreffen von orthodoxen Patriarchen in 1500 Jahren schloß mit einem scharfen Angriff auf die Aktivitäten der römisch-katholischen Kirche im Osten, heißt es in Berichten der europäischen Presse. Zum Abschluß ihrer Sitzung in Istanbul sagten die geistigen Oberhäupter des östlichen Christentums, die Versuche der Römisch-Katholiken, in Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetrepublik zu missionieren, hätten »dem Dialog zwischen den Kirchen eine äußerst schwere Wunde zugefügt, die schwer zu heilen sein wird«.

In ihrer Erklärung heißt es: »Traditionell orthodoxe Länder wurden vom Vatikan als ›Missionsgebiet‹ betrachtet, und Missionstätigkeit wurde dort mit allen Methoden ausgeübt, die seit Jahrzehnten von allen Christen verurteilt und zurückgewiesen werden. Dies hat eine Situation herbeigeführt, die mit dem Geist des Dialogs der Liebe und Wahrheit, der 1965 von den verstorbenen christlichen Führern Papst Paul VI. und Patriarch Athenagoras I. in die Wege geleitet wurde, unvereinbar ist.«

Insbesondere wurden die Ostkirchen ins Gebet genommen, die zwar orthodoxe Zeremonien anwenden, aber die Oberhoheit des Papstes anerkennen. Die Ostkirchen wurden von den orthodoxen Führern beschuldigt, hinter der Bekehrungskampagne des Papstes in Osteuropa und der ehemaligen UdSSR zu stehen.

Die orthodoxen Primate fuhren fort: »Wir verurteilen vor allem die Aktivitäten der Ostkirchen unter der Kirche von Rom in Ukraine, Rumänien, der Ost-Slowakei, dem Nahen Osten und anderswo gegen unsere Kirche.«

Die 14 orthodoxen Primate wurden von Patriarch Bartholomeos I. zu der Gipfelkonferenz einberufen, der im vergangenen Oktober ökomenischer Patriarch von Konstantinopel wurde, und der den starken Wunsch hat, die orthodoxen Kirchen zu vereinigen. □

Japans Miyazawa erleidet Wahlverlust

Der japanische Ministerpräsident Kiichi Miyazawa und seine Liberal-Demokratische Partei verloren bei einer Sonderwahl, die als Lackmus-Test angesehen wird, weil sie vier Monate vor den allgemeinen Wahlen im Juli stattfand, einen entscheidenden Sitz. Nobuo Onodera, Mitglied der Regierungsfraktion Miyazawas, verlor seine Kandidatur um einen Sitz im Oberhaus des japanischen Landtags in Miyagi.

Bauern in Miyagi, eine wichtige Reisanbau-Region, waren über den Rückgang der Wirtschaft und vor allem über durchgesickerte Gerüchte aus der Regierung Miyazawas, daß Japan gegenüber den amerikanischen Forderungen bei den Gesprächen über das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), seinen nationalen Reismarkt zu öffnen, keine starke Haltung einnehmen werde, verärgert.

Koki Hagino, ein Kandidat der Opposition, der von der Japan Trade Union Confederation (Gewerkschafts-Föderation), der Sozialdemokratischen Partei und anderen unterstützt wird, bekam den Sitz.

Miyazawa flog am Vorabend der Wahl nach Miyagi, um sich für Onodera aufs Podium zu stellen – ungeachtet der eindringlichen Bitten aus dem örtlichen Wahl-Hauptquartier seiner Partei, nicht zu kommen. Die Medien haben Miyazawa in letzter Zeit eine derart schlechte Presse gegeben, daß einige Partei-Ältere der LDP glaubten, er sei für die örtlichen Kandidaten eine Belastung.

Miyazawa, 72, ein Nationalist, steht unter Angriff seitens der Anglo-Amerikaner wegen solcher Dinge wie Japans Atomprogramm, das er mithalf, auf die Beine zu stellen. Aber weil er sich weigerte, mit den weitergehenden geopolitischen Spielen der Bush-Regierung zu brechen, kann das japanische Volk leicht davon überzeugt werden, daß er schwach sei. □

Ortega führt in Lateinamerika Wahlkampf für Busch

Auf einer Reise nach Peru warb der nicaraguanische sandinistische Häuptling Daniel Ortega für George Bush als Präsidenten, mit dem Lateinamerika Geschäfte machen könne.

In einem Interview mit der in Peru erscheinenden Zeitung »La Republica« sagte Ortega über Bush: »Ich sprach mehrmals mit ihm, als er noch Vizepräsident war, und er mußte amerikanische Positionen vertreten, aber als er Präsident war, trafen wir uns im Oktober 1989 in Costa Rica, und wir hatten ein sehr interessantes Gespräch, in freundschaftlicher Atmosphäre, obwohl wir uns am Ende vor der Presse um eine Angelegenheit der Contras stritten. Man konnte mit ihm reden.« □

Deutschland

Wenn das Ende der D-Mark kommt

Manfred Hardie

Warnungen nationaler und konservativer Kreise, die Europäische Währungsunion schade der deutschen Wirtschaft, wurden bislang von etablierter Seite nur als »reaktionäre Panikmache« und dem »Hängen an überholten Maßstäben« abgewertet. Nun hat aber ein angesehenes Wirtschaftsforschungsinstitut, das den Arbeitgebern nahestehende Institut der deutschen Wirtschaft (IW), eine Studie unter dem Namen »Europäische Wirtschaftsunion – Der Rückenwind läßt nach« veröffentlicht, wo genau dies bestätigt wird.

So heißt es dort einleitend: »Mit dem Wegfall der D-Mark als selbständige nationale Währung verschwindet auch ein wichtiger deutscher Standortvorteil.« In der Vergangenheit habe sich nämlich die Bundesrepublik in puncto Preisstabilität traditionell als Europameister erwiesen. Die Inflationsrate sei hierzulande im Durchschnitt stets niedriger gewesen als in den übrigen EG-Ländern, die – außer Portugal und Griechenland – durch das Europäische Währungssystem (EWS) über feste Wechselkurse miteinander verbunden sind.

Wettbewerbsvorteil für die Deutsche Wirtschaft

So ist das Preisniveau nach Angaben des IW seit Beginn des EWS im Jahre 1979 in den übrigen Teilnehmerstaaten um gut 56 Prozent stärker gestiegen als in der Bundesrepublik. Dieser Stabilitätsvorsprung habe den deutschen Unternehmen aber das Exportgeschäft mit den europäischen Nachbarstaaten wesentlich erleichtert. »Grund: Sie können mit vergleichsweise stabilen Preisen gegenüber ausländischen Wettbewerbern konkurieren, die zu Hause mit wesentlich stärkeren Kosten- und Preissteigerungen konfrontiert sind.«

Dieser Wettbewerbsvorteil gelte zumindest so lange, bis die staatlich fixierten Wechselkurse wegen anhaltend unterschiedlicher Inflationsraten neu festgelegt würden. Würden diese sogenannten Realignments die aufgebauten Inflationsunterschiede genau ausgleichen, würde der reale Wechselkurs konstant bleiben und die relative Wettbewerbsposition der einzelnen Länder sich nicht verändern. Tatsächlich hätten die EG-Politiker die Paritäten im EWS aber nicht so stark und so häufig geändert, wie es die Inflationsunterschiede eigentlich erfordert hätten.

Die Gründe hierfür waren, daß zu häufige Anpassungen dem politischen Ziel einer möglichst hohen Wechselkursparität zuwidergelaufen wären. Auch sollten die Hochinflationsländer bewußt unter Stabilitätsdruck von außen gesetzt werden.

Durch die verzögerten und unvollkommenen Anpassungen der nominalen Wechselkurse an die Inflationsentwicklung wurde die Mark über die Jahre gesehen im EWS nicht so stark aufgewertet, wie es dem deutschen Stabilitätsvorsprung eigentlich entsprochen hätte. Dies habe dann zu einer geräuschlosen realen Abwertung der Mark gegenüber den Partnerwährungen geführt. Für Deutschland willkommene Folge war damit ein relativer Wettbewerbsvorteil für die deutsche Wirtschaft.

Annäherung der nationalen Inflationsraten

Zwar verlief diese Abwertung nicht kontinuierlich, sondern wurde durch die zwischenzeitlichen Anpassungen teilweise wieder ausgeglichen. Aber dennoch ergab sich alleine seit der letzten Anpassung der Wechselkurse 1987 eine ununterbrochene reale Abwertung der Mark um 6,7 Prozent.

Als jüngstes Beispiel führt das IW auf: »1991 ging der reale DM-Außenwert gegenüber den EWS-Währungen um 1,1 Prozent zurück. Das bedeutet: Deutsche Unternehmen erhielten im Wettbewerb um die hart umkämpften europäischen Märkte wechselkurspolitischen Rückenwind. Ohne den Standortvorteil ›harte D-Mark‹ im EWS wäre der deutsche Außenhandel im EWS-Raum vermutlich noch ungünstiger ausgefallen, als es ohnehin der Fall war.

Der heimliche Wettbewerbsvorteil wird bald entfallen – voraussichtlich schon während der Vorbereitungsphase auf die Europäische Währungsunion. Denn die nationalen Inflationsraten werden sich immer stärker einander annähern.

Der bisherige Stabilitätsvorsprung der Bundesrepublik wird mithin mehr und mehr schwinden. Die Bundesbank kann dann mit ihrer heute noch weitgehend autonomen Geldpolitik den währungspolitischen Standortvorteil nicht mehr sichern.

Für die Bundesrepublik heißt das mit Blick auf die Währungsunion: Nach dem Fortfall des Wechselkursvorteils wird es mehr denn je darauf ankommen, die anderen inländischen Standortvorteile zu verbessern.

Das bürdet vor allem der Finanzpolitik und den Tarifparteien eine besondere Verantwortung auf. In einem Europa mit gemeinsamer Währung kann sich die deutsche Wirtschaft weniger als bisher eine Lohnpolitik leisten, die sich nicht primär am Produktivitätsfortschritt orientiert.«

Die kalte Enteignung der Deutschen

Während aus den letzten beiden Absätzen der IW-Studie doch sehr die Arbeitgebernähe herausspricht, kann ihr im Grundsatz aber doch nur zugestimmt werden. Denn dieser, von anderen Ländern als ungerecht angeprangerte Standortvorteil, ergab sich aus einer trotz mancher Fehler gerade in der jüngsten Vergangenheit insgesamt doch als richtig zu bewertenden stabilitätsorientierten Finanz- und Wirtschaftspolitik. Wenn die anderen Staaten aus meist ideologischen Gründen hierzu nicht in der Lage sind, bitte schön, dann ist es ihr Problem und sollen sie hierüber nicht jammern.

Die Studie zeigt auf, daß wir alle unter der Währungsunion zu leiden haben, daß dann die stabilitätsorientierte deutsche Politik vor allem durch die Politik Frankreichs und der südeuropäischen Länder einfach überrollt und vernichtet wird. Nicht nur, daß dann auch die deutschen Lebenshaltungskosten deutlich anziehen werden, es muß dann sogar mit realen Lohneinbußen gerechnet werden, da die Wirtschaft irgendwann nicht mehr in der Lage sein wird, die Differenzen auszugleichen. Die andere Folge wäre die wirtschaftliche Schwäche wie wir sie in anderen EG-Ländern bereits heute haben.

Mit anderen Worten: Kann man den Deutschen schon nicht anders konkurrenzfähig werden, dann macht man es eben über die kalte Enteignung. Und das Schlimme daran ist, daß die deutschen Politiker dieses üble Spiel mitmachen! □



US-Dollar

Die abenteuerliche Geschichte der US-Bundesbank

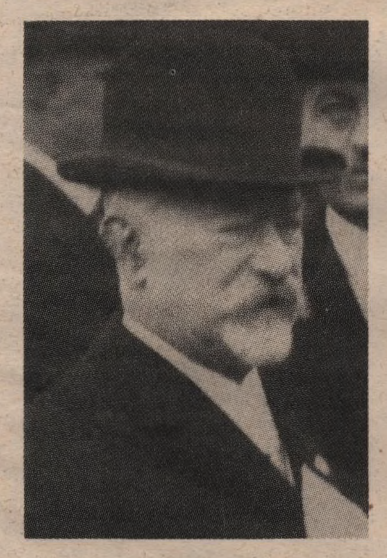
Tim Madel

Das Jahr 1912 erwies sich als Wendepunkt in der amerikanischen Geschichte. Vor achtzig Jahren wurden dem amerikanischen Volk von Kräften innerhalb und außerhalb der Regierung zwei Entscheidungen aufgezwungen, die schließlich zu Amerikas heutigem Ansehen als größtes Schuldnerland der Welt führte, und die den Kurs der Vereinigten Staaten von Amerika nach unten und zum nationalen Bankrott sowie zur Weltregierung lenkten. Der Federal Reserve Act (Gesetz über das Zentralbankwesen), mit dem eine sich in privater Hand befindliche Zentralbank mit der Macht zur Schaffung des amerikanischen Dollar aus dem blauen Dunst heraus, Zinsen darauf zu erheben und sie zu emittieren, hat Banker über Jahre hinaus bereichert und die USA in den Bankrott getrieben. In diesem Bericht werden die Ereignisse dargestellt, die am 23. Dezember 1913 zur Verabschiedung des Federal Reserve Act und zur Ratifizierung der 16. Verfassungsänderung (16th Amendment) führte.

Der Vorstoß zur Gründung einer Zentralbank in den Vereinigten Staaten geht auf die Gründung der USA zurück. Die First United States Bank, eine Schöpfung Alexander Hamiltons, bestand von 1791 bis 1811.

Banker greifen nach der Gewalt über die Währung

Thomas Jefferson war der heftigste Gegner dieser ersten Zentralbank in Privatbesitz. Er verdammte diese Institution als »eine der tödlichsten Feindseligkeiten gegen die Grundsätze und Form unserer Verfassung«. Er warnte: »Wenn die Amerikaner jemals Privatbanken gestatten, die Emission der Währung zu kontrollieren, zunächst durch Inflation, dann durch Deflation, dann werden die Banken und Firmen, die sich um sie herumgruppieren, das Volk seines gesamten Eigentums berauben, bis ihre Kinder ohne Dach über dem Kopf auf dem Kontinent erwachen, den ihre Väter für sie eroberten.«



Jacob Schiff kontrollierte im Interesse des Hauses Rothschild die Aktivitäten bei Kuhn Loeb.

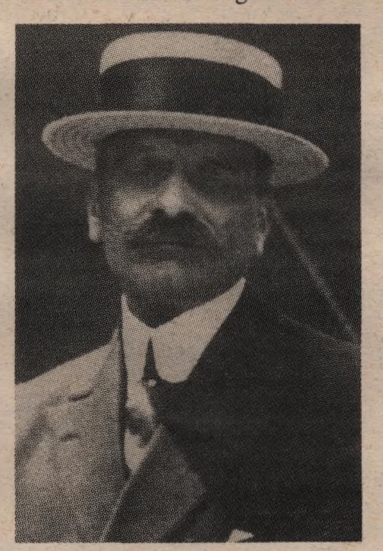
Die auf 20 Jahre vereinbarte Charter für diese erste Zentralbank lief 1811 ab, und James Madison weigerte sich, sie zu erneuern.

Die Second United States Bank erhielt 1817 ihre Charter. Als Andrew Jackson, ein feuriger Populist und Verfechter des ehrlichen Geldes, amerikanischer Präsident wurde, quetschte er die Second United States Bank solange, bis sie einging, indem er alle Einlagen der Regierung aus der Bank abzog und sich dann weigerte ihre Charter zu erneuern.

Die Hauptperson war Paul Warburg

Fast ein Jahrhundert lang gediehen die Vereinigten Staaten ohne eine Zentralbank. Mit Hilfe einiger Kongreßabgeordneter begannen die Banker mit einem Vorstoß, um der Regierung die Gewalt über die Währung und Wirtschaft des Landes abzuringen.

Die Hauptperson unter denen, die den Vorstoß anführten, war Paul M. Warburg, eines der rätselhaftesten verrückten Genies in der amerikanischen Geschichte, der 1902 aus Deutschland in die USA einwanderte. Warburg wurde von dem Bankhaus Kuhn Loeb eingestellt und heiratet Nina Loeb, Tochter von Salomon Loeb; Paul Warburgs Bruder, Felix, sein Schwiegervater war Jacob Schiff, hatte mit Hilfe der Rothschilds eine Mehrheitsbeteiligung an der Bank gekauft.



Paul Warburg bereitete mit aller Kraft die Gründung des amerikanischen Federal Reserve Systems vor.

Paul Warburg verdiente die seinerzeit astronomische Summe von 500 000 Dollar pro Jahr – was heute zehn Millionen Dollar entspricht. Sein Bruder Max war Chef der Geheimpolizei des Kaisers in Deutschland. Für sein Gehalt verbrachte er einen Großteil seiner Zeit damit, das Fundament für die Federal Reserve zu legen.

Im Januar 1907 schrieb Warburg einen Artikel für die Beilage »Annual Financial Review« der »New York Times«, indem er einen Plan für die Schaffung einer »elastischen« Staatswährung umriß. In dem Artikel warnte Warburg, daß das Land einer elastischen Währung bedürfe – die es ermöglicht, daß das Angebot an Geld im Verhältnis zur Nachfrage schrumpfen oder wachsen konnte –, um die natürlichen Zyklen des Währungsbedarfs, die dadurch entstehen, daß die Farmer ihre Produkte auf den Markt bringen, gerecht zu werden.

In seinem Aufruf zur elastischen Währung trat Warburg für die Gründung einer Zentralbank ein. »Um unser Papier zum wesentlichen Betandteil der internationalen Währung der Welt zu machen, muß es als Vorbedingung zum Fundament werden, auf dem unser eigenes Finanzgebäude errichtet wird ... Dies wird in fast jedem modernen Land gewährleistet ... durch die Existenz einer Art Zentralbank«, schrieb Warburg.

Die Machtinteressen der Banker

In seiner leidenschaftlichen, aber verdrehten Argumentation behauptete Warburg, daß die Vereinigten Staaten hinter allen anderen modernen Staaten hinterherhinkten, und daß »unsere gewaltigen natürlichen Hilfsmittel uns ermöglicht haben, trotz des Nichtvorhandenseins einer Weltbank, zu leben und zu gedeihen«.

Zum Abschluß seiner Ausführungen warnte Warburg: »Es ist unbedingt notwendig, daß etwas getan wird, um die Übel zu beseitigen, unter denen wir alle leiden.« Er schrieb weiter: »Ich glaube,

US-Dollar

Die abenteuerliche Geschichte der US-Bundesbank

wir befinden uns in einem großen Irrtum, wenn wir glauben, wir unterscheiden uns so sehr von allen anderen, daß wir dazu verpflichtet sein könnten, genau das Gegenteil von dem zu tun, was sie tun, obwohl sich das System anderer Länder als ausgezeichnet und unseres als mangelhaft erwiesen hat.«



George Cortelyou nutzte als US-Finanzminister alle Möglichkeiten den internationalen Bankern zu helfen.

Ridgley trieb Veränderung voran

In der gleichen Beilage zur »New York Times« schrieb William Ridgley, damals Währungskontrolleur für die Vereinigten Staaten, einen Artikel mit der Überschrift: »Currency Reform: The Remedy for Money Troubles« (»Währungsreform: Die Lösung für Geldschwierigkeiten«). Ridgley trat darin für eine Veränderung in dem System der Emission von Banknoten ein und meinte – einige mögen glauben sarkastisch –, dies sei von »weit größerer Bedeutung für die breite Öffentlichkeit und für die Leute, die in allen möglichen Geschäftssparten tätig sind, als für die Banken selbst, abgesehen insoweit wie diese am allgemeinen Wohlstand interessiert sein könnten, was natürlich der wahre und höhere Zweck von Banken ist«.

Auf der Leitartikelseite der gleichen Ausgabe der »New York Times« machte sich die Redaktion der Zeitung zum Sprachrohr der von Warburg und Ridgley zum Ausdruck gebrachten Gefühle.

Später in der gleichen Woche veröffentlichte das »Wall Street Journal« einen Überblick über Warburgs Vorschlag und stellte fest, »ein unübersehbares Verdienst von Mr. Warburgs Vorschlag besteht darin, daß er mit dem kommerziellen Bankwesen übereinstimmt. Die erste Pflicht der Banken besteht darin, den Devisenhandel zu erleichtern, sozusagen den Transport. Die Finanzierung ist gegenüber anderem lediglich sekundär«.

Banken sind Geschäfte. Geschäfte haben nur einen Grund für ihr Dasein: Profit. Alles was das Geschäft tut, geschieht um des Profits willen. Und dennoch nahm die amerikanische Öffentlichkeit, ob sie nun die Propaganda akzeptierte oder nicht, die Einstellung der Medien – die selbst Teil des Big Business sind –, die von den Banken und deren Lakaien dirigiert werden, für bare Münze.

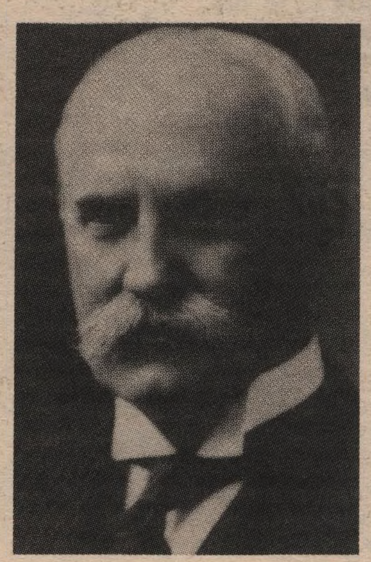
Verhüllte Drohung gegen Regierung und Volk

In seinem Artikel für die »Annual Financial Review« stieß Warburg eine verhüllte Drohung gegen das amerikanische Volk und dessen Senatoren und Repräsentanten aus: Setzt diese Gesetzgebung in Kraft oder tragt die Folgen.

Im Frühjahr nach dieser düsteren Warnung blühte die US-Wirtschaft. Das »Wall Street Journal« berichtete im Februar, das östliche Banking-Establishment »ist gut vorbereitet, um der Frühjahrs-Nachfrage nach Währung aus dem Inland in diesem Jahre gerecht zu werden«.

In der Tat waren die Finanzbedingungen – einschließlich Zinsfußunterschiede – für in die USA einzuführendes Gold günstig, und dennoch weigerten sich die Banken, dies zu tun.

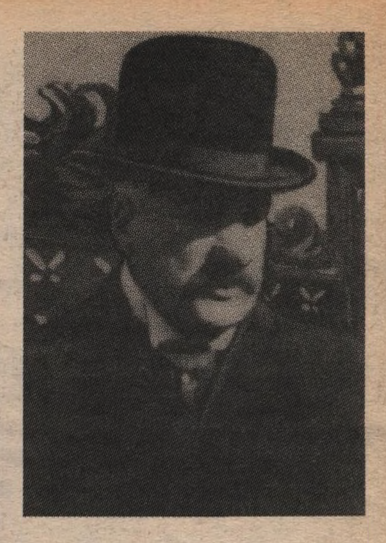
Ende Februar 1907 wurde ein von US-Senator Nelson Aldrich, dem Chef der Republikaner im Senat, vorgelegter Gesetzesentwurf verabschiedet und zu einem Gesetz gemacht, wonach die monatliche Ausbuchung des landesweiten Bankumlaufs von drei Millionen Dollar auf neun Millionen Dollar erhöht werden durfte – eine Erhöhung des in jedem Monat aus dem Verkehr gezogenen Geldumlaufs um 200 Prozent. Der Finanzminister George B. Cortelyou segnete die Genehmigung jedes Antrags auf Einziehung der Banknoten ab.



US-Senator Nelson Aldrich wurde zum großen Förderer der Pläne zur Währungsreform im amerikanischen Kongreß.

Aldrich, der mithalf, den Tobacco Trust zu gründen und dabei ein Vermögen zusammenraffte, wurde zum führenden Sponsor der Währungsreform im amerikanischen Kongreß, ungeachtet dessen, daß er über keinerlei Bankwissen – aber über viele Freunde im Bankgeschäft – verfügte.

Im Frühjahr und Sommer in dem betreffenden Jahr folgte der Börsenmarkt, seinerzeit stark durch das Abschneiden der Eisenbahnaktien beeinflußt, dem geheimnisvollen Niedergang. Das »Wall Street Journal« stellte fest, daß die rückläufigen Aktienpreise zu einer Zeit des allgemeinen Wohlstands und ohne offensichtlichen Grund zu verzeichnen waren.



J. P. Morgan war der amerikanische Repräsentant für das in Europa ansässige Rothschild-Bankimperium.

Der Grund war natürlich Manipulation und der Zweck bestand darin, schnell eine Bankenkrise herbeizuführen. Dies war genau die Krise, vor der Warburg zu Beginn des Jahres gewarnt hatte, die Krise, die es dem Volk – durch Treiben von vielen kleinen Geschäften in den Konkurs, durch Druckausübung auf Arbeiter, Solawechsel als Lohn zu akzeptieren, durch Bauern, die für ihre Erzeugnisse nicht bezahlt wurden – zeigen sollte, daß eine elastische Währung, das heißt eine, die wie Warburg es schlau formulierte, »die durch das Vorhandensein einer Zentralbank abgesichert wäre«, notwendig war.

Die provozierte Finanzkrise

Paul Warburgs prophetische Warnung, daß die amerikanische Wirtschaft ohne eine Zentralbank nicht funktionieren werde, wurde im Herbst 1907 mit Hilfe von J. P. Morgan & Co. wahr.

Morgan & Co. war die amerikanische Fassade für das in Europa ansässige Rothschild-Bankimperium.

Als die Zahlungsfähigkeit von Knickerbocker Trust Co. von New York wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten seiner Direktoren in Frage gestellt wurde, er-

reicht die Währungsknappheit des Landes noch nicht katastrophale Ausmaße. Um sie auf die Spitze zu treiben, war etwas Dramatischeres vonnöten.

Entgegenkommenderweise berichtete die »New York Times«, daß Knickerbocker Trust Co. Gefahr laufe, zusammenzubrechen.

Auf ihrer Titelseite vom 23. Oktober 1907 berichtete die »New York Times«, daß J. P. Morgan zusammen mit Frank Vanderlip von der National City Bank Rokkefellers, sich am Vorabend getroffen hätten, um die Finanzlage des Landes zu erörtern. Die Gruppe sei zu dem Schluß gekommen, daß »der wundeste Punkt die Trust Co. of America ist«.

Aber im nächsten Satz riet die »New York Times«: »Die Konferenzteilnehmer sind der Ansicht, daß die dortige Lage so ist, daß die Firma gesund ist.« Ungeachtet dieser sich widersprechenden Positionen reagierte die breite Öffentlichkeit auf die Nachricht in der Weise, daß sie einen der größten Runs an einem einzigen Tage auf eine Bank veranstaltete, die bis dato in Amerikas Geschichte einmalig war.

Jetzt fegte eine echte Finanzkrise durch Wall Street. Der Finanzminister George Cortelyou reiste nach New York, um sich dort mit den Finanzgrößen zu treffen. J. P. Morgan wurde wegen seiner klaren Denkweise und seiner Großzügigkeit, die den Trust Co. of America vor dem Zusammenbruch gerettet habe, obwohl ein Bankprüfer dem Trust nur ein paar Tage zuvor einen Persilschein ausgestellt hatte, als große Banken-Persönlichkeit gefeiert.

Getrieben vom Motiv Geldgier

Morgan wurde keineswegs von Großzügigkeit, sondern von Geldgier getrieben. Außer dem Land zu demonstrieren, daß die Amerikaner unbedingt eine Zentralbank benötigen, erwarb Morgan eine Mehrheitsbeteiligung an Tennessee Coal and Iron U. S. Steel. Diese Fusion wurde schnell von dem »Trust-Buster« (»Trust-Zerschmetterer«), US-Präsident Theodore Roosevelt, gebilligt.



US-Präsident Theodore Roosevelt unterstützte und förderte die Pläne zur Privatisierung des US-Dollar.

Als Reaktion auf die inszenierte Krise verkündete der amerikanische Kongreß, die Notwendigkeit zu einer Währungsreform. Eine zeitweilige Lösung – die einzige politisch lebensfähige, da der Widerstand gegen eine Zentralbank immer noch stark war – wurde in der Form des Aldrich-Vreeland Act von 1908 erreicht. Dieses Gesetz führte zu dem, was Paul Warburg oft gefordert hatte, eine elastische Währung.

Charles A. Lindbergh sen., ein lautstarker Gegner der Wall Street, erhob Protest und äußerte: »Als dem Hause das Aldrich-Vreeland Emergency Currency Bill plötzlich aufgezwungen wurde ... wurde die Debatte darüber auf drei Stunden begrenzt«, und nur Mitglieder, die sich verpflichteten, die Gesetzgebung zu unterstützen, durften sie analysieren.

Ein noch bösartigerer Gesichtspunkt dieser Gesetzgebung war die Bildung der National Monetary Commission, geleitet von Senator Nelson Aldrich. Die Gruppe wurde damit beauftragt, die Zentralbanksysteme anderer Länder zu untersuchen und einen ähnlichen Plan für die Vereinigten Staaten zu entwerfen.

Nahezu drei Jahre lang reiste Aldrich ausgiebig in Europa umher. Von den Zentralbanken in Großbritannien, Deutschland und anderen Ländern groß gefeiert, brachten Aldrich und sein Assistent A. Piatt Andrew (der später stellvertretender Finanzminister wurde) jedoch wenig zustande. Aber laut J. Laurence Laughlin, ein Wirtschaftswissenschaftler an der University of Chicago, der später an der Gründung der Federal Reserve beteiligt war, erledigten Aldrich und Andrew die ganze Arbeit für die Kommission.

Typisch für die Regierungs-Kommission, es wurde nichts getan – zu Kosten von mehr als 300000 Dollar, eine schöne Stange Geld Anfang des 20. Jahrhunderts.

Unter dem Schleier der Geheimhaltung

Erst im Spätherbst 1910 gab die National Monetary Commission einige Lebenszeichen von sich. Auf einer Konferenz der Academy of Political Science in New York sagte Aldrich zu der versammelten Mannschaft von Politologen und Berufswirtschaftlern, die Kommission habe ihre »Hintergrunduntersuchung« beendet, und werde sich »zwecks Beratung an führende Banker und politische Wirtschaftler wenden, um ein neues Bankwesen zu gestalten«. Er erhielt stehenden Applaus.

Die Rede fand am 11. November statt. Elf Tage später lud Aldrich, wie versprochen, einige der führenden Banker und politischen Wirtschaftler auf Jekyll Island vor der Küste von Georgia ein. Jekyll Island war der Standort einer der Zufluchtsorte von J. P. Morgan und Sommersitz der Rockefellers, aber diese Örtlichkeit wurde nicht gewählt wegen ihrer gesunden Qualitäten. Die Abgelegenheit der Insel machte es leichter, die Sitzung mit einem Schleier der Geheimhaltung zu umhüllen.

Unter den Eingeladenen befanden sich Paul Warburg von Kuhn Loeb und Co.; Henry P. Davison von J. P. Morgan and Co.; Frank Vanderlip, jetzt Präsident der National City Bank Rockefellers; A. Piatt Andrew, jetzt stellvertretender Finanzminister; Benjamin Strong von Morgans Bankers Trust Co. Ein leibhaftiger Who's who der Bankhäuser an der Wall Street.

In seinen Memoiren berichtet Frank Vanderlip über seine Erfahrungen auf Jekyll Island: »Trotz meiner Ansichten über den Wert größerer Publizität für die Vorgänge bei Firmen für die Gesellschaft, gab es einen Fall kurz vor Ende 1910, wo ich mich so geheimnisvoll – in der Tat verstohlen – wie ein Verschwörer verhielt ... Ich glaube, es ist nicht übertrieben, von unserer geheimen Expedition nach Jekyll Island als den Zeitpunkt der tatsächlichen Konzeption dessen zu sprechen, was schließlich das Federal Reserve System wurde.«

Vanderlip drückte sich bescheiden aus. In den neun Tagen, die die Gruppe auf der Insel verbrachte, wurde der Bericht für die National Monetary Commission – nach drei Jahren und 300000 Dollar – und die Gesetzgebung zur Reform des Währungssystems der USA entworfen und vollendet. In erster Linie die Arbeit Paul Warburgs, wurde die Gesetzgebung als die Aldrich-Bill bekannt. ☐

(Es wird fortgesetzt.)

Umwelt-Ideologie

Ein neues Macht-instrument der Regierenden

Erster Teil

Helmut Fasbender

Im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit haben Umwelt und was damit zusammenhängt inzwischen einen festen Platz von so hohem Stellenwert eingenommen, daß sogar Kindern die meisten Themen schon geläufig sind. Kaum noch eine Werbeanzeige ohne Hinweis auf die angebliche Umweltfreundlichkeit des Artikels, kaum noch eine Politikerrede ohne ein Bekenntnis zur Umwelt, Katastrophenmeldungen über das Ozonloch hier, Katastrophenmeldungen über den Treibhauseffekt da, Erfolgsmeldungen über Recycling und Luftverbesserung, Altlasten in der ehemaligen DDR, der drohende Müllnotstand, Waldsterben bei uns – um das es etwas ruhiger geworden ist – und in den tropischen Regenwäldern, Dioxine und andere Umweltgifte, nicht zuletzt die gefährlichen Atomkraftwerke. Die verstrahlte Molke, die lange durch das Fernsehen geisterte, ist Gottseidank kein Thema mehr. Wir werden unablässig von solchen Meldungen, meist apokalyptischen Inhaltes, verfolgt, und allmählich macht sich Weltuntergangsstimmung breit. Dem Himmel und den Regierenden sei Dank, daß wir unser bitteres Schicksal durch Bezahlen verbessern können!

Obwohl besonders die Grünen so tun, als hätten sie erst die ganze Problematik erkannt und dafür gesorgt, daß nun endlich etwas geschieht, ist Umweltschutz – früher bekannt als Natur-, Landschafts-, Tier- und Gewässerschutz – ein besonders in unserem Lande altbekanntes und sehr ernst genommenes Anliegen immer gewesen.

Sicherlich sind in den letzten Jahren auf bestimmten Gebieten noch echte Verbesserungen erzielt worden, aber es ist einfach nicht wahr zu behaupten, man habe früher hierzulande so gut wie nichts getan und aus hemmungsloser Profitgier Menschen und Natur bewußt gefährdet.

Die Umweltbewegung – eine Ideologie

Was die heutige Umweltbewegung grundlegend von allen früheren Bestrebungen unterscheidet, ist die Tatsache, daß es sich bei ihr um eine ausgewachsene Ideologie mit all ihren typischen Merkmalen handelt: Eine im Kern gute und richtige Sache wird maßlos übertrieben. Wer ihr kritisch gegenübersteht, wird verteufelt. Was nicht bewiesen werden kann, wird in Form von Dogmen postuliert. Es wird nur scheinbar argumentiert, in Wirklichkeit wird Stimmung gemacht. Es gibt viele Leute, die gut von ihr leben. Es gibt sogar wohlorganisierte Interessengemeinschaften. Besonders wichtig: Sie dient einem guten Zweck, erleichtert das Leben und verbessert die Welt.

Daß diese Ideologie in Wahrheit eine ganz andere Stoßrichtung hat, werden wir später sehen. Leider ist trotz aller leidvollen Erfahrungen mit Ideologien in diesem Jahrhundert die Leichtgläubigkeit unseres Volkes gegenüber vorgeblich menschenfreundlicher Propaganda immer noch so groß, daß es darauf hereinfällt, anstatt ihr mit dem gebotenen Mißtrauen zu begegnen. Aber freilich, andernfalls würde unsere parlamentarische Demokratie wohl gar nicht mehr funktionieren.

Kritische Stimmen gegen die organisierte Umwelthysterie gibt es schon seit mehreren Jahren. Sie konnten sich bisher nur kein Gehör verschaffen, da sie in der Flut der Umweltpropaganda untergingen und in den Medien kein Forum fanden. Lesenswert und gleichzeitig unterhaltsam ist zum Beispiel das Buch »Die deutschen Ängste – ein Volk in Moll« des Spiegel-Redakteurs Wiedemann, der die verschiedenen Umweltthemen glossierend aufs Korn nimmt und schließlich zu der Feststellung gelangt, daß nichts, aber auch gar nichts darauf hinweist, daß unser ökologisches Gleichgewicht aus den Fugen gerät.

Sehr richtig, nur – wer ist denn an den deutschen Ängsten schuld? Wenn nicht er persönlich, so doch seinesgleichen durch die pausenlose unverantwortliche Stimmungsmache in den Medien. Viel besser, weil detaillierter recherchiert und gründlicher informierend, aber auch nicht so gefällig formuliert ist Eilingsfelds Buch »Der sanfte Wahn – Ökologismus total« (Südwestdeutsche Verlagsanstalt Mannheim, 1989).

Es mangelt auch nicht an vernünftigen Stellungnahmen von Wirtschaftsfachleuten, Wissenschaftlern und Spitzenmanagern der Industrie, die sich zwar grundsätzlich zum Umweltschutz bekennen, aber gleichzeitig auf die Grenzen des Machbaren, vor allem in bezug auf die Finanzierbarkeit, hinweisen. Aber diese Leute sind schließlich Partei und wollen nur ihre Profite sichern. Vielleicht, – aber woher wissen wir denn so sicher, daß die Ökologie-Ideologen nicht auch Partei sind?

Finanzielle Aspekte des Umweltschutzes

Es gibt inzwischen ein Heer von Politikern, Beamten, Wissenschaftlern, Juristen, Medizinern, Journalisten, Verbandsfunktionären und sonstigen Angestellten, die sich fast ausschließlich mit der Umwelt beschäftigen, folglich von ihr leben. Vielleicht hätten sogar manche Theologen ohne Umweltthemen Schwierigkeiten mit ihrer Sonntagspredigt. Ein mächtiger Behördenapparat ist aufgebaut worden.

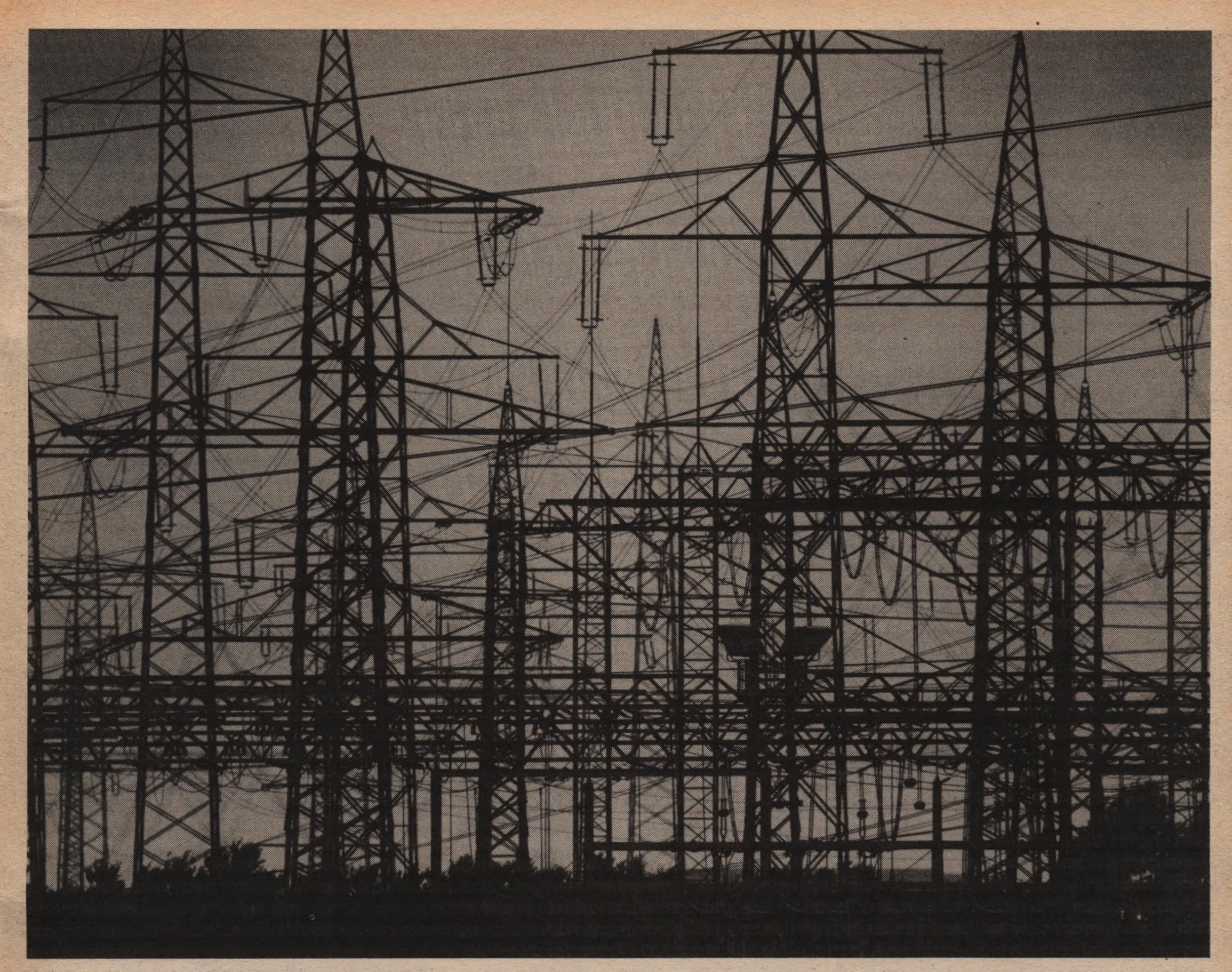
Am Bundesministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit hängt das Umweltbundesamt, teilweise wird ihm auch vom Bundesgesundheitsamt zugearbeitet. Jedes Bundesland hat inzwischen ebenfalls seinen Umweltminister und seine Landesämter. Entsprechende Behörden finden sich sogar in jeder Kommune. Dazu kommen noch die Berufsgenossenschaften, Gewerbeaufsichtsämter und Technischen Überwachungsvereine.

Während es in Industrieunternehmen vor etwa zehn Jahren noch genügte, die Funktionen des Sicherheits-, Emissionsschutz- und Abfallbeauftragten in einer Person zusammenzufassen, gibt es hierfür heutzutage ganze Abteilungen und Hauptabteilungen, die alle Hände voll zu tun haben. Die Umweltabteilung eines Großunternehmens der chemischen Industrie beschäftigt rund 150 Mitarbeiter, davon viele Akademiker.

Die Flut der Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Technischer Anleitungen für Luftreinhaltung, Gewässerschutz, Abfall und Abfallverbringung, Transport, Deponierung, Gefahrstoffe und Störfälle in Anlagen hat ein solches Ausmaß erreicht, daß sie nur noch von Spezialisten einigermaßen zu überschauen ist. Vorschriften werden nicht nur vom Bund, sondern auch von Ländern, Kreisen und Kommunen erlassen, wobei es nicht einmal eine Oberhoheit des Bundes gibt, sondern jeder Ortsgewaltige seinen eigenen Kohl baut.

Der Bürger muß für alles zahlen

Jedenfalls hat der Durchschnittsbürger, dem laufend weiter suggeriert wird, es werde noch längst nicht genug für den Umweltschutz getan, keine Vorstellung von dem immensen Aufwand, der bundesweit dafür getrieben wird. Hierbei geht es nicht nur um die Direktinvestitionen der Industrie, die Analysenkosten



Den sorglosen Bürger interessiert nicht, wo der Strom herkommt. Der Staat zahlt mit dem Geld seiner Bürger.

für Untersuchungen, Kosten für Freigaben und Zertifikate, nicht nur um die Personalkosten der mit Umweltthemen insgesamt Befaßten, sondern es geht auch um die verdeckten Kosten zum Beispiel für Dienstreisen, Beratungen, Konferenzen, Tagungen, Schulungen, für Publikationen und Gutachten. Insgesamt gesehen, kommen hier Milliarden zusammen, die der Volkswirtschaft an anderer Stelle entzogen werden.

Na und? fragt der kleine Mann, schließlich ist es für einen guten Zweck! Schon recht, – es fragt sich nur, ob der Aufwand erstens nicht weit überzogen ist, ob er zweitens richtig eingesetzt wird und was er, der kleine Mann, im Endeffekt dafür bekommt. Es ist wie mit den Steuern. Daß der Staat welche braucht, ist unumstritten; aber ob er sie in dieser Höhe braucht und wofür er sie verwendet, wird willkürlich von Instanzen festgelegt, auf die der Steuerzahler kaum einen Einfluß hat.
Was dem Durchschnittsbürger nicht klar ist, auch nicht klar gemacht wird, ist dies: Er ist es letztlich, der für alles aufkommen muß. Für all das, was er angeblich selbst will, wie ihm ohne Unterlaß beigebracht wird. Den kräftigen Kostensprung für seine Müllabfuhr von 1991 auf 1992 hat er wohl gemerkt, auch daß ihn seine Gemeinde für die Entleerung seiner Klärgrube mit Gebühren zur Kasse bittet, für die er außer einer Bescheinigung nichts als Gegenwert erhält, – aber die indirekt auf ihn losrollende Kostenlawine nimmt er nicht wahr.
Verführt durch die immer noch unterschwellig verbreiteten sozialistischen Parolen, ist er vielleicht der Meinung, daß die Industrie, die bekanntlich keine Gewinne macht, sondern »Profite scheffelt«, selbst wenn sie rote Zahlen schreibt, aus ihrer immensen Gewinnspanne doch gefälligst etwas Luft herauslassen solle, zumal sie alle Umweltferkeleien schließlich »verursache«. Auf das Verursacherprinzip wird später noch zurückgekommen.

Auf die Idee, daß die steigenden Kosten für Umweltschutz, einschließlich Abfallbeseitigung, sich in höheren Preisen niederschlagen müssen oder, wenn das nicht möglich ist, die Wirtschaft zu forcierten Rationalisierungsmaßnahmen, sprich Entlassungen, zwingen, kommt er nicht. Daß ein Betrieb aus Umweltgründen schließen muß, interessiert ihn erst dann, wenn es sein eigener ist. Daß ausländische Unternehmen nicht nur wegen unseres hohen Lohnkostenniveaus und unserer ans Schlaraffenland erinnernden Sozialleistungen, sondern in beängstigend steigendem Maße auch wegen unserer stringenten Umweltschutzgesetzgebung die Bundesrepublik als Standort meiden, weiß er entweder nicht oder fühlt sich davon nicht betroffen.

Hohe Strompreise, weil wir zu wenig preiswerten Atomstrom erzeugen? Macht nichts, beziehen wir den Strom eben aus Frankreich! Und der Staat? Der hat doch das viele Geld, und wenn nicht, soll er doch mehr drucken oder noch mehr leihen, wenn er es nur für die liebe Umwelt ausgibt!

Aber an Adam Riese kommt keiner vorbei. Der Bundesbürger kann sich drehen und wenden,

Umwelt-Ideologie

Ein neues Macht-instrument der Regierenden

wie er will, er muß für sein Lieblingsspielzeug bezahlen, entweder direkt durch Gebühren und Abgaben oder indirekt durch höhere Steuern, höhere Preise, mehr Inflation oder sogar mit dem Verlust seines Arbeitsplatzes.

Ein neuer Wirtschaftszweig wird geschaffen

Natürlich gibt es auch einen positiven Aspekt bei der Umweltsache, und zwar in wirtschaftlicher Hinsicht. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß mit Hilfe der ganzen Umweltthematik bewußt – um nicht zu sagen künstlich – ein neuer Wirtschaftszweig geschaffen wurde, der vielen Leuten Brot gibt. Insofern hat die Grundkonzeption auch wirtschaftlich etwas Positives. Der Geldumlauf wird in Gang gehalten. Schließlich ist die Produktivität weltweit in den Ländern unseres Wirtschaftssystems so gesteigert worden – und wird immer weiter gesteigert –, daß immer mehr Menschen aus dem Produktionsprozeß ausscheiden müssen, weil sie nicht mehr benötigt werden. Wohin also mit ihnen? Bietet sich da nicht eine so gute Sache wie der Umweltschutz geradezu an?

Daß ein bestimmtes Maß an Aufwendungen für den Umweltschutz unerläßlich ist und sein wird, ist selbstverständlich und braucht nicht diskutiert zu werden. Aber was über dieses Maß hinaus unnütz verpulvert wird um fragwürdige Verbesserungen in Grenzbereichen zu erzielen, zum Beispiel um den Dioxin-Ausstoß von Müllverbrennungsanlagen im Bereich von Trillionstel-Gramm pro Kubikmeter Abluft noch weiter zu senken, ist volkswirtschaftlich einfach unvertretbar.

Denn haben wir wirklich keine anderen Aufgaben mehr? Müssen wir nicht Mitteldeutschland zügig wieder aufbauen, müssen wir nicht die Bundesbahn sanieren, müssen wir nicht schleunigst der Inflation Einhalt gebieten? Die Lösung dieser Aufgaben kostet viel, viel Geld.

Müssen wir es wirklich einer Ideologie opfern? Brauchen die neuen Bundesländer nicht vordringlich etwas anderes als unsere überzogenen Umweltschutzbestimmungen? Daß Dreckschleudern erst einmal abgestellt, Abwässer geklärt und unsichere Atomreaktoren stillgelegt werden, bedarf keiner Diskussion, aber wie unsicher war Greifswald wirklich? Sind angesichts der wirtschaftlichen Misere der neuen Länder relative Verbesserungen vorerst nicht ausreichend, sondern müssen es absolute sein?

Riesenaufwand für Ökologie

Umweltschutz ist letztlich eine Art Luxus, den man sich leisten kann, wenn man die Mittel dazu hat. Entwicklungsländer können ihn sich bekanntlich nicht leisten, und sonst reiche Länder wie Kuwait oder Saudi Arabien wollen ihn sich nicht oder höchstens in Ansätzen leisten, weil sich niemand dafür interessiert. Also, wir wollen ihn uns leisten, so wie wir uns auch ein gutes Badezimmer leisten, keine Frage! Aber wir wären sicher von allen guten Geistern verlassen, wenn wir uns noch vergoldete Armaturen anschaffen würden, während es durchs Dach regnet – und wir uns das Geld für die Armaturen auch noch pumpen müßten!

Doch zurück zum Durchschnittsbürger! Wenn man ihn fragte, was er denn persönlich von seinem Riesenaufwand für die Ökologie habe, käme er wahrscheinlich ins Schwimmen.

Nichts gegen das bleifreie Benzin und den Abgaskatalysator, – er ist eine gute Sache – vor allem für die südafrikanische Platinlobby –, aber ob er das so laut angepriesene Mittel gegen das sogenannte Waldsterben, eine durch und durch dubiose Angelegenheit, nun wirklich ist, muß wohl ernsthaft bezweifelt werden. Folgerichtig kommt Tennisschuh-Fischer, heutzutage Minister in Hessen, zu einer Hamburger Veranstaltung im schweren Dienstwagen vorgefahren, um dort dem Publikum aus Umweltgründen die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu empfehlen.

Weiterhin sind positiv und auch meßbar die Maßnahmen zur Luft- und Wasserverbesserung. Von 1979 bis 1990 haben die westdeutschen Chemieunternehmen die Emissionen der wichtigsten Luftschadstoffe bis zu 70 Prozent verringert, wie die amtliche Statistik auf der Basis der Emissionserklärungen der Unternehmen ausweist. Hierfür wurden in diesem Zeitraum 4,8 Milliarden DM in Luftreinhalteanlagen investiert, während die Kosten für den laufenden Betrieb dieser Anlagen 11,8 Milliarden DM betrugen. Derzeit gibt die Chemie täglich 4,4 Millionen DM für Maßnahmen zur Luftreinhaltung aus. Aufwendungen in vergleichbarer Größenordnung werden für die Verbesserung der Gewässer ausgegeben.

Im Vergleich zu diesen zwar sehr hohen Ausgaben, denen als Erfolge aber immerhin meßbare Er-

Vernünftiger Umweltschutz muß sein, aber es wird viel Geld verpulvert, um fragwürdige Verbesserungen in Grenzbereichen zu erzielen.



gebnisse gegenüberstehen, sind die meisten anderen Aufwendungen für den Umweltschutz einfach à fond perdu. So basieren die Entwicklungsanstrengungen der Industrie, Ersatzstoffe für die FCKW's zu finden, auf der Voraussetzung, das sogenannte Ozonloch werde tatsächlich durch diese Substanzen verursacht. Dies ist aber bisher nichts als eine Hypothese, zu der eine Reihe von Beobachtungen überhaupt nicht passen, so daß ein ursächlicher Zusammenhang eher unwahrscheinlich ist.

Die Kosten für die Entwicklung alternativer Energien als Ersatz für die Kernenergie sind hierzulande nichts anderes als weggeworfenes Geld. Wind- und Sonnenenergie, als »sanfte« Energien angepriesen, reichen bei unseren Witterungsverhältnissen bei weitem nicht aus, um den Energiebedarf zu decken, sind auch viel zu teuer. Wer wollte auch die Küstenlandschaft durch Windmühlenwälder total verschandeln?

Politiker können keine Naturgesetze ändern

Hätte man – ein hypothetischer Fall – die Atomgegner befriedigt, träten sofort die Landschaftsschützer auf den Plan. Dänemark, in der Anzahl der Windgeneratoren führend, deckt nur ungefähr ein Prozent seines Bedarfes aus der Windenergie. Da die fossilen Brennstoffe, langfristig gesehen, zu Ende gehen werden und es auch zu schade ist, komplizierte chemische Verbindungen, zu deren Aufbau die Natur Jahrmillionen gebraucht hat, einfach zu verheizen, anstatt sie ausschließlich zur Synthese anderer dringend benötigter Substanzen zu benutzen, kommt die Menschheit um die friedliche Nutzung der Atomenergie gar nicht herum, ob es bestimmten Kreisen paßt oder nicht.

Das trotzige Beharren auf alternativen Energien gleicht dem ständig wiederholten Versuch eines kleinen Kindes, einen Stein ins Wasser zu werfen, um zu sehen, ob er vielleicht diesmal schwimmt. Politiker können zwar Steuern erhöhen und auch ausgeben, aber Naturgesetze ändern können sie nicht. Es ist also verantwortungslos, der Bevölkerung vorzugaukeln, man käme bald ohne Atomenergie aus, – nicht bald und erst recht nicht auf lange Sicht.

Die Krönung des ganzen absichtsvollen und trügerischen Treibens aber ist die Diskussion um die sogenannte Kohlendioxidabgabe, die man erheben will, angeblich um den Treibhauseffekt zu bekämpfen. Selbst wenn man unterstellt, daß die gegenwärtig registrierte Erwärmung der Erdatmosphäre auf der beständigen Zunahme des Kohlendioxidgehaltes der Luft beruht, was längst nicht erwiesen, sondern eine fragwürdige Hypothese ist, selbst dann muß man sich einmal vergegenwärtigen, daß noch nicht einmal fünf Prozent des in der Luft vorhandenen Kohlendioxids aus künstlichen Verbrennungsprozessen stammt. 95 Prozent stammen aus biologischen Prozessen, aus Fäulnis, Verwesung, Ausatmung sowie aus vulkanischen Ausdünstungen.

Unterstellt man weiterhin, daß von diesen künstlich verursachten fünf Prozent der zwanzigste Teil, großzügig gerechnet, in Deutschland entsteht und eine deutsche Strafaufgabe die Emission günstigstenfalls um zehn Prozent dieser 0,25 Prozent »deutschen« Kohlendioxids = 0,025 Prozent (!) der insgesamt vorhandenen Menge senkt, denn schließlich wollen wir nicht frieren, so erkennt man klar die Absicht der Regierenden: Unter fadenscheinigen Gründen Gebühren und Abgaben zu erheben, um die leere Staatskasse zu füllen, natürlich wiederum für den bekannten edlen Zweck. Es scheint aber so, als ginge Kanzler Kohl, wohl unter dem Druck der Wirtschaft, jetzt endlich daran, Herrn Professor Töpfer – kein Wissenschaftler, sondern ein Ökonom – diese Flause auszureden.

Das Abfallproblem und die Dioxin-Falle

Um es zusammenzufassen: Der Bundesbürger erhält als Gegenwert für die gigantischen Umweltkosten zu einem großen Teil nichts als leere Verheißungen und windige Hypothesen. Diese werden dadurch nicht wahrer, daß Politiker und Journalisten in gekonnt schauspielerischer Leistung, mit ergriffener Stimme und bedeutender Miene, sie ihm

Umwelt-Ideologie

Ein neues Macht-instrument der Regierenden

als unumstößliche Tatsachen verkaufen.

Das schlechte Kosten/Nutzen-Verhältnis von Umweltthemen wird besonders beim Thema Abfall deutlich. Während die große Masse der Bevölkerung von den diffizilen globalen Umweltproblemen, ob echten oder künstlich geschaffenen, nichts versteht und auch nichts verstehen kann, weil hierzu ganz spezifische naturwissenschaftliche Kenntnisse vorauszusetzen sind, wird sie von dem Abfallproblem unmittelbar betroffen. Wir steuern nämlich geradewegs auf einen Entsorgungskollaps oder Müllnotstand zu, der sich noch vor Mitte der neunziger Jahre einstellen wird und nicht mehr aufgehalten werden kann.

Seit vorigem Jahr sind die Kosten für die Hausmüllabfuhr drastisch erhöht worden, ebenso für Container mit Bauschutt oder Gartenabfällen. Dasselbe gilt für Gewerbemüll. Viele Unternehmen werden ihre Produktionsabfälle, vor allem solche aus Kunststoff, kaum noch los. Es genügt nämlich nicht, sich nach der Bundesgesetzgebung zu richten und dem Abfall eine Schlüsselnummer gemäß Abfallkatalog zu geben, die ihn als Hausmüll oder hausmüllähnlichen Abfall ausweist, ihn also entsprechend zu deklarieren.

Es genügt auch nicht, die entsprechende Vorschrift eines Bundeslandes zu erfüllen. Nein, über die Annahme oder Ablehnung des Abfalles entscheidet die jeweils zuständige Deponie oder der Deponieträger. Er läßt Abfall, der ihm dubios erscheint, vorher von einer Untersuchungsbehörde kostenpflichtig prüfen und entscheidet dann, ob er ihn annimmt.
Die Kommunen unterscheiden neuerdings gern zwischen Hausmüll und Gewerbemüll und belegen letzteren willkürlich mit einer höheren Gebühr, obwohl sie hierzu gemäß Abfallverordnung gar nicht berechtigt sind. Diese unterscheidet nämlich nur zwischen »hausmüllähnlichem« und »besonders überwachungsbedürftigem« Abfall (früher: Sondermüll). Den Begriff Gewerbemüll kennt sie nicht. Folglich landen Hausmüll und »Gewerbemüll« friedlich nebeneinander, aber zu unterschiedlichen Preisen, auf derselben Deponie, – eine reine Beutelschneiderei der Behörde.

Die neuen Aufgaben der Bürokratie

Das Sortieren des Hausmülls ist inzwischen gang und gäbe geworden, und es soll Leute geben, die es mit Begeisterung tun. Wenn entsprechende Container oder andere Behälter in der Nähe stehen und nicht immer überfüllt sind, mag das noch angehen. Andernfalls wird das Müllsortieren für den Privatmann zu einem regelrechten, zwar unbezahlten Job mit entsprechendem Zeitaufwand, den sich nur Rentner leisten können.

Altpapier wird inzwischen so viel gesammelt, daß die Recyclingquote der Papierindustrie von etwa 45 Prozent Altpapierzusatz bei weitem überschritten wird. Manche Gemeinden stellen Container für unterschiedlich gefärbtes Glas auf, für weißes, braunes und grünes. Die Bürger richten sich auch im ganzen brav danach und sind dann höchst erstaunt zu sehen, wie der LKW-Fahrer beim Abholen alles wieder auf einen Haufen zusammenkippt.

Wir werden demnächst erleben, daß alle Müllbehältnisse durchsichtig gestaltet werden, so daß man klar sehen kann, wer hier nicht richtig sortiert hat. Entweder bleibt der Müllsack bei der Abholung zur Strafe stehen, oder der Übeltäter erhält den Besuch eines Müllbeauftragten seiner Gemeinde – endlich wieder ein neues Amt –, der ihm zunächst freundlich ins Gewissen redet und im Wiederholungsfall einen Bußgeldbescheid schickt.

Den besonderen Zorn der Behörden und Journalisten hat sich – Gott weiß, warum! – der Kunststoffabfall zugezogen. Obwohl sein Anteil im Hausmüll, von Bauschutt gar nicht zu reden, noch nicht einmal zehn Prozent ausmacht, sollen von ihm fast alle Abfallprobleme herrühren, vor allem wenn es sich um PVC handelt. Deswegen muß er – koste es, was es wolle! – wieder verwendet werden. Recycling heißt das Zauberwort. So wird er denn – zunächst noch in Pilotprojekten – gesammelt, gereinigt und aufwendig getrennt, danach erneut stabilisiert, compoundiert und geformt.

Ein so recycelter Kunststoff ist in unserem Hochlohnland natürlich teurer als Frischware. Dazu ist er auch noch schlechter, weil er thermisch vorgeschädigt ist und deshalb nur noch für einen minderen Anwendungszweck verwendet werden kann. Demgegenüber wollen uns die Abfallpolitiker weismachen, man könne diese Prozedur beliebig wiederholen und erhielte so ein Schwungrad, mit dessen Hilfe der Kunststoff immer im Kreise bewegt wird.
Es werden folglich Unsummen dafür ausgegeben, dem Kunststoff ein zweites, vielleicht auch ein drittes Leben zu ermöglichen. Danach landet er aber unwiderruflich als ausgedient im Abfall und muß jetzt doch deponiert und verbrannt werden.

Wir wühlen für Milliarden im Dreck

Im strategischen Ansatz gesehen, ist der Recyclinggedanke, wenn er mit übermäßigem Aufwand verknüpft ist, in unserem Hochlohnland falsch. Wir müssen einen viel größeren Aufwand treiben, als die Stoffe, um die es geht, wert sind. Zugespitzt formuliert: Wir wühlen für Milliarden im Dreck, während zum Beispiel Japan dieses Geld gezielt in Hochtechnologie steckt. Wen wundert's also, daß wir gegenüber diesen Leuten volkswirtschaftlich immer weiter zurückfallen?

Das Abfallproblem, sofern es sich auf den Kunststoff bezieht, wird demnach durch all die kostspieligen Recyclingaktivitäten nur auf die lange Bank geschoben, aber nicht gelöst. Trotzdem überschlagen sich die Erfolgsmeldungen über Recyclingprojekte, obwohl es nichts zu feiern gibt. Das Geld ist weg, das Problem noch vorhanden. Aber man kann der Bevölkerung vormachen, hier werde echt etwas für die Umwelt getan.

Die Unternehmen machen nolens volens mit, um sich eine gute Presse zu verschaffen, – was sollen sie machen? Manche denken sich listig an die Spitze einer Bewegung zu setzen, die sie doch nicht aufhalten können. Vielleicht können sie einen kurzfristigen Wettbewerbsvorteil herausholen oder staatliche Zuschüsse kassieren. Verargen kann man es ihnen nicht.

Unser Wirtschaftssystem fordert ein solches Verhalten geradezu heraus. Nur wird den Bürgern hierdurch vorgegaukelt, als könne man mit etwas Druck durch die Behörden und etwas gutem Willen der Beteiligten alle Probleme lösen, Zeit gewinnen, heißt die Devise.

Zwei wahre Geniestreiche

Um Zeit zu gewinnen, hat die Bundesregierung inzwischen die Verpackungsverordnung in Kraft gesetzt. In Vorbereitung ist die »Verordnung über die Vermeidung, Verringerung und Verwertung von Abfällen gebrauchter elektrischer und elektronischer Geräte«, kurz Elektronikschrott-Verordnung genannt.

Es handelt sich hierbei um zwei wahre Geniestreiche, die aber nichts grundlegend verbessern, sondern im wesentlichen nur Kosten verursachen. Da alle Lieferanten gezwungen werden, leere Verpackungen, gleich welcher Art, zurückzunehmen, wobei über die Kostenzuweisung nichts ausgesagt ist, fahren Lastwagen halbleer mit gebrauchten Paletten, Kartonagen, leeren Büchsen und Schachteln durch die Gegend und belasten zusätzlich die Straßen. Aber Herr Krause wird den Verkehr schon in den Griff kriegen, mit erhöhten Abgaben, versteht sich, und der Umwelt zuliebe, versteht sich auch.

In Wirklichkeit agieren nämlich die Bonner Ressorts unkoordiniert nebeneinander her. Da aus der Elektronikschrott-Verordnung gravierende Wettbewerbsnachteile für die deutsche Elektronikindustrie erwartet werden müssen, hat hier hinter den Kulissen bereits das Wirtschaftsministerium interveniert. Ob der Unfug allerdings noch gestoppt werden kann, muß bezweifelt werden, denn Herrn Töpfer steht das

Umwelt-Ideologie

Ein neues Machtinstrument der Regierenden

Wasser seiner Versprechungen inzwischen bis zum Hals.

Die zum guten Ton gehörende Polemik gegen die angebliche Verpackungsflut ist barer Unverstand. Jeder Hersteller vermeidet aufgrund des scharfen Kostendruckes übermäßigen Aufwand, und jeder Artikel hat genau die Verpackung, die er aufgrund seiner Beschaffenheit und seines Verwendungszweckes benötigt.

Bei Lebensmitteln sind es vornehmlich gesundheitshygienische Aspekte, die zu berücksichtigen sind. Das anonyme Einkaufen im Supermarkt, noch dazu unter Zeitdruck, mit seinem Betasten und Beschnüffeln der Waren erfordert einfach stabile und gut hantierbare Verpackungen.
Ja, aber die vielen kleinen Behältnisse für Butter, Marmelade, Zucker, Kaffeemilch sind doch wirklich überflüssig! Sind sie nicht und machen auch den Kohl bei der Abfallminimierung nicht fett! Beim Essen in Speisewagen, Flugzeugen, Kantinen, Restaurants dürfen aus gesundheitspolizeilichen Vorschriften keine Reste der Vormahlzeiten auf den Tisch kommen, sondern müssen vernichtet werden. Wollte man also die Vernichtung von Lebensmitteln befürworten, nur um etwas Verpackung zu sparen, wäre die Verpackung wertvoller als der Inhalt, – der Gipfel der Absurdität, auch angesichts der Notlage der Dritten Welt.

Ungelöste Probleme der Abfallbeseitigung

Also, die Verpackungsverordnung gibt für die Lösung der Abfallproblematik nichts her, sondern verursacht im wesentlichen Kosten. Den grünen Punkt des dualen Abfallwirtschaftssystems, einer Privatorganisation, muß der Verbraucher bezahlen. Damit wird er zwar seinen Joghurtbecher wieder los, aber der landet nach einigen Zwischenstationen bei einem Recycler, muß gründlich gereinigt werden – aber einen Wassernotstand haben wir ja nicht! –, und schließlich wird – vielleicht – ein neuer Joghurtbecher daraus, nur zu höheren Herstellkosten als aus Neuware.

Ist das Verfahren nicht genial? So beschäftigt man sich mit sich selbst, anstatt sich den wirklichen Problemen zu widmen. Man erkennt hieraus, daß für den ganzen Komplex des Abfalls und seiner Aufbereitung die ständig gepriesenen Gesetze des Marktes von Kosten und Leistung sowie Angebot und Nachfrage kurzerhand außer Kraft gesetzt worden sind.

Wir stehen somit immer noch vor dem ungelösten Problem der Abfallbeseitigung. Warum gibt es dieses überhaupt? Weil der Deponieraum knapp ist und nicht genug Müllverbrennungsanlagen existieren. Und weshalb ist der Deponieraum so knapp, und weshalb haben wir nicht genügend Verbrennungskapazität?

Antwort: Weil die verantwortlichen Politiker es versäumt haben, rechtzeitig die Deponiekapazitäten zu erweitern und Verbrennungsanlagen zu errichten. Und warum das? Weil sie, immer ihre Wiederwahl vor Augen, nicht den Mut hatten, unpopuläre Maßnahmen, die für das Gemeinwohl erforderlich sind, in die Wege zu leiten und durchzusetzen. Und das bitte rechtzeitig, bei unseren zeitraubenden Planfeststellungs- und Raumordnungsverfahren.

Daß manche Bürger nicht in der unmittelbaren Nachbarschaft einer Deponie wohnen wollen, ist verständlich, auch nicht in der Nachbarschaft einer Abfallverbrennungsanlage. Aber der Bürger möchte auch nicht an einer Fernstraße, einer Eisenbahnlinie, in einer Flugschneise, in einer Hauptverkehrsstraße wohnen, bedient sich dagegen dieser Einrichtungen mit großem Vergnügen, sobald er unterwegs ist.

Also sollte man ihn zum Beispiel auf Gemeinkosten umsiedeln. Die Kosten hierfür sind im Projekt mit vorzusehen. So zu verfahren, wäre unter dem Strich immer noch billiger als alle die Kosten für Recycling und Mülltourismus, abgesehen von dem Kollaps, dem wir unweigerlich entgegengehen.

Das Problem Grundwasser

Was wir der Erde nehmen, das heißt in Form von Rohstoffen, aber auch pflanzlicher und tierischer Nahrung, müssen wir ihr eines Tages wieder zurückgeben, – sogar uns selbst. So lautet das Gesetz von der Erhaltung der Materie, bezogen auf die zeitliche Begrenztheit alles Irdischen. Diese Erkenntnis ist unumstößlich, weil a priori gewiß. Ob wir die Materie direkt der Erde übergeben oder auf dem Umwege ihrer Verbrennung, ist gleichgültig.

Nun wird dagegen behauptet, wir hätten erstens nicht genug Platz für Deponieraum oder aber der verfügbare Platz wäre hierfür zu schade. Außerdem wisse man nicht genau, welche Zersetzungsprozesse sich langfristig in einer Deponie abspielten, die schließlich zu einer Grundwasserverseuchung führen könnten.

Das erste Argument ist eindeutig falsch. Selbst im dichtbesiedelten Deutschland sind ungefähr 30 Prozent der Grundfläche immer noch Wald. Wandelt man einen Bruchteil davon in Deponieraum um, deckt ihn nach der Befüllung mit Erde ab und bepflanzt ihn schließlich wieder mit Bäumen, hat man à la longue keine Beeinträchtigung der Landschaft.

Das Argument der Grundwassergefährdung ist schwerer zu entkräften. Zwar wird neuerdings der Deponiegrund mit undurchlässigen Stoffen in einem komplizierten Mehrschichtenaufbau gemäß der Technischen Anleitung »Siedlungsabfall« sorgfältig präpariert und abgedichtet, aber niemand weiß natürlich, wie lange trotz aller Modellversuche solche Abdichtungen in der Praxis wirklich haltbar sind.

Andererseits könnte man entgegenhalten, daß dann unser Grundwasser längst vergiftet sein müßte, da man schließlich Jahrhunderte und Jahrtausende seinen Müll ohne entsprechende Künste abgelagert hat und sich dabei auf die reinigende Wirkung der Bodenbakterien verlassen durfte. Daß die Grundwassergefährdung oft nur vorgeschoben wird, weiß der Verfasser aus eigener Erfahrung.

In den siebziger Jahren wurden Fässer mit Restharzen aus einer Kunststoffertigung von dem Entsorger in fahrlässiger und sträflicher Weise einfach in einer Kiesgrube in der Umgebung von Kerpen abgekippt und vergraben. Die Sache kam heraus, und da der Entsorger inzwischen pleite war, mußte das Kunststoffunternehmen, das selbst um seine Existenz zu kämpfen hatte, aber nach dem Verursacherprinzip haftete, für viel Geld die Fässer suchen und als Sondermüll entsorgen, obwohl das Harz längst verkrustet und verklumpt, damit eindeutig lokalisiert und nicht mehr »bioverfügbar« war. Das Grundwasser war zwar nicht unmittelbar gefährdet, denn durch den Braunkohlentagebau in dieser Gegend war der Grundwasserspiegel auf 350 Meter Tiefe abgesenkt worden, aber er könnte mal wieder ansteigen. Ein an den Haaren herbeigezogenes Argument!

Die Schweiz hat rechtzeitig vorgesorgt

Es wäre aber durchaus noch verständlich, wenn man aus den erwähnten Gründen die Erschließung neuer Deponien nur zögernd betriebe und sich statt dessen auf die Verbrennung konzentrierte. Natürlich braucht man auch für die Verbrennungsrückstände Deponieraum, aber eben nicht so viel.

Der Kunststoffanteil im Hausmüll sowie Papier- und Holzreste haben einen hohen Heizwert. Die gewonnene Energie kann gewerblich und privat genutzt werden. Die Schweiz beispielsweise hat genügend Abfallverbrennungsanlagen rechtzeitig installiert und somit keine akuten Entsorgungsprobleme.

Den Treibhauseffekt, der angeblich durch weitere Verbrennungsanlagen verstärkt wird, haben wir bereits als eine Fiktion erkannt. Der Haupthinderungsgrund für die Müllverbrennung und damit für die Abfallentsorgung ist die von linken Umweltschützern sorgfältig aufgestellte und betreute Dioxinfalle, mit der wir uns genauer auseinandersetzen müssen. □

(Wird fortgesetzt)

Ende eines Traums vom Wohlstand

Im US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf ist ein Thema in den Vordergrund gerückt: die zunehmende wirtschaftliche Belastung der Mittelklasse. Tatsächlich sind die Arbeitseinkommen breiter Schichten der Bevölkerung heute nicht wesentlich höher als in den sechziger Jahren. Der Zuwachs des Sozialprodukts im Zeitraum 1960 bis 1990 wurde zu einem hohen Anteil von den über 50 Millionen neu hinzugekommenen Erwerbstätigen aufgesogen. Gewinner der Reagan-Ära waren insbesondere die Aufsteiger in die Oberschicht.

Die amerikanische Psyche war bisher auf Wohlstand geradezu programmiert: Jede Generation ging ganz selbstverständlich davon aus, daß es ihre Kinder einmal wirtschaftlich besser haben würden als sie selbst. Diese Vorstellung war ein untrennbarer Bestandteil des vielbeschworenen »amerikanischen Traums«.

Verkleinerung der Familie

Damit scheint es einstweilen vorbei zu sein. Bei vielen US-Bürgern herrscht der Eindruck vor, daß es ihnen in den letzten Jahren immer schwerer fällt, finanziell über die Runden zu kommen. Viele wären schon froh, wenn sie künftig ihr erreichtes Wohlstandsniveau halten könnten.

Auf den ersten Blick scheint die Statistik diesen Pessimismus nicht zu rechtfertigen. Das gesamte Bruttoeinkommen der privaten Haushalte zeigt im langfristigen Trend einen ungebrochenen Anstieg. Diese als »personal income« bezeichnete Größe enthält neben den Arbeitseinkommen auch die Kapitaleinkommen und die empfangenen Transfers der privaten Haushalte – all dies vor Steuern.

Das personal income ist real und pro Kopf der Bevölkerung zwischen 1960 und 1990 relativ konstant mit durchschnittlich gut zwei Prozent pro Jahr gewachsen. Dies entspricht einem kumulierten Realeinkommenszuwachs von 85 Prozent.

Allerdings: Das personal income ist eine rein statistische Größe auf hohem gesamtwirtschaftlichem Aggregationsniveau. Über die tatsächliche Einkommensposition eines repräsentativen US-Haushalts sagt sie wenig aus.

Antwort auf diese Frage gibt beispielsweise der Medianwert der Familieneinkommen; er beschreibt die finanzielle Situation einer Familie, die genau in der Mitte der Einkommensrangliste liegt. Nach diesem Maßstab erstellt sich in der langfristigen Betrachtung ein ganz anderes Bild der Wohlstands-Entwicklung, als es die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zeichnet.

Das Medianeinkommen blieb nach einem Anstieg um rund ein Drittel während der sechziger Jahre in der Folgezeit praktisch fünfzehn Jahre lang konstant. Erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre kam es wieder zu einem nennenswerten Anstieg.

Gesamteinkommen verteilt sich auf mehr Familien

Der Unterschied zum personal income beruht im wesentlichen auf diesen zwei Faktoren:

Stark gestigene Zinseinkommen. Der Anteil der Lohneinkommen am gesamten Volkseinkommen ist im Zeitraum 1960 bis 1990 von 70,2 auf 64,2 Prozent gefallen.

Im Gegenzug haben vor allem die Zinseinkommen ihren Anteil kräftig – von 8,3 auf 14,7 Prozent – erhöht. profitiert davon haben die Besitzer von Geldvermögen, also die Familien, die es bereits zu Wohlstand gebracht hatten.

Verkleinerung der Familien. Die Anzahl der Familienmitglieder sank von durchschnittlich 3,67 auf 3,17 Personen. Gleichzeitig stieg die Zahl der amerikanischen Familien. Wirkung:

Das Gesamteinkommen verteilt sich auf mehr Familien. Das durchschnittliche Familieneinkommen liegt damit tendenziell niedriger. Allerdings sind mit diesem Einkommen auch weniger Personen zu versorgen.

Die Einkommensentwicklung für die Median-Familie wäre noch ungünstiger ausgefallen, wenn die Erwerbsquote nicht gestiegen wäre. Dadurch nahm die Zahl der Verdiener pro Familie spürbar zu. Beispiel:

Ende der achtziger Jahre standen rund zwei Drittel aller verheirateten Frauen mit Kindern unter 18 Jahren im Erwerbsleben – 1960 waren es lediglich ein knappes Drittel.

Die ständig wachsende Zahl der Haushalte angesichts nur schwach steigender Familieneinkommen bedeutet, daß die durchschnittlichen Einkommen der Erwerbstätigen noch langsamer gewachsen sind. Genau das belegen die Daten zur Lohnentwicklung.

Der durchschnittliche reale Wochenlohn ist seit einem Höhepunkt Anfang der siebziger Jahre rückläufig. Im Branchenmittel lag er 1990 sogar gut drei Prozent unter dem Niveau von 1960.

Die wichtigsten Gründe für den Rückgang beim Wochenlohn:

In den vergangenen drei Jahrzehnten wurde die wöchentliche Arbeitszeit um 4,1 Stunden oder 10,6 Prozent verkürzt. Die Stundenlöhne stiegen aber gesamtwirtschaftlich nicht in dem Maße, um die Wirkung der kürzeren Arbeitszeit ausgleichen zu können. Auf Stundenbasis waren die Reallöhne in einigen Branchen – vor allem im Dienstleistungssektor – sogar rückläufig. So wurde 1989 etwa im Einzelhandel preisbereinigt um 15 Prozent weniger verdient als 1970.

Schrumpfung des Mittelstandes

Ein spürbarer Teil des Einkommenszuwachses für Arbeitnehmer floß nicht in höhere Löhne, sondern zunehmend in Lohnzusatzleistungen, beispielsweise in den betrieblichen Krankenversicherungsschutz. Dieser Einkommensbestandteil machte 1989 gemäß volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung fast zehn Prozent des eigentlichen Lohns aus – verglichen mit 5,9 Prozent in 1970.

Zum Teil handelt es sich hier nur um eine lebensstandard-neutrale Umbuchung. Denn die Arbeitnehmer haben bei besserem Versicherungsschutz geringere Gesundheitsausgaben aus ihrem Haushaltsbudget zu entrichten.

Freilich ändern höhere Lohnzusatzleistungen und mehr Freizeit am allgemeinen Tatbestand wenig:

Für die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung stagnieren die Arbeitseinkommen seit langem.

Die Entwicklung der Realeinkommen und deren Niveau ist nur ein Teil des Zündstoffs in der gegenwärtigen amerikanischen Diskussion. Als vielfach noch ungünstiger wird die Einkommensverteilung empfunden. Vor allem die breite Mittelklasse ist dabei auf der Strecke geblieben.

Zwischen 1970 und 1989 ist die Zahl der Familien, deren Jahreseinkommen preisbereinigt zwischen 15000 und 75000 Dollar liegt, von 77 auf 70,7 Prozent gesunken.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet läßt sich dieser Entwicklung zunächst auch Positives abgewinnen: Die Schrumpfung des Mittelstandes beruht nur unwesentlich auf einer Zunahme der armen Bevölkerung – er ist vor allem auf den Aufstieg in die Oberschicht zurückzuführen. Experten sprechen von etwa vier Millionen Aufsteiger-Familien allein in der Reagan-Ära.

USA

Ende eines Traums vom Wohlstand

Der Anteil der Familien mit real mehr als 75 000 Dollar Jahreseinkommen hat sich von 5,5 Prozent in 1970 bis 1989 mehr als verdoppelt (11,3 Prozent).

Die Lage im Alltag ist ziemlich düster

Damit wird aber die Verteilung der Einkommenszuwächse zu einem auch gesellschaftspolitischen Thema:

Nach Angaben des Budgetbüros des US-Kongresses kamen zwischen 1977 und 1989 den untersten 80 Prozent der Bevölkerung nur sechs Prozent des Einkommenszuwachses nach Steuern zugute.

Folge: Die Einkommensverteilung in den USA stellt sich heute wesentlich ungleicher dar als zu Beginn des letzten Jahrzehnts.

Die mittleren drei Fünftel der Einkommenspyramide verfügten 1989 lediglich noch über 50,8 Prozent aller Einkommen – verglichen mit 53,4 Prozent im Jahr 1980.

Auf das oberste Fünftel entfielen 44,6 Prozent aller Einkommen – 1980 waren es erst 41,6 Prozent.

Eine Aufgliederung der Oberschicht macht die zugespitzte Einkommensverteilung noch deutlicher:
Die obersten fünf Prozent hielten 1989 einen Anteil am gesamten Einkommen aller Familien von 17,7 Prozent – fast ein Sechstel mehr als 1980.

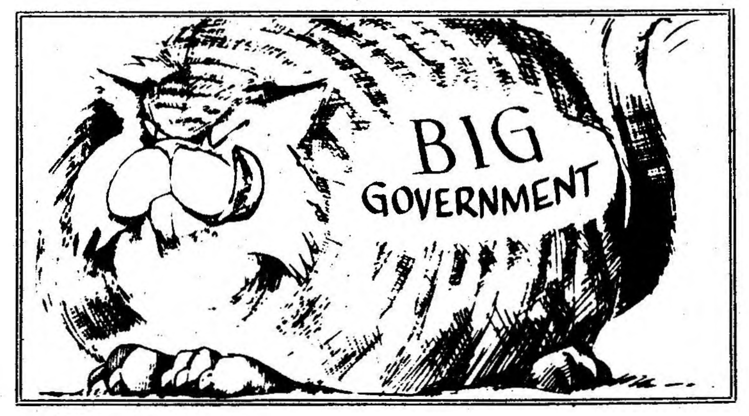
Das in den USA weitverbreitete Gefühl, die wirtschaftliche Lage werde für die Mittelklasse immer schwieriger, ist somit keine Fiktion, sondern statistisch untermauert. Manches spricht sogar dafür, daß sich die Lage der Mittelklasse im Alltag vielfach noch düsterer darstellt, als es die gesamtwirtschaftlichen Daten aufzeigen.

Viele Güter und Dienstleistungen unbezahlbar

Denn die Preise vieler Güter und Dienstleistungen, die gerade für die Verbrauchsgewohnheiten der Mittelklasse eine besondere Bedeutung haben, sind in jüngster Zeit weit überproportional gestiegen – ohne daß dies bei der Berechnung der Realeinkommen angemessen berücksichtigt worden wäre.

Typische Beispiele: hochwertige medizinische Versorgung, Universitätsausbildung der Kinder, Erwerb eines Eigenheims. Diese Güter und Dienstleistungen sind für viele Durchschnittsamerikaner mittlerweile kaum erschwinglich, während sie für ihre Eltern noch vielfach zum Standard gehörten.

Vor kurzem hat das Statistische Amt bei der Überprüfung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung festgestellt, daß ihm 1990 rund 46 Milliarden Dollar Arbeitseinkommen und 23 Milliarden Dollar Zinseinkommen durch die Lappen gegangen sind. Das ist allerdings nur ein kleiner Trost: Nach der Revision sind die Einkommen der Privathaushalte lediglich knapp 1,5 Prozent höher als zuvor. □



Südafrika

Der Ausverkauf hat begonnen

John McBrien

Die Vereinten Nationen haben seit langem Krisenpläne für eine Invasion Südafrikas zum Zwecke des Sturzes der weißen Regierung. Jetzt schließen die Pläne die Teilung der Macht mit den Schwarzen, die Entwaffnung des Militärs und der Polizei ein, was durch Truppen der Vereinten Nationen erzwungen werden soll.

Eine Mehrheit weißer Bürger Südafrikas ist davon überzeugt worden, daß sie die Macht mit schwarzen Einwohnern ihres Landes, die von dem von Kommunisten beherrschten African National Congress (ANC) geführt werden, »teilen« müssen. Wie CODE schon früher vor mehr als sechs Jahren berichtete, ist das, was geplant wird, eine schwarze Regierung, deren Mandate von Truppen der Vereinten Nationen erzwungen werden.



Nelson Mandela ist mit seinem ANC und der Kommunistischen Partei auf dem besten Wege, die Macht über die Weißen in Südafrika zu ergreifen.

Den Widerstand der Weißen neutralisieren

Generalmajor Tienio Groenewald, einer der hervorragenden Strategen und Experten für psychologische Kriegsführung Südafrikas, sagt, dieser Prozeß habe eigentlich im Januar mit der Bildung eines Steuerungsausschusses zur Zusammensetzung der neuen Regierung begonnen. Der Ausschuß wurde während des UN-Meeting of Consultation mit den Anti-Apartheid-Bewegungen und Organisationen, die nicht der Regierung angehören, das vom 4. bis 5. November 1991 in Genf abgehalten wurde, gebildet.

Diese Gruppierung wird stark von Anhängern des ANC und der South African Communist Party (SACP) dominiert, und der Vereinbarungsentwurf würde die Machtbasis der Regierung der National Party (NP) des Präsidenten F. W. de Klerk zerstören und jeden Widerstand von Weißen neutralisieren.

Generalmajor Groenewald hat angeregt, bis Dezember dieses Jahres eine Übergangsregierung einzusetzen.

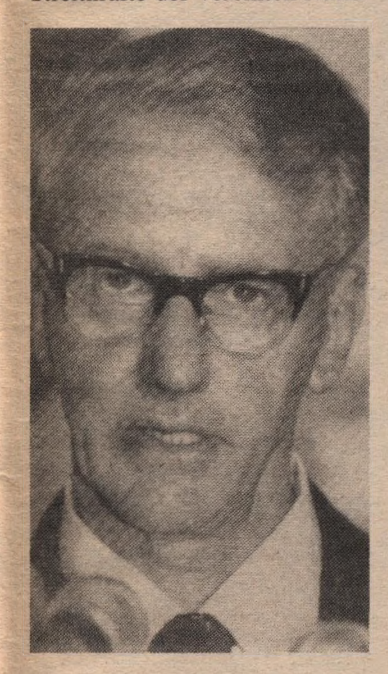
Obwohl die regierende NP dem Plan vorläufig ihre Zustimmung erteilte, lehnte sie überraschenderweise Schlüsselteile davon ab, als die NP ihren eigenen Umriß für eine Interimsregierung vorlegte, in der Weiße während des Übergangsprozesses an der Macht bleiben würden. Offizielle der ANC und Kommunisten bezeichneten diesen Schritt als

»Verrat«, da der ursprüngliche Plan schwarzen Gruppen zwischenzeitlich Regierungsgewalt verliehen hätte.

Und dennoch ist der ursprüngliche Plan, von der UNO gebilligt, immer noch lebensfähig und könnte in die Tat umgesetzt werden, falls die Verhandlungen zusammenbrechen sollten.

Südafrika soll entwaffnet werden

Unter der Vereinbarung der Vereinten Nationen werden die starken Militärstreitkräfte unter UNO-Aufsicht auf ihre Kasernen beschränkt, und die Polizei wird entwaffnet. Friedenserhaltende Streitkräfte der Vereinten Nationen werden eingesetzt, werden aber wahrscheinlich kaum mehr tun können, als vom ANC zum Angriff auf Stützpunkte der Inkatha ausgesandte randalierende Banden zu überwachen.



Ian Smith, ehemaliger Premierminister von Rhodesien: »Die Kommunisten versuchen in Südafrika das gleiche, wie damals mit meinem Land.«

Inkatha, der hauptsächliche schwarze politische Gegner des ANC, setzt sich im wesentlichen aus Zulus zusammen, während der ANC hauptsächlich aus Xhosas besteht. Die Zulus und Xhosas sind alte Stammesfeinde.
Laut Groenewald wird die südafrikanische Übergangsbehörde Zugang zum, wenn nicht unmittelbare Gewalt über den Staatsschatz verlangen.

Groenewalds Analyse, die im »Aida Parker Newsletter« erscheint, schließt einen Überblick über das Protokoll der UNO-Sitzung ein. Die berichteten hervorstechenden Punkte wurden den Vertretern der Vereinten Nationen von einer Delegation der neugebildeten Patriotic Front, die vom ACN ins Leben gerufen wurde, vorgelegt. Unter anderem verlangten die Delegierten eine Fortdauer der Sanktionen gegen die von Weißen geführte Regierung Südafrikas, »damit diese schnell den Bedingungen der Patriotic Front für die Bildung einer souveränen Übergangsregierung zustimmt«.

Laut Protokoll der Sitzung wird die »Übergangsbehörde« die Gerichtsbarkeit über alle Sicherheitskräfte und -angelegenheiten haben. Dies bedeutet, daß das südafrikanische Militär auf die Kasernen beschränkt und die Polizei entwaffnet werden muß. Gesetz und Ordnung sollen durch die unbewaffnete Polizeimacht, die kooperierenden bürgerlichen Verbände unter Beteiligung der Völkergemeinschaft aufrechterhalten werden.

Rolle der Vereinten Nationen dokumentiert

»Dann ist da noch die äußerst sensible Angelegenheit der Kontrolle über die bewaffneten Flügel des ANC ... und anderer, vielleicht durch die Einrichtung von Versammlungspunkten, wie es in Zimbabwe (dem ehemaligen Rhodesien) praktiziert wurde.«
Wenn vieles von diesen Dingen vertraut erscheint, dann ist das so, weil eine von den Vereinten Nationen eingesetzte Regierung in Südafrika das Kennzeichen trägt, welches einem im März 1965 durch die ironischerweise Carnegie Endowment for International Peace (Carnegie-Stiftung für Frieden unter den Völkern) genannte Einrichtung herausgegebenen Bericht entspricht.



Der südafrikanische Präsident Frederick de Klerk (links) traf sich mit US-Präsident George Bush.

Wie CODE bereits 1985 berichtete, befaßte sich die lange geheimgehaltene Studie mit dem Titel »Apartheid and United Nations Collectiv Measures: An Analysis« mit der Zweckmäßigkeit, einfach das Militär verschiedener Länder einzuberufen, um Südafrikas souveräne Regierung zu stürzen. Der Bericht von Amelia C. Leiss, einer in den internationalen Kreisen, aus denen sich der Council on Foreign Relations, die Bilderberger und ihre verschiedenen Verbündeten zusammensetzen, weithin bekannten Gelehrtin, beschrieb sogar im Einzelnen die bei einer Machtergreifung der Vereinten Nationen in Johannesburg zu erwartenden Verluste.

Obwohl die kürzliche Zurückweisung einiger der Gesichtspunkte des von den Vereinten Nationen gebilligten Übergangsplanes durch die NP-Regierung einige Zweifel darüber aufwirft, was in der Zukunft geschehen wird, hat der von Kommunisten dominierte ANC anscheinend die Absicht, jede politische Opposition zu beseitigen, ob weiße oder schwarze.

De Klerks Volksabstimmung vom 18. März darüber, ob die Verhandlungen mit den Schwarzen des Landes weitergeführt werden sollen, wurde von fast 69 Prozent derjenigen, die an der Abstimmung teilnahmen, gutgeheißen. De Klerk erklärte öffentlich, daß er sich mit der Absicht trägt, daß seine National Party sich die Regierungsgewalt mit Schwarzen »teilt«. Aber er hat auch versucht, der direkten Dominierung durch Schwarze zu widerstehen, wie es von Nelson Mandela, dem nominellen Chef des ANC, verlangt wird.

De Klerk hofft nun, eine Form von Interimsregierung in Südafrika aushandeln zu können, die alle völkischen Gruppen repräsentiert, die aber der NP immer noch beträchtliche Macht zuweist. De Klerk schlug ein Zwei-Phasen-Programm vor, das mehrrassige »Übergangsräte« vorsieht, die nur eine beratende Funktion haben sollen. Der ANC und sein Hauptverbündeter, der SACP, haben de Klerks Plan als »völlig unannehmbar« in Bausch und Bogen verdammt.

Die Zukunft der Weißen steht auf dem Spiel

Was der ANC und die SACP stattdessen verlangen, ist die Bildung einer besonderen Körperschaft, die Südafrikas Übergang zu einer mehrrassigen Regierung leiten soll. Es hat jedoch den Anschein, daß dies lediglich eine Fassade für diese Gruppen wäre, die gesamte Vollzugsgewalt an sich zu reißen. Tatsächlich besteht ihr Hauptziel darin, die Weißen als politische Kraft für alle Zeiten auszuschalten.

Dies könnte zur offenen Kriegsführung führen, die die Vereinten Nationen auf der Seite der neu legitimierten schwarzen Regierung mit ins Spiel bringen würde. Die seit langem geplante Übernahme des Landes durch die Vereinten Nationen, wie durch die Carnegie-Stiftung für Frieden unter den Völkern ins Auge gefaßt, wäre dann eine Realität. □



Südafrika

Aufbruch in den Dritte-Welt-Status

Beat Christoph Baeschlin

Wer heute mit Südafrikanern weißer Rasse spricht, begegnet einem ganz irrationalen Glauben an die Rettung durch geschickte verfassungsrechtliche Formeln. Da herrscht eine durchaus mystische Hoffnung auf eine gut ausgeklügelte Reglementierung des Zusammenwirkens zwischen den verschiedenen Rassen und Stämmen im kommenden Staatswesen. »Die weiße Minderheit wird ein in der neuen Verfassung festgeschriebenes Status erhalten, um von der schwarzen Minderheit nicht einfach erdrückt, entmachtet und entrechtet zu werden ...«

Mit Staunen habe ich die Worte von einem offiziellen Sprecher Südafrikas europäischer Abstammung vernommen. Eigentlich müßten die südafrikanischen Weißen im Bild sein über die Mentalität der Schwarzen. Wer längere Zeit in Schwarzafrika gelebt und gewirkt hat weiß, daß ein Denken in Rechtssätzen sowie in Vertrags- oder Verfassungsbestimmungen in Afrika total anders empfunden wird als bei Menschen europäischer Kultur. Die Vertragstreue gemäß dem altrömischen Grundsatz »Pacta sunt servanda« ist dem Schwarzafrikaner fremd. Die Schwarzafrikaner haben kein Organ, um in Kategorien von Rechtsnormen zu denken. Wenn es um Pflichten oder um das Erbringen von Leistungen gemäß Vertrag geht, fehlt plötzlich das Musikgehör.

Menschenrechte verfälschen das Menschenbild

Natürlich ist es unhöflich, so etwas zu sagen oder gar zu schreiben. Vor allem die mit westlicher Bildung angereicherten Schwarzen reagieren mit Empörung auf solche Feststellungen. Sie übersehen, daß Vertragstreue nicht eine angeborene Eigenschaft ist. Die alten Römer haben zum Erstaunen der Völker die Vertragstreue eingeführt. Wer noch eine Bibel hat, kann das nachlesen im 1. Buch der Makkabäer im achten Kapitel.

Seit 200 Jahren dürfen Fragen des menschlichen Zusammenlebens nur noch durch die verkrümmte Optik der Menschenrechts-Theorien betrachtet werden. Der absurde Glaube an die Gleichheit aller Menschen gilt als unfehlbar. Verschiedenheiten in der Veranlagung festzustellen, wird als »Rassismus« strafrechtlich verfolgt. Die banale Tatsache, daß die Völker in kultureller Hinsicht ganz verschiedene Wege gegangen sind, muß verschwiegen werden ... im Namen der Gleichheit!

Angesichts dieser mit immer gehässigerer Sturheit vertretenen Irrlehre, unterwerfen sich die heutigen Meinungs- und Politikmachenden Herren einer wirklichkeitsfremden Weltschau. Die leidtragenden Opfer dieser irrationalen Theorie sind die Menschen der Dritten Welt. Die unvorstellbare Armut, in der ganz Afrika unwiderstehlich versinkt, geht auf dieses einfältige, jeder Naturgegebenheit Hohn sprechende Dogma zurück. Aber die weltweit führenden Mächte wollen lieber ganz Afrika im Elend krepieren lassen, anstatt ihre widernatürliche, falsche Glaubenslehre zu korrigieren.

Ein Ex-Minister namens Müller

In 40 afrikanischen Staaten hatte man zum Teil gute Ansätze zu wirtschaftlicher Entwicklung. Aber durch »demokratische« sozialistische und kapitalistische Experimente wurden diese im Keim erstickt. Ungeachtet dieses sinnwidrigen Treibens, machten sich die Menschenrechts-Dogmatiker weltweit ans Werk, um auch den blühenden aber störenden Wirtschaftsriesen Südafrika planmäßig abzuwürgen.
Zum Beispiel war im Umgang mit den südafrikanischen Diplomaten in Bern festzustellen: Diejenigen, welche einigermaßen realistisch in die Welt blickten, verweilten nur kurze Zeit. Solche, die lange bleiben konnten, bildeten ein Rästel: Waren diese Diplomaten für oder heimlich gegen die Politik ihrer Regierung?

Harry Oppenheimer vertritt die Geld-Interessen in Südafrika, die im Grunde hinter der Regierung die Politik bestimmen.

Lange vor dem Umsichgreifen der südafrikanischen Kapitulationsstimmung hatte der deutschstämmige Minister Müller in Südafrika einen riesigen Skandal verursacht. Es war ruchbar geworden, daß er mit Staatsgeldern eine westeuropäische Zeitung hatte kaufen wollen, um den Standpunkt seiner Regierung in Europa wirksam vertreten zu können. Er mußte demissionieren. Als Ex-Minister Müller auf der Durchreise in Bern eintraf, wurde ein kleiner Empfang gegeben. Es bot sich Gelegenheit zu einer längeren Aussprache, und ich sagte zu Dr. Müller:

»Wer Afrika kennt, weiß, daß die südafrikanische Regierung sehr viele sehr gute Argumente für ihre Politik vorbringen könnte. Die weltweite Haßkampagne gegen Ihr Land verunmöglicht aber jede vernünftige Aussprache. Ihr Plan zum Erwerb einer europäischen Tageszeitung wäre die einzige Möglichkeit gewesen, sich Gehör zu verschaffen. Denn auch die Lancierung einer südafrikanischen Zeitung in Europa oder USA ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die südafrikanische Zeitschrift ›Der Standpunkt‹ zum Beispiel, konnte einfach nicht Fuß fassen ...« Dr. Müller konnte nicht viel mehr tun, als mir für meine verständnisvollen Worte zu danken. Denn die vielgerühmte Meinungsäußerungsfreiheit sah sich auch in dieser Sache auf das Reservat der Leserbriefspalten in den Zeitungen zurückgedrängt.

Die naive Ehrlichkeit der Weißen

Die Apartheid ist Ausdruck des südafrikanischen Provinzialismus, der sich in plumper Ehrlichkeit kundtut. Nur das Nischendasein dieser weltabgeschlossenen weißen Bevölkerung läßt das naive Bekenntnis zur sogenannten Apartheid erklären. Wird doch in ganz Afrika »Apartheid« praktiziert. Beim herrschenden Mentalitätsunterschied ergibt es sich natürgemäß, daß die Weißen unter sich bleiben ... nur nennt man das nirgends »Apartheid«. Man gibt dieser Absonderung überhaupt keinen Namen. Aber wer die unsichtbaren und unausgesprochenen Schranken zu durchbrechen sucht, merkt bald, daß er nicht nur von den Weißen, sondern auch von Seiten der



Eineinhalb Jahrhunderte haben die Buren um Südafrika gegen den englischen Imperialismus gekämpft.

Schwarzen selber Mißtrauen oder gar Verachtung erntet.

Die naive Ehrlichkeit der weißen Südafrikaner mußte im heutigen Zeitalter untragbar sein. Denn die wesentlichen Merkmale unserer »aufklärerischen« Geistessituation sind die fehlenden oder durch Heuchelei ersetzten Wertmaßstäbe sowie die Vortäuschung einer absoluten Freiheit der Meinungsäußerung, die aber durch eingeschmuggelte Tabus in wesentlichen Punkten ausgeschaltet ist.

Der aus demselben aufklärerischen Denken hervorgegangene Marxismus-Sozialismus ist an sinnwidrigen Hokuspokus-Theorien zerschellt. Doch hat das dem »demokratischen Westen« bisher nicht als Warnung gedient. Denn auch das westliche System fußt auf Mythen, die nur solange weiterleben können, als sie – durch wirtschaftlich günstige Verhältnisse bedingt – vom Zugluft der Bewährung abgeschirmt bleiben.

Hätten die Südafrikaner ihre Apartheid mit marxistischer Dialektik umflort und mit der Sowjetunion geflirtet, so wäre wohl auch im Westen niemandem aufgefallen, daß da »Rassismus« betrieben wurde. Natürlich hätte das einige Phantasie erfordert.



Der Burenführer Piet Cronje (mit breitrandigem Hut) wurde am 27. Februar 1900 mit 4000 Mann von britischen Soldaten zur Übergabe gezwungen.

Das aber ist wohl die Eigenschaft, die im kalvinistisch-burischen Wesen nicht zu finden war.

Weil sie total phantasielos waren – oder sind –, haben die Südafrikaner tatenlos zugesehen, wie ihr Lebensraum planmäßig umzingelt und mit generalstabsmäßig durchgeführter Offensive eingekreist und abgewürgt wurde. Vorerst haben die Südafrikaner dem jahrelangen, zähen Kampf Portugals für dessen Überseegebiete passiv zugeschaut.

Blind gegenüber der Einkreisung

Warum haben sie nicht Satelliten-Regime für Angola und Mozambik vorbereitet? Warum haben sie in Rhodesien die Bestrebungen eines Jan Smith nur halbherzig unterstützt? Warum haben sie Ende der siebziger Jahre die Hauptstadt Angolas nicht militärisch besetzt ... und mit Sawimbi zusammengespannt?

Schrittweise hat Südafrika kapituliert und zugelassen, daß das Kernland nach der Preisgabe Südwestafrikas ganz entblößt dastand. Damit erwies sich weiterer Widerstand als abwegig. Und das im Augenblick, wo der militärisch gefährlichste Feind – die Sowjetunion – wie ein Gebilde aus Sand zusammensackte.

Aber: Ein multirassiales, multikulturelles Südafrika nach liberalem Rezept und sozialistischem Zuschnitt wird ein gleiches Schicksal erleben wie Libanon; entweder endlosen Bürgerkrieg oder Besetzung durch eine fremde Macht.

Aber nicht genug damit, liefert die »Neue Zürcher Zeitung« in ihrem Leitartikel vom 29. Februar/1. März 1992 noch eine zusätzliche Urteilsvoraussage: »... langfristig dürfte es kaum zu verhindern sein, daß Südafrika zu einem Drittweltland wird.«

Wenn die »Neue Zürcher Zeitung« das sagt, hat das die Bedeutung eines mit Flammenschrift geschriebenen Orakels aus dem Tempel Zarastros. Damit keimt der Verdacht auf, das geheime Planziel der jahrzehntelang pausenlos geführten Haßkampagne gegen die weißen Südafrikaner habe von jeher bezweckt, Südafrika in den Status eines Dritte-Welt-Landes hinabzumindern. □



Europa-Journal

Briten erwägen sich von den bankrotten USA zu trennen

Peregrine Worsthorne, Sprecher der alten britischen imperialen Fraktion, hat sich in einem Artikel im Londoner »Sunday Telegraph« gegen eine Allianz mit den USA ausgesprochen. Unter dem Aspekt dessen, was, wie aus Quellen in der City of London verlautet, eine Verschiebung innerhalb der traditionellen Fraktion »American Empire« des britischen Establishments signalisiere, rief Worsthorne zu einer Veränderung in der britischen Strategie gegenüber einer neuen Allianz mit Japan auf.

»Ich war früher amerikafreundlich«, argumentiert Worthshorne, »aber amerikanische Interessen sind nicht mehr die unsrigen ... Britannien sollte stattdessen eine Allianz mit dem anderen ›Inselstaat‹, Japan, bilden, und japanische Investitionen in die britische Wirtschaft ermutigen. Wir sollten in der Tat damit beginnen, diejenigen ... die die amerikanische Ansicht vertreten als ›Sympatisanten‹ (fellow travelers) zu betrachten, fast so wie wir diejenigen am linken Spektrum zu brandmarken pflegten, die den ganz Linken halfen.«

Wie aus informierten Kreisen verlautet, gibt es jetzt eine Minderheit im Vereinigten Königreich, die sich darüber klar geworden ist, daß ihre Abhängigkeit von dem »besonderen Verhältnis« mit Amerika nicht mehr nützlich ist, und daß die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten britischen Interessen zuwiderlaufen. Die Besorgnisse dieser Gruppierung, die sich in der letzten Zeit um die ehemalige Ministerpräsidentin Margaret Thatcher geschart hat, besteht darin, wie Deutschland in Schach zu halten ist.

Unter Bezugnahme auf Geldmanager des Vereinigten Königreiches, sagen sie, daß 40 Prozent von ihnen planen, ihre Investitionen in kontinentale europäische Firmen zu verstärken, während 41 Prozent vorhaben, ihre Investitionen in amerikanische Aktien zu verringern. Nur 12 Prozent der Geldmanager sind »optimistisch im Hinblick auf die US-Wirtschaft«. □

Serbische Milizen tobten in Sarajewo

Serbische Milizen führten in der Republik Bosnien-Herzegowina einen wahren Volksaufstand durch, besetzten um die ganze Stadt Sarajewo herum Barrikaden und schlossen die Stadt mehrere Stunden lang von der Außenwelt ab. Die Aktion wurde durchgeführt, nachdem die bosnischen Behörden die Ergebnisse einer Volksabstimmung bekanntgaben, aus denen hervorging, daß die Mehrheit der Bevölkerung für Unabhängigkeit von »Jugoslawien« ist.

Unter Voraussagen unmittelbar bevorstehender blutiger Konflikte unter Serben, Kroaten und der moslemischen Bevölkerung in Bosnien, stieß der Führer der Serbischen Demokratischen Partei, Radovan Karadzic, auf einer Pressekonferenz in Sarajewo fürchterliche Drohungen aus. Er warnte, daß die Ergebnisse des Referendums negiert werden sollten, »bevor es zu spät ist. Es wurden zu viele Fehler gemacht. Es wird unmöglich sein, einen Krieg unter Volksgruppen und Gemeinden zu vermeiden. Jede Anerkennung Bosniens wird das Feuer in dieser Republik und im ganzen Balkan entfachen ... Nordirland könnte dann im Vergleich zu Bosnien wie ein Ferienlager erscheinen.« □

Zürich schließt den Drogen-Park

Die Stadt Zürich hat den Platzspitz-Park geschlossen, berichtete die »International Herald Tribune« in einem Leitartikel, da der Gedanke an eine Legalisierung von Drogen zurückgewiesen wird. Der Park war seit 1989 eine freie Zone für Drogen-Abhängige, und die Anzahl der Drogenverbraucher stieg von ein paar hundert auf Zehntausende.

»In der Theorie war es ein durchdachter, wohlmeinender Plan. In der Praxis war es eine Katastrophe«, schrieb die Zeitung in ihrem Leitartikel. »Ein Blick auf die Gesichter in den Volksmengen am Platzspitz sollte auch den eifrigsten Reformer davon überzeugen, daß eine Legalisierung der falsche Weg ist.«

Die Stadt Bern hat ebenfalls verkündet, daß sie den Kocherpark, ihre Freizone für Drogen, schließen werde. □

Treffen zwischen NATO-Chef und russischen Patriarchen

Eine äußerst ungewöhnliche Zusammenkunft fand in Moskau zwischen dem Generalsekretär der NATO, Manfred Woerner, und dem offiziellen Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch Aleksi II., statt.

Wie aus der russischen Nachrichtenagentur Interfax verlautet, war eines der bei dieser Zusammenkunft erörterten Hauptthemen der islamische Fundamentalismus. Woerner äußerte, »die Verbreitung des islamischen Fundamentalismus und dessen immer stärker werdende Einfluß auf die zentralasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion stehen im Gegensatz zu den Interessen des nordatlantischen Blocks«, berichtete die Agentur.

In seiner Erwiderung »führte der Patriarch Aleksi aus, daß gegenseitiges Verständnis und der Dialog zwischen der Orthodoxen Kirche und der moslemischen Welt ein bedeutender stabilisierender Faktor sowohl für den Nahen Osten als auch für die Gemeinschaft unabhängiger Staaten ist«. Er meinte, die moslemischen Führer der ehemaligen UdSSR, mit denen er freundschaftliche Beziehungen unterhalte, teilen seine Ansicht, daß die Verhinderung von religiösen oder ethnischen Reibereien konzertierter Anstrengungen bedarf.

Woerner stellte fest, sein Treffen mit dem russischen Patriarchen dürfte die anstehenden Moskauer Gespräche über Abrüstung und die Errichtung eines neuen Sicherheitssystems in der ganzen euro-atlantischen Region erleichtern«.

Während seines Besuchs in Moskau traf Woerner auch mit dem russischen Präsidenten Boris Jelzin, dem russischen Außenminister Andrej Kosyrew, dem Chef des militärischen Stabes der GUS, Marschall Jewgenij Schaposchnikow, dem russischen Vizepräsidenten Aleksandr Rutskoij und dem russischen Parlamentssprecher Gennadij Burbulis zusammen. □

Probleme der georgianischen Monarchisten

Mitglieder der Georgianischen Monarchistischen Partei und der Nationaldemokratischen Partei Georgiens reisten nach Spanien und trafen dort mit der Familie Bagratian zusammen, die Anspruch auf den Thron der ehemaligen sowjetischen Republik Georgien erhebt. Aber ihre Bemühung, in ihrem Land wieder eine Monarchie einzuführen, stieß auf unerwartete Schwierigkeiten. Den Bagratianern wurde gesagt, daß sie nach Georgien zurückkommen, die Sprache erlernen und sich an den Angelegenheiten des Landes beteiligen sollten. Die Georgier boten Irakly Bagratian, dem 19jährigen Sohn des derzeitigen Thronfolgers Jorge, den Thron an. Aber Berichten zufolge wies der alternde Thronfolger diesen Plan zurück und sagte den beiden Repräsentanten aus Georgien, er selbst fühle sich noch jung genug, um den Thron zu übernehmen.
Die Georgianer sagten zu der spanischen Tageszeitung »El Pais« bevor sie das Land verließen, ihre Mission sei »ein Fehlschlag« gewesen. »Die Familie Bagratian ist nur daran interessiert König zu werden«, sagte einer von ihnen. »Ihnen ist ganz egal wo: Es könnte Georgien oder es könnte Frankreich oder es könnte Senegal sein.« □

Andriotti ruft zu neuer Evangelisierung auf

Italien wird als Volk sterben, es sei denn, eine neue christliche Evangelisierung werde begonnen, sagte der italienische Ministerpräsident Giulio Andriotti in einem Interview mit der Tageszeitung »La Repubblica«. Er verurteilte die »Entchristianisierung« des Landes, die manchmal durch »heimliche und im Untergrund getriebene Kriegsführung« durchgeführt werde, wofür die kürzliche Verbreitung eines Dokuments über »Bio-Ethik« und künstliche Befruchtung ein typisches Beispiel sei.

»Wir wollen modern erscheinen, und wir spielen am Ende nur eine dissonante Musik«, sagte er. »Wir sind noch nicht wie Pompeji, aber Europa läuft Gefahr, in wenigen Jahren ein Gegenstand der Archäologie zu werden.«

Die von Andreotti empfohlene Lösung besteht darin, die Institution der Familie aufzubauen und sicherzustellen, daß seine Partei, die Christliche Demokratie, einen wahrhaft christlichen Beitrag dazu leistet.

»Es gibt den Teufel«, sagte der Ministerpräsident. »Ich weiß nicht, ob er rot oder schwarz ist, aber das Prinzip des Bösen in unserer menschlichen Geschichte bestand in dem Versuch, den Christen mit allen Mitteln ihre Würde zu nehmen.« □

Katholiken und Orthodoxe versuchen Spaltung zu verhindern

Auf einem Zusammentreffen auf hoher Ebene zwischen römisch-katholischen und orthodoxen Repräsentanten in Genf wurde ein Weg diskutiert, um eine explosive Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen zu verhindern.

Der Streitfall betrifft die Frage der Katholiken des Östlichen Ritus, die die Autorität des Papstes anerkennen, aber das orthodoxe Ritual anwenden. Die Griechisch-Orthodoxe Kirche hat Papst Johannes Paul II. beschuldigt, die Ostkirche dazu zu benutzen, seine Autorität im ehemaligen Jugoslawien, Rumänien und Ukraine auszudehnen. Die Griechische Kirche forderte die griechische Regierung offiziell auf, die Beziehungen mit dem Vatikan abzubrechen.

Der russisch-orthodoxe »Außenminister« Kyril, der persönlicher Repräsentant des russischen Patriarchen Aleksi ist, leitete die russische Delegation auf der Sitzung in Genf. Die katholische Delegation wurde von dem Australier Edward Kardinal Cassidy, Leiter der Congregation for the Unity of the Christians, und von Erzbischof Pierre Duprey angeführt, der kürzlich in Kairo Gespräche mit den Führern der Koptischen Kirche führte. □

Kasakstan von Guerilla-Krieg bedroht

Uighurische Nationalisten, die aus der Region Xinjiang in China ins Exil gegangen sind, gelobten, von ihrem Stützpunkt in Alma Ata, der Hauptstadt Kasakstans, aus einen Guerilla-Krieg zu beginnen, berichtete die Londoner »Times«. Ein Sprecher für die Front für die Befreiung Uighurstans sagte in Alma Ata: »Wir werden einen Guerilla-Krieg beginnen und internationale Anerkennung für unseren Kurs anstreben.«

Bei Bombenanschlägen wurden in Urumqi, der Hauptstadt von Xinjiang, mindestens sechs Menschen getötet. Die Uighuren in Kasakstan haben jede Verantwortung für die Bombenanschläge bestritten und nannten sie eine »chinesische Provokation« und sie müßten erst noch Waffen bekommen.

Es gibt etwa sechs Millionen Uighuren in Xinjiang seit den fünfziger Jahren. Die Uighuren haben einen den Uzbeken in Zentralasien ähnliche Sprache und Kultur. Ein Redakteur einer uighurischen Zeitung stellte fest: »Wir schätzen, daß eine Million Uighuren in der ehemaligen Sowjetunion leben. Wir hoffen jetzt, daß wir unseren eigenen Staat haben und uns mit unseren Verwandten in unserem Mutterland vereinigen können.« □

Ratzinger: Neue Weltordnung ist der Antichrist

Einer der höchsten Beamten des Vatikans, Kardinal Ratzinger, klagte in einer Rede an, daß Bushs »neue Weltordnung« wie der Antichrist sei. Er rief Europa dazu auf, sich selbst zu einer angemessenen historischen Rolle zu erheben. Ratzinger ist Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre und sprach an der katholischen Universität von Mailand, wo er sein neues Buch mit dem Titel »A Shift for Europe?« vorstellte.

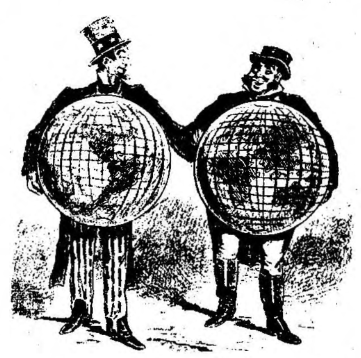
Der Kardinal warnte vor der Gefahr einer »planetarischen Homogenisation«, in der »Europa ein Wurmfortsatz Nordamerikas werden würde. Er sagte: »Im Zusammenhang mit einer solchen Erscheinung kann die Frage einer neuen Weltordnung etwas mit sich bringen, was nicht so beruhigend ist. Es sei nicht zufällig, daß in den zurückliegenden Jahren die Erinnerung an Bensons Buch »The Masters of the World«, das 1907 herauskam, wieder aufgefrischt wurde. Das Buch beschreibt die Vision einer ähnlichen vereinigten Zivilisation und ihrer Macht, so zerstörerisch für den Geist. Der Antichrist wird als großer Friedensträger in einer ähnlichen neuen Weltordnung dargestellt. Das Buch wurde 1990 in Deutschland neu aufgelegt – offensichtlich weil die Meinung vertreten wird, daß eine solche Homogenisierung der Menschheit heute als reale Gefahr betrachtet werden muß.«
In einem in der italienischen Tageszeitung »Il Giornale« einige Tage vorher veröffentlichten Interview äußerte Ratzinger: »Als Bush nach dem Golfkrieg erklärte, eine neue Weltordnung sei geboren, war ich davon überrascht und es erschien mir als Übertreibung ... Es wäre zu einfach, die Realität in dem Sinne zu sehen, daß – um Roosevelt zu zitieren – wir am Ende alle zu Amerikanern werden.« □

Opposition in Ukraine entwirft Charta für neue Politik

Nach einer dreitägigen stürmischen Sitzung kam die Rukh-Bewegung, die hauptsächliche Opposition zur Regierung des Präsidenten Leonid Krawtschuk, zu der Entscheidung, eine positivere Rolle als konstruktive nationale Opposition zu spielen, anstatt durchweg gegen Krawtschuk zu opponieren.

Der Kongreß faßte einen Beschluß, wonach Rukh von Fall zu Fall entscheiden will, ob sie die Politik des Krawtschuk-Regimes bekämpfen oder unterstützen will. Der Kongreß wies auch eine Resolution zurück, die dazu aufgerufen hätte, daß Ukraine die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) verlassen sollte. Stattdessen wird in der Resolution festgestellt, daß Ukraine solange in der GUS bleibt wie dies nicht auf irgendeine Weise gegen die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes Ukraine verstößt. Diese Position entspricht genau den Formulierungen des Präsidenten Krawtschuk.

Eine neue Rukh-Führung wurde gewählt, in der die antibolschewistischen ehemaligen politischen Häftlinge, die niemals mit einer Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei befleckt waren, die neuen Führer der Rukh-Bewegung sein werden. Rukh wird derzeit von einer Troika geleitet, die sich aus ihrem ehemaligen Vorsitzenden Iwan Drach und ihren beiden führenden nationalistischen Persönlichkeiten, Wyatscheslaw Tschornowil und Michailo Horyn zusammensetzt, die die eigentliche Macht in der Hand haben. □



Südafrika

Die Weißen wissen nicht, was sie tun

Tom Valentine

Die Zukunft Südafrikas im Kielwasser der kürzlichen Volksabstimmung, in der für den Abbau des Apartheid-Systems gestimmt wurde, ist Thema des Interviews mit Frau Deirdre Fields, einer Repräsentantin der Friends of White South Africa. Frau Fields, in Südafrika als Burin geboren, lebt heute in den Vereinigten Staaten.

Waren Sie über die Ergebnisse der kürzlichen Volksabstimmung in Südafrika über die Apartheid überrascht oder enttäuscht?

Fields: Ich war von Anfang an skeptisch, ob wir in diesem Referendum die richtige Art von Stimmen bekommen würden, und ich sollte Recht behalten. Wir wußten im Voraus, daß die Regierung diese Volksabstimmung plante. Sie mußte kommen. Wir wußten auch, daß die Regierung sich des Sieges sicher war. Ich hatte erwartet, daß man wenigstens das Referendum mit der Selbstbestimmung für Afrikaner in Verbindung bringen würde, aber das ist nicht geschehen. Die Frage des Referendums lautete: »Sollten wir weiter mit CODESA verhandeln?«



Deirdre Fields, in Südafrika als Burin geboren, schildert die politische Situation nach der kürzlichen Volksabstimmung.



Südafrikas Präsident F. W. de Klerk sieht im Ergebnis der Volksabstimmung eine Zustimmung zu seiner Politik.

Utopien werden keine Wirklichkeit

Die Formulierung des Referendums war so offen. Ich bin nur überrascht darüber, daß der Durchschnitts-Südafrikaner nicht begreift, wofür die Convention on Democratic South Afrika (CODESA) eintritt. Den Leuten ist nicht klar, daß CODESA einer Übergangsregierung den Weg ebnet, die schließlich zu einer permanenten Regierung wird und den African National Congress (ANC) und dessen Partner für immer an die Macht bringt.

Dies bedeutet im Grunde genommen für die Weißen und für alle anderen schwarzen Gruppen die Ausrottung. Der ANC setzt sich hauptsächlich aus dem Stamme der Xhosa zusammen, und diese sind Gegner aller anderen schwarzen Volksgruppen.

Wir haben gehört, daß die ganze Welt über den Ausgang der Volksabstimmung in Jubel ausgebrochen ist. Wie wird die Welt reagieren, wenn alle diese furchtbaren Dinge Wirklichkeit werden? Die Menschen hoffen, daß im neuen Südafrika eine Art glückliche »Regenbogenregierung« ans Ruder kommt.

Fields: Die Leute sollten nicht überrascht sein, wenn das nicht geschieht. Es ist im übrigen Afrika ja auch nicht geschehen. Wir haben erlebt, wie ein weißes Land nach dem anderen unterging, das jüngste Beispiel dafür ist Namibia (Südwest-Afrika). Davor war es Rhodesien (das ehemalige Südrhodesien, das jetzt Zimbabwe heißt). Jene Utopien, die uns allen versprochen wurden, sind nirgendwo in Afrika Wirklichkeit geworden.

Die Bush-Regierung scheint entschlossen zu sein, überall in der Welt kommunistische Regierungen zu installieren. Südafrika ist das jüngste Beispiel dafür.

Das »Wall Street Journal« hat den neuen Führer der Südafrikanischen Kommunistischen Partei dahingehend zitiert, daß die derzeitige radikale Allianz – zwischen der South African Communist Party und dem ACN – nur so lange bestehen bleibe, bis die Kommunisten die Macht übernehmen.

Die Kommunisten an die Macht bringen

Wenn dies schon dem »Wall Street Journal« bekannt ist, kann mir niemand erzählen, die Bush-Regierung wisse davon nichts.

Ich dachte, der Kommunismus sei tot, aber jetzt sagen Sie, Amerikas Präsident, George Bush, stütze den Kommunismus.

Fields: Er setzt an mindestens drei Stellen, die wir kennen, kommunistische Regime ein. Südafrika und Haiti, wo ein alter Kommunist gerade an die Macht gekommen ist, sind zwei. Der amerikanische Botschafter für Haiti sagte kürzlich, die Vereinigten Staaten hätten keinerlei Probleme mit dem neuen kommunistischen Führer dort und könnten mit ihm kooperieren.

In El Salvador wird die neue »nationale Regierung der Versöhnung« kommunistische Elemente enthalten.

Wir dürfen Rotchina nicht vergessen, das Land, welchem Präsident Bush in der Handelsarena den Status der meistbegünstigten Nation einräumen will.

Fields: Genau. Wir müssen die Schlußfolgerung ziehen, daß dies alles zu Bushs »Neuer Weltordnung« gehört.

Sie stammen von den Buren ab, die länger als jede andere weiße Bevölkerung in Südafrika lebt. Sie waren einst die Mehrheit aller Menschen, die in dieser Region lebten, einschließlich der ersten schwarzen Bevölkerung, die dorthin wanderte und später die Mehrheit wurde. Die Buren sind gegen de Klerks Haltung zugunsten der Abschaffung der Apartheid. Wie bekämpft die Regierung diesen starken Widerstand der Buren?

Fields: Die Buren hatten nur 17 Tage Vorwarnung zum Referendum. Das ist äußerst kurz,

wenn man in Erwägung zieht, daß sich die Regierung de Klerk bereits im Stadium der Vorbereitung befand und genau wußte, wie sie den Satz zu formulieren habe.

Die Weißen wurden unter Druck gesetzt

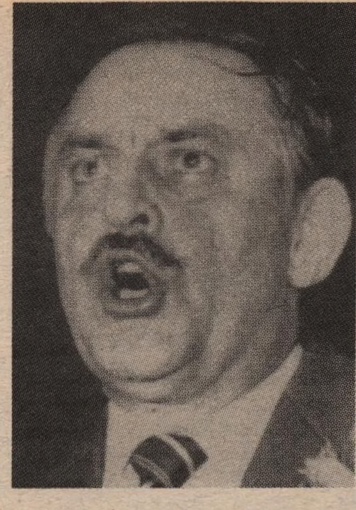
Obwohl jeder wußte, daß eine Volksabstimmung bevorstand, wußte niemand außerhalb offizieller Kreise, wann sie stattfinden würde und wie die Frage der Volksabstimmung formuliert werden würde. Der »rechte Flügel« konnte sich nicht rechtzeitig organisieren. Und dann gab es diese absolut furchtbare Beschimpfung in den Medien. Tag für Tag lagen die Medien den südafrikanischen Weißen in den Ohren und sagten ihnen, daß sie mit Ja stimmen sollten. Es wurde mit Sanktionen gegen die Regierung gedroht, und die Wirtschaft befindet sich in einem sehr schlechten Zustand. Selbst der deutsche Botschafter sagte, die Deutschen würden sich aus Südafrika zurückziehen.

»Pik« Botha, Südafrikas Minister für auswärtige Angelegenheiten, sagte, es wäre eine absolute Katastrophe, wenn das Referendum scheitern würde.
Es ist jedoch eine Tatsache, daß Sanktionen Südafrika niemals wirtschaftlich geschadet haben, nur politisch.

Ich habe einen jungen Südafrikaner sagen gehört, er habe mit »Ja« gestimmt, weil dies helfen werde, »gute Rock'n'-Roll-Musik« ins Land zu bringen. Ein anderer junger Wähler wollte schließlich Südafrika an der Weltmeisterschaft im Cricket teilnehmen lassen.

Fields: Das ist ein starkes Element, das die Wahlergebnisse beeinflußt hat. Die Leute begreifen einfach nicht, was sie angerichtet haben. Ich vermute, diese jungen Leute waren englischsprechende Bürger, keine Buren. Sie neigen dazu, weniger nationalbewußt zu sein, aber ich will sie nicht kritisieren.

Eines der stärksten Werkzeuge, die benutzt werden, war, daß Firmen Denkschriften an ihre Beschäftigten verwandten, in denen sie angewiesen wurden, mit »Ja« zu stimmen.



Roelof »Pik« Botha, Südafrikas Außenminister, begrüßt den Ausgang des Referendums.

Andernfalls, ließen die Firmenleitungen wissen, würden sie schließen. Dies kam hauptsächlich vom Konglomerat Anglo-American – so etwas wie 52 Prozent des Johannesburger Börsenmarktes. Es gibt im Grunde genommen gerade vier Firmen, die diese Börse beherrschen, und sie sagen ihrer Belegschaft, wie sie zu wählen haben.

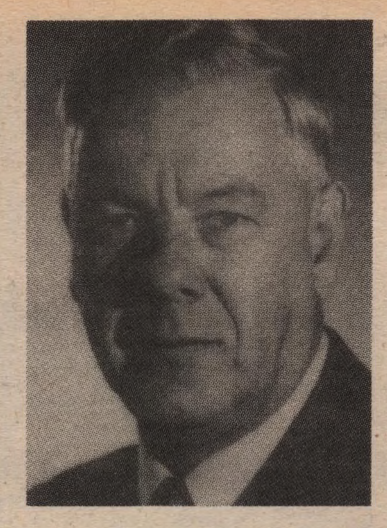
Einige Leute mußten sogar ein eigenes »Friedensabkommen«, das von der Firma ausging, unterzeichnen. Damit mußten sich die Unterzeichner, also die Angestellten, verpflichten, mit »Ja« abzustimmen.

»Wir machen mehr Geld als je zuvor!«

Die Leute sind auch sehr leichtgläubig und ließen die Tatsache außer Acht, daß ihre Abstimmung geheim war.

Ich habe auch von eindeutigen Verstößen gegen das Wahlgesetz gehört. In einer Stadt war eine Person, die zu den Wählern sagte: »Diejenigen, die mit ›Ja‹ abstimmen, treten in diese Schlange. Diejenigen, die mit ›Nein‹ abstimmen wollen, in die andere.«

Dann sagte er noch, daß diejenigen, die mit »Nein« abstimmen wollen, an diesem Tage nicht mehr wählen könnten und am nächsten Tag zurückkommen müßten. Die Leute akzeptierten dies einfach und gingen nach Hause.



H. F. Verwoerd kam 1958 in Südafrika an die Macht und versuchte das Land zu stabilisieren.

Dies wurde den Behörden gemeldet, und der Mann wurde entlassen, aber es waren bereits so viele »Nein«-Stimmen verloren gegangen, und nichts wurde unternommen, um die Dinge richtigzustellen.

Die großen Firmen der Anglo-American scheinen nicht darüber besorgt zu sein, was in Südafrika geschieht. Sie scheinen gar nicht zur Kenntnis zu nehmen, was zum Beispiel in Rhodesien geschehen ist. Diese Firmen scheinen zuversichtlich zu sein, daß sie gut dabei wegkommen, ganz gleich, was geschieht und wer die Macht in Südafrika übernimmt.

Fields: Das ist wahr. Ich habe jedoch gehört, daß sie im allgemeinen unter den bösen Auswirkungen der Gesamtwirtschaft Afrikas zu leiden haben.

Ein leitender Geschäftsmann sagte: »Was kümmert uns das?. Die Mineralien sind immer noch da. Wir zahlen geringere Steuern. Wir zahlen geringere Löhne. Wir machen mehr Geld als je zuvor.«

Das schlägt dem Faß den Boden aus. Ganz Afrika ist neu kolonisiert worden. Die weißen Kolonialisten kamen mit dem davon, was sie am Leibe trugen und kamen sich glücklich vor. Die Großfirmen sind noch da und heimsen riesige Gewinne ein. Das Gleiche wird wahrscheinlich in Südafrika geschehen.

Im Augenblick ist die Wirtschaft in Südafrika katastrophal. Es herrscht eine sehr böse Dürre. Es gibt Arbeitslosigkeit bis zu 40 Prozent, und die Inflation liegt bei 17 Prozent. Das Hauptproblem in Südafrika besteht darin, daß die Anglo-American Corporation und alle anderen Gesellschaften nicht in Südafrika investieren. Sie haben ihr ganzes Geld außerhalb des Landes und investieren in überseeische Industrien.

Es gibt einen Film mit dem Titel »Africa: Blood and Guts«, der das untersucht, was in Ländern unter schwarzer Herrschaft in Afrika geschehen ist. Es ist anscheinend eine Dokumentation (an vielen Stellen wirksam verboten), die suggeriert, daß in jenen Ländern nicht alles zum Besten steht.

Es ist noch nicht das Ende aller Dinge

Fields: Es handelt sich um einen Dokumentarfilm über Uganda und Tansania. Die gleichen tragischen Dinge ereignen sich auch in Mozambique und Angola.

Der Film zeigt unter anderem, wie die Schwarzen das weißen Farmern gehörende Vieh angriffen und lebende Steaks aus ihm herausschnitten.

Glauben Sie, daß diejenigen, die mit »Nein« gestimmt haben, dabei sind, die Flinte ins Korn zu werfen?

Fields: Ich glaube nicht, daß dieses Referendum die Wünsche der weißen Wähler wirklich zum Ausdruck gebracht hat. Die Regierung wandte in dem Referendum jedoch schmutzige Tricks an, und die Leute waren sich, im Ganzen gesehen, dessen nicht sicher, über welche Fragen sie abstimmen sollten. Dies ist noch nicht das Ende aller Dinge.

Sie erwähnten die Anglo-American Corporation. Jemand hat gesagt, dieses Konglomerat sei weder »Anglo« noch »American«, und es sei die Schöpfung von Harry Oppenheimer. Wollen nicht sehr viele Südafrikaner Oppenheimer aus dem Land jagen?

Fields: Viele möchten, daß Oppenheimer verschwindet, aber dieser hat sich dermaßen hinter der Regierung niedergelassen, daß dies unwahrscheinlich ist.

Südafrika

Die Weißen wissen nicht, was sie tun

Die Geldmacht hat eine Partnerschaft mit der Regierung. Sie hat sogar Leute aus der Geldmacht zu Beratern des Regimes ernannt. Die Regierung nimmt Befehle von der Geldmacht Oppenheimers entgegen.

Es gibt Leute, die die Ansicht vertreten, daß die Afrikaner sich dies alles selbst eingebrockt haben, dadurch, daß sie schwarzen Afrikanern erlaubt haben, sich in großer Anzahl in Südafrika niederzulassen und sich mit niedrigen Löhnen zufrieden zu geben.

Fields: Das ist nicht ganz richtig. Es waren nicht die Afrikaner, die die Schwarzen nach Südafrika hineinholten. Der Prozeß begann 1885, als im Transvaal erstmals Gold entdeckt wurde.

Cecil Rhodes, ein Engländer, war einer der Hauptimporteure von schwarzen Beschäftigten nach Südafrika hinein. Er gehörte zu denen, die gewaltige Finanzinteressen in Europa vertraten. Rhodes vertrat die Interessen der Rothschilds. Rhodes war daher weitgehend für diese Dinge verantwortlich.

Die Afrikaner hatten niemals in die Goldminen investiert. Es waren stets die gleichen Geldmächte, die das taten.

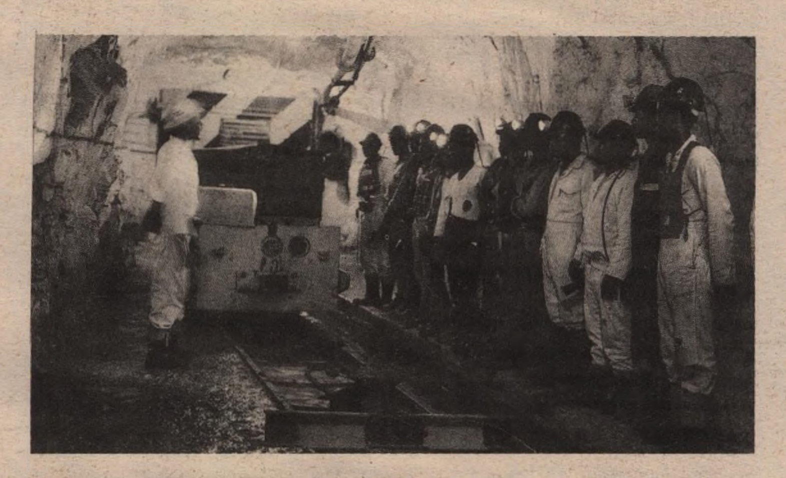
Die Afrikaner haben den Geldmächten nämlich so viele Hindernisse in den Weg gelegt, daß die Hochfinanz schließlich einen Krieg vom Zaune brechen mußte, um die Afrikaner zu vernichten. Großbritannien wurde in einen Krieg gegen die Buren verwickelt. Die Finanzmacht blieb jedoch in Händen des gleichen Geldmonopols. Die gleichen Leute sind heute noch an der Macht.

Die Herrschaft der Geldmonopole

Als Hendrik Verwoerd 1958 in Südafrika an die Macht kam, tat er sein Bestes, um die Kontrolle der Afrikaner über das Land wiederherzustellen; und dies tat er auf zweifache Weise:
Erstens, durch Einführung der großen Apartheid, mit der allen verschiedenen schwarzen Stämmen, die sich bereits im Lande befanden, separate Territorien zugeteilt werden sollten.



Nelson Mandela, Revolutionär, Terrorist und Kommunist, bestimmt heute das Geschehen in Südafrika.



Die Goldminen in Südafrika stützen den Einfluß von Harry Oppenheimer auf die Politik des Landes.

Er hätte sie dorthin schicken können, wo sie herkamen, aber er hat das nicht getan. Stattdessen übergab er diesen Schwarzen südafrikanisches Territorium und verlieh ihnen das Recht auf Selbstbestimmung.
Zweitens, rief er eine Kommission ins Leben, die die Geldmacht und Monopole untersuchen und sie demontieren sollte.

Wie steht es mit den Beziehungen zwischen Israel und Südafrika? Wir hören so viel darüber.

Fields: Die beiden Länder waren stets eng miteinander verbunden. Jedoch waren alle Gemeinschaftsprojekte zwischen Israel und Südafrika lukrativ für Israel.

Als Israel in die Bresche sprang und mithalf, die Sanktionen gegen Südafrika zu durchbrechen, mußte Südafrika im Gegenzug Büros in Israel einrichten oder sonst Israel einen Teil der Firmen in Südafrika übergeben.

Heute kontrollieren die Israelis rund 50 Prozent der staatseigenen Stahlwerke Südafrikas. Es ist angeblich eine von südafrikanischen Steuerzahlern kontrollierte Firma.

Können Sie dies alles kurz zusammenfassen?

Fields: Ich habe einige Amerikaner sagen gehört, daß die weißen Südafrikaner auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses alles verdienen, was sie jetzt bekommen. Den Amerikanern geht es jedoch nicht besser. Die Leute hatten die Alternative, für Pat Buchanan zu stimmen, aber sie stimmen immer noch für Bush ab.



Es besteht noch Grund zur Hoffnung

In Südafrika leben die Menschen immer noch in einem Zustand der Ablehnung. Sie betreiben sozusagen eine Vogel-Strauß-Politik und wollen eigentlich gar nicht sehen, was geschehen ist. Man sagt, die Dinge sehen düster aus, aber man hofft auf das Beste.

Sie begreifen jedoch nicht, was sie aufgeben. Dies ist orwellsche Programmierung. Den Leuten wird eingeredet, die vor ihnen liegenden Beweise einfach zu ignorieren. Dies geschieht in den Vereinigten Staaten ebenso wie in Südafrika.

Es besteht Hoffnung, daß die Kräfte am rechten Flügel in der Lage sein werden, die Sache wieder besser zu machen, wenn die nächste Volksabstimmung kommt. Dieses Referendum wird sich um die Verfassung für die neue provisorische Regierung drehen.

Ich bin jedoch nicht sicher, ob die Bürger dann den Schwarzen ihre Stimme geben werden. Es scheint jedoch auch so zu sein, daß viele Schwarze eine »Einheitsregierung« unter der Vorherrschaft der Kommunisten und des ANC fürchten.

Selbstbestimmung für die Schwarzen schien ein edler Gedanke zu sein, aber die Außenwelt weist dies zurück. □



Italien

Die Togliatti-Affäre

Mike Blair

Mit dem Sturz der Sowjetunion treten deren Verbrechen gegen die Menschlichkeit ans Tageslicht. Die jüngste Enthüllung betrifft die barbarische Behandlung von rund 50000 italienischen Kriegsgefangenen aus dem Zweiten Weltkrieg.

Unter den aus den einst streng geheimen Archiven der Sowjetunion kommenden Dokumenten befindet sich das Schreiben eines Führers der italienischen Kommunistischen Partei, in dem der sowjetische Diktator Josef Stalin gedrängt wird, rund 50000 junge Italiener, die im Zweiten Weltkrieg an der Seite der Deutschen kämpften, zur Zwangsarbeit und schließlich zum Tode zu verurteilen.

Dieser Brief erhält besondere Bedeutung für Amerikaner zu einer Zeit, wo sich das US-Senate Select Committee von POW's und MIAs (Senatsausschuß, der sich mit dem Schicksal von Kriegsgefangenen und Vermißten befaßt) um die Aufklärung des Schicksals von bis zu 20000 amerikanischen Kriegsgefangenen befaßt, die im sowjetischen Gulag verschwanden, als sie während des Krieges aus deutschen Kriegsgefangenenlagern von der Roten Armee »befreit« wurden. Kann es irgendeinen Zweifel darüber geben, daß Stalin und seine Genossen für die 20000 Amerikaner das gleiche Schicksal im Schilde führten wie für die 50000 Italiener?

Im Januar fand ein italienischer Historiker, der in den Archiven der kommunistischen Internationale (Comintern) in Moskau seine Forschungen betrieb, einen im Jahre 1943 von Palmiro Togliatti, einem der Gründungsväter des Kommunismus in Italien, an Stalin geschriebenen Brief.

Togliatti verbrachte die Kriegsjahre als Stalins Gast in der sowjetischen Hauptstadt, da die italienische Kommunistische Partei von Benito Mussolini verboten worden war.

Josef Stalin schickte mit Zustimmung des italienischen KP-Chefs Togliatti 50000 italienische Kriegsgefangene in den Tod.

Togliatti wird unter gewissen linkslastigen und kommunistischen Elementen der italienischen Gesellschaft bis zum heutigen Tage als großer Held verehrt. Das von dem Geschichtsforscher in den Akten der Komintern entdeckte Schreiben beleuchtet jedoch die üble Seite dieses Mannes und der kommunistischen Philosophie, die er dem italienischen Volk nach besten Kräften einzuimpfen versuchte. In dem Schreiben bezieht Togliatti sich auf einen italienischen Genossen, der versuchte, bei Stalin wegen des Schicksals der 50000 italienischen Soldaten, die an der sogenannten russischen Front, wohin Mussolini sie geschickt habe, um der deutschen Wehrmacht im Kampf gegen die Rote Armee zu helfen, gefangengenommen wurden, zu intervenieren.

Den Aufruf seines italienischen Parteigenossen beiseite wischend, schrieb Togliatti, nichts kümmere ihn weniger, als der Tod »einer beträchtlichen Anzahl dieser Gefangenen auf Grund der harten Bedingungen«.

Togliatti gab Stalin zu verstehen, daß italienische Familien mit Söhnen unter den 50000 den Verlust als Strafe erleiden sollten, um sicher zu gehen, daß sie sich niemals wieder dem Diktat eines Mussolini unterwerfen.

Der Brief Togliattis löste in Italien, wo er bereits teilweise veröffentlicht wurde, unter anderem auch in der vielgelesenen italienischen Zeitschrift »Panorama«, eine Sensation aus. Die Artikel haben einen Großteil der Öffentlichkeit so verärgert, daß der italienische Staatspräsident Francesco Cossiga drei Historiker nach Moskau entsandte, um dort das persönlich zu untersuchen, was inzwischen als die »Togliatti-Affäre« bekanntgeworden war.

Der Brief hat der einst mächtigen italienischen Kommunistischen Partei, die in Italien immer eine führende Rolle zu übernehmen drohte, einen tödlichen Schlag versetzt.

Cossiga sagte, »als Italiener« hege er »die verzweifelte Hoffnung, daß dieser Brief nicht echt ist«.

Der Brief hat führende Kräfte der italienischen Kommunisten dazu veranlaßt, ihren Zweifeln über dessen Echtheit Ausdruck zu verleihen.

»Es ist kaum möglich, daß Togliatti ihn geschrieben haben könnte«, sagte Giorgio Napolitano, ein hoher Parteiführer. »Togliatti war kein Zyniker«, sagte Guiseppe Vacca, Leiter des Gramsci-Instituts in Rom, der versuchte, das belastende Dokument in Mißkredit zu bringen. Antonio Gramsci und Togliatti waren Mitbegründer der italienischen Kommunistischen Partei.

Um zu verstehen, wie niederschmetternd die »Togliatti-Affäre« für das italienische Volk geworden ist, muß man wissen, daß in beinahe jeder Stadt des Landes eine Straße nach dem italienischen Kommunistenführer benannt worden ist. Togliatti wurde bei seinem Tode im Jahre 1964 als italienischer Nationalheld gefeiert.

Eigentlich dürfte das Verhalten Palmiro Togliattis niemanden überraschen. Er war ein überzeugter Anhänger Stalins, bis zu dem Zeitpunkt als Nikita Chruschtschow 1965 vor dem Obersten Sowjet seine »Geheimrede« hielt, in der er Stalin wegen dessen »Exzesse« in Bausch und Bogen verdammte.

Togliatti verteidigte die berüchtigten Säuberungen Stalins in den dreißiger Jahren, die den Tod von Millionen Bürgern der von den Sowjets unterjochten Republiken zur Folge hatten. Und er rühmte die Schrecken der Kollektivierung und den Staatsstreich von 1948 in der Tschechoslowakei, der das Schicksal des Volkes besiegelte und es zu mehr als 40 Jahren kommunistische Versklavung verdammte. □

Muhammar el-Gadaffi

»Ich hasse den Terrorismus!«

Ein Interview von Martin Mann

Der libysche Führer Muhammar el-Gadaffi hatte sich an den Internationalen Gerichtshof in den Haag gewandt und wollte damit die Sanktionen gegen sein Land juristisch verhindern lassen. Inzwischen wurde der Erlaß einer einstweiligen Anordnung vom Internationalen Gerichtshof verworfen, die grundsätzliche Entscheidung steht jedoch noch aus. Gadaffi hatte den Internationalen Gerichtshof angerufen, um die Vereinten Nationen daran zu hindern, wirtschaftliche Sanktionen gegen sein Land anzuwenden, weil er sich weigert, zwei im Zusammenhang mit dem Absturz der Pan-Am 103 über Lockerbie, Schottland, im Jahr 1988 gesuchte Verdächtige auszuliefern.



Abdel Baset Ali al-Meghrabi soll ebenfalls von Libyen an die USA ausgeliefert werden.

Die ganze Ära von US-Präsident Ronald Reagan hindurch, als fremde Lobbyisten in Washington großen Einfluß hatten, wurde der libysche Führer Muhammar el-Gadaffi als Hauptförderer des internationalen Terrorismus dargestellt. Wie Fidel Castro in den sechziger Jahren, wurde der arabische Herrscher zur Zielscheibe mehrerer Attentatsversuche der Vereinigten Staaten, einer davon war ein Bombenangriff aus dem Hinterhalt durch Düsenmaschinen der amerikanischen Air Force bei einem sogenannten Führungs-Ziel-Einsatz, bei dem Gadaffis kleine Tochter ums Leben kam.



Ali-Amin Khalifa Phima wird von den USA beschuldigt am Attentat auf dem Pan-Am-Flug 103 beteiligt gewesen zu sein.

Was das Establishment verschwieg

Was das Establishment verschwieg, war, daß Gadaffi, ganz im Gegensatz zu Castro, kein kommunistischer Diktator ist; auch ist er den Vereinigten Staaten gegenüber keineswegs fanatisch feindlich eingestellt. Abgesehen von einem einzigen, immer noch nicht aufgeklärten Zwischenfall Anfang der achtziger Jahre – eine Schießerei in der ein Gegner Gadaffis verwundet wurde –, hat Libyen keine Vorgeschichte von dokumentiertem oder auch nur vermutetem Terrorismus, die in den Vereinigten Staaten bekannt wäre, wird von Seiten des FBI bestätigt.

Aber obwohl er niemals die wiederholten Versuche der Reagan-Regierung, ihn zu »erledigen«, mit gleicher Münze heimzahlte, bleibt dieser Libyer weiterhin eine geheimnisvolle Persönlichkeit für die meisten Amerikaner und Europäer.

Als Reaktion auf ein entsprechendes Ersuchen und auf einige Schlüsselfragen, die wir ihm vorlegten, hat Gadaffi das folgende exklusive Interview gegeben. Die Fragen wurden von Ibrahim Nafie, unserem Nahost-Redakteur, in arabischer Sprache an den libyschen Führer gerichtet. Die Fragen von CODE sind in Fettdruck, die Antworten in Normaldruck.

Oberst Gadaffi, begünstigen oder fördern Sie als Staatsmann den internationalen Terrorismus?

Gadaffi: Es ist für die westliche Öffentlichkeit wichtig, zu wissen, daß ich den Terrorismus hasse und verabscheue. Sicherlich, unsere Feinde haben uns mit derartigen Anschuldigungen verleumdet, und es ist ihnen gelungen, unser Image zu besudeln. Aber die meisten Stories über unsere Verbindungen zum Terrorismus sind erfunden.

Gibt es irgendwelche Beweise, um Ihre gegenteilige Behauptung zu untermauern?

Gadaffi: Es gibt sehr viele Beweise, um uns von derartigen Anklagen zu entlasten. Erinnern Sie sich daran – um nur ein Beispiel zu nennen –, daß Libyen seinerzeit beschuldigt wurde, eine »Schlägermannschaft« losgeschickt zu haben, um Präsident Ronald Reagan zu ermorden? Dieses Märchen wurde weithin verbreitet. Es gab Berichte darüber, daß Reagan seine Limousine von einer Seite besteigen und an der anderen Seite wieder aussteigen mußte, um der Schlägermannschaft zu entkommen, die ausgeschickt worden sein soll, um ihn zu töten.

Politik auf Grund von Phantasien

Wo ist diese Schlägermannschaft jetzt? Anscheinend wurden Reagan viele Lügen darüber erzählt, und er griff schließlich auf Phantasien wie diese zurück.

Britische Diplomaten bei den Vereinten Nationen zitieren Ihre angebliche Unterstützung für die IRA (Irish Republican Army), um sie mit dem internationalen Terrorismus in Verbindung zu bringen. Was sind die Fakten?

Gadaffi: Es gab eine ziemliche Verwirrung darüber. Hier sind die Fakten. Für mich ist die Frage Nordirland eine gerechte Sache, die politisch gelöst werden muß. Ich bin ein Rebell gegen Ungerechtigkeit und Verfolgung, wo immer dies geschieht. Ich bin für

Freiheitskämpfer. Aber ein Terrorist zu sein, diese Unterstellung kann ich nicht dulden.

Wir hatten eine Beziehung zu der IRA: Wir sahen sie als nationale Befreiungsbewegung. Wir unterstützten die IRA mit Waffen und finanzierten sie. Das ist eine Wahrheit, und ich halte nicht hinter dem Berge damit.

Aber jetzt sind unsere Beziehungen zur IRA beendet. Der Grund: Unsere Gegnerschaft zum Terrorismus. Die IRA ist in Operationen verwickelt, die für uns nicht annehmbar sind. Sie führten eine Explosion durch vor dem Hotel, wo der ehemalige Premierminister Margaret Thatcher abgestiegen war. Dies war gerade nachdem Mrs. Thatcher uns angegriffen hatte; aber wir können einen terroristischen Gegenangriff nicht dulden. Unsere Beziehungen zur IRA gehören der Vergangenheit an.

Was ist mit Ihrer berichteten Unterstützung für die islamische Befreiungsbewegung Moro auf den Philippinen? Es gibt zwar keine Neuigkeiten darüber, aber bei den Vereinten Nationen zitieren amerikanische und britische Diplomaten diese als einen Hauptgrund der Reibereien mit Libyen.

Gadaffi: Die Befreiungsbewegung Moro wird von der Islamischen Konferenz und von allen moslemischen Staaten anerkannt. Als wir der Meinung waren, daß sie kämpfen mußte, lieferten wir ihr Waffen. Ich bestreite das nicht. Aber jetzt haben die sogenannte Vereinbarung von Tripolis – ausgehandelt von Mrs. Imelda Marcos, Frau des verstorbenen Präsidenten Marcos – und wir sehen keine weitere Notwendigkeit für bewaffnete Aktionen.

Statt Propaganda sind Fakten notwendig

Dies alles bringt uns zur Hauptfrage: Ihre Konfrontation mit der Bush-Regierung – unterstützt von Britannien und Frankreich – über den Bombenanschlag auf die Pan-Am-Maschine 103 über Lockerbie im Jahre 1988, und die spätere Explosion eines französischen Airliners über Afrika.

Gadaffi: Lassen Sie mich zunächst einmal versichern, daß wir eine solche Tat auf meiner eigenen politischen Ebene weder geplant noch durchgeführt haben.

Die Wahrheit ist, daß wir über dieses Ereignis überhaupt nichts wissen. Wir haben die Vereinigten Staaten ebenso wie die Briten und die Franzosen aufgefordert, uns die verfügbaren Beweise für diesen tragischen Zwischenfall zu liefern.

Wir brauchen die Fakten, um ermitteln zu können, und gegebenenfalls jeden bei uns, der vielleicht darin verwickelt war, anzuklagen und strafrechtlich zu verfolgen. Aber die drei genannten Regierungen haben dies bislang nicht getan. Dies rief in mir den Argwohn hervor, daß Ermittlungen hier nicht die Frage sind. Ich habe den Verdacht, daß man die ganze Sache ausgebrütet hat, um Libyen in die Schußlinie zu bringen und darum erklärt hat, daß Libyen es getan habe.

Aber würden Sie mit einer internationalen Untersuchung kooperieren und deren Ergebnisse akzeptieren?

Gadaffi: Absolut. Wir sind sicher, daß wir unschuldig sind. Mag irgendein Ausschuß hierherkommen und Untersuchungen anstellen. Wir akzeptieren die Schlußfolgerungen jedes namhaften Ausschusses.

Wären Sie bereit, sich mit Präsident Bush oder Außenminister James Baker an einen Tisch zu setzen, um den Streitfall zu regeln?

Gadaffi: Ja. Es gab eine echte Animosität zwischen Reagan und mir. Aber Präsident Hosni Mubarek von Ägypten und König Hassan II. von Marokko sagten mir, Bush sei ganz anders.

Meine eigene Einschätzung ist die gleiche. Ich glaube Bush ist ein gelehrter Mann. Er ist ein erfahrener Staatsmann und berechnender Politiker. Ich denke über Außenminister Baker, trotz der jetzigen Differenzen zwischen uns, wie über eine gerechte Person. Er ist derzeit unser Gegner, aber er ist für seinen Posten hochqualifiziert.

Eines Tages, wenn wir mit diesen amerikanischen Führungspersönlichkeiten zusammentreffen, werden wir, glaube ich, zu einer Verständigung kommen. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE Redaktion: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7.50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 78.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: SPS-Verlagsservice GmbH, Karl-Mand-Straße 2, D-5400 Koblenz, Telefon (02 61), 80 70 60, Fax (02 61) 8 07 06 54.
Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 24. Juni 1992 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Libyen

Die Schlagkraft der Neuen Weltordnung

Lawrence Wilmot

Die Sanktionen der Vereinten Nationen gegen Libyen, weil das Land sich weigert, die beiden in Zusammenhang mit dem Absturz der Pan-Am-Maschine 103 verdächtigten Personen auszuliefern, verleiht den Erlassen der globalen Regierung in Präsident George Bushs Neuer Weltordnung Vollzugskraft.

Dem heftigen Druck der Bush-Regierung nachgebend, stimmte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 31. März ab, Libyens Luft- und Verteidigungsverbindungen zur Außenwelt abzuschneiden, ungeachtet dessen, daß dieser Schritt eindeutig ungesetzlich und ein weiterer Schritt zur Institution von Bushs Neuer Weltordnung war.

Wer klagt die USA künftig an?

Die Klagen gegen Libyen wurden von Josh Friedman, dem Leiter des UNO-Büros des »New York Newsday« als »Rauch und Spiegel« bezeichnet. Er bezog sich dabei auf die Behauptungen, die den starken Mann Libyens, Oberst Muhammar el-Gadaffi mit der Explosion an Bord der Pan-Am 103, die diese im Dezember 1988 über Lockerbie, Schottland, zum Absturz brachte, wobei 270 Menschen zu Tode kamen, in Zusammenhang bringen.
Libyen, das verdächtigt wird, sagt, die Behauptung, seine Geheimdienstagenten hätten den Absturz des Flugzeuges und einen ähnlichen Zwischenfall, in den ein französischer Airliner über Afrika verwickelt war, inszeniert, sei eine »Fabrikation«, wie Gadaffi sich in einem Exklusiv-Interview mit CODE ausdrückte.

Muhammar el-Gadaffi, Libyens Führer: »Ich bin kein Terrorist!«

Dennis L. Cuddy, ein Politologe und kein Feind des Internationalismus, meint, der schwierigste Gesichtspunkt der Sanktionen gegen Libyen sei die Frage der Gerichtsbarkeit. »Die wesentliche Frage ist, in welchem Ausmaß wollen wir diese Art von überstaatlicher Autorität in Weltinstitutionen investieren. Ich weiß, es klingt wunderbar, diese Art von internationaler Kontrolle über bösartige Führer zu haben, aber wir müssen die stillschweigenden Auswirkungen durchdenken.«

Was ist zum Beispiel, wenn Gadaffi das Weltgericht angerufen hätte, um die Vereinigten Staaten für deren Einmarsch in Panama und die Festnahme des starken Mannes Manuel Noriega strafrechtlich verfolgen zu lassen?

Auch George Bush könnte angeklagt werden

»Es besteht keine Frage, daß wir darauf bestehen würden, daß unser Fall anders liegt«, sagte Cuddy. »Aber wie anders ist er? Wir würden sagen, Noriega habe gegen amerikanische Gesetze verstoßen, indem er illegal mit Drogen handelte, die für unsere Küsten bestimmt waren, und Gadaffi würde in seiner gegenbeweislichen Zeugenaussage behaupten, Kuwait habe gegen irakische Gesetze verstoßen, indem es von der irakischen Seite von Ölfeldern längs der irakisch-kuwaitischen Grenze Öl abzapfte.«

»Wir würden darauf hinweisen, daß der starke Mann Panamas die Ergebnisse der jüngsten demokratischen Wahlen zum Fenster hinauswarf, und unsere Prozeßgegner vor dem Weltgericht würden sagen: ›Hat der Emir von Kuwait nicht dessen Parlament aufgelöst?‹«

Cuddy äußert weiter, zu Bushs Neuer Weltordnung gehöre Unterwerfung unter die Vereinten Nationen, und daß dies Rückwirkungen auf jedes Land einschließlich den USA haben könnte. Der Begriff »Neue Weltordnung« hat Geschichte.

Cuddy: »Es war der Titel eines Buchs von 1940 von H. G. Wells, und es beschrieb genau den Gedanken der Weltregierung. 1969 brachte der Kongreßabgeordnete George Bush eine Resolution ein, die unser atlantisches Bündnis in eine ›föderale Union‹ im Rahmen der Vereinten Nationen verwandelt hätte.

Die UNO kommt bislang einer Weltregierung am nächsten, und schauen Sie sie sich an: Zweidrittel der Zeit stimmt die Mehrheit der UNO gegen die Vereinigten Staaten ab. Je mehr wir die Autorität dieser internationalen Organisation anheben, desto stärker begrenzen wir Amerikas Autorität, international im eigenen Interesse zu handeln.«

Mit anderen Worten, George Bush könnte nach dem hier vorliegenden Präzedenzfall vor dem Weltgericht angeklagt werden, und die Vereinigten Staaten könnten das Opfer eines internationalen Boykotts werden.

Eine illegale Entscheidung

Außerhalb dieser Belange ist die Entscheidung des Sicherheitsrats, Libyen Sanktionen aufzuerlegen, »eindeutig illegal«, sagt Dr. Francis A. Boyle, Professor für Völkerrecht an der Universität von Illinois und führende Autorität bei internationalen Streitfällen.

»Um eine solche Resolution zu verabschieden, muß der Sicherheitsrat neun Ja-Stimmen von seinen 15 Mitgliedsstaaten bekommen. Zehn Delegierte stimmten der Resolution 731 zu, fünf enthielten sich der Stimme.

Aber drei der Stimmen sind ungültig. Das bedeutet, die Resolution ist fehlgeschlagen.

In der Charter der Vereinten Nationen wird präzise erklärt, daß ›eine streitende Partei sich der Stimme enthalten muß‹.«

Aber Frankreich, Britannien und die Vereinigten Staaten stimmten trotzdem ab, obwohl sie als Parteien in den Streitfall verwickelt waren.

Die Neue Weltordnung »scheint nur zu bedeuten, daß ›Macht Recht ist‹«, kommentierte Boyle. »Wie lange wird es dauern, bis der Sicherheitsrat für die übrige Welt den gleichen Grundsatz der Realpolitik gelten läßt.«

Die größte Besorgnis für Amerikaner besteht jedoch darin, daß jetzt eine Maschinerie vorhanden ist, die der Autorität der Weltregierung Gesetzesvollzugskraft verleiht, jede staatliche Souveränität außer Kraft setzt und rangmäßig vorgeht und somit für die Verfassungen und Lebensarten der Staaten der Welt eine finstere Bedrohung darstellt. □

Rotchina

Furchtbare Bedrohung für die Welt

Mike Blair

Sogar jetzt, wo einige bei dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Konflikts unter den Supermächten, »das Ende der Geschichte« erklären, spielt der amerikanische Präsident George Bush bei Rotchinas Gebot mit, den Status des »üblen Imperiums« zu erlangen.

Während die Aufmerksamkeit der Welt auf den Zusammenbruch der mächtigen Sowjetunion gerichtet ist, die US-Präsident Ronald Reagan einst als ein »übles Imperium« bezeichnete, fällt nur sehr wenigen Beobachtern das Hervortreten des »üblen Imperiums der neunziger Jahre«, der sogenannten Volksrepublik China, auf.

Der Aufbau des rotchinesischen Militärs

Rotchina, das die größte Militärstreitmacht der Erde unterhält, bringt die Technologie seiner bewaffneten Streitkräfte mit Volldampf auf den neuesten Stand und hat im laufenden Jahr seine Ausgaben für die Verteidigung um 13 Prozent erhöht.

Eine angespannte Wirtschaft und eine Bevölkerung, die vor dem Hungertod steht, haben größere Beschneidungen bei den einst gewaltigen bewaffneten Streitkräften der Sowjetunion erzwungen und unter den einzelnen Republiken Streitigkeiten darüber hervorgerufen, wer Anspruch auf den Rest der Roten Armee hat.

Indessen richten sich die Blicke der Welt auf die Vereinigten Staaten als einzige Supermacht, aber die Militärmacht der USA wird bis auf die Knochen zerhackt.

In den Vereinigten Staaten wird der Aufbau des rotchinesischen Militärs kaum beachtet. Präsident George Bush unterhält ein Liebesverhältnis zu den Rotchinesen, was niemand, außer denen, die um die Investitionen der Familie Bush in diesem Land Bescheid wissen, wirklich versteht.

Tatsache ist nichtsdestoweniger, daß die meisten gut unterrichteten Militärexperten Rotchina aufmerksam beobachten und feststellen, daß es bald als »die andere Supermacht« der Erde an die Stelle der Sowjetunion treten wird.

Wie die ehemalige Sowjetunion ist auch Rotchina eine Supermacht, die ihre militärische Macht durch Aufkaufen und Stehlen jeglicher Waffen und Technologie, die sie benötigt, von den Vereinigten Staaten und anderen hochindustrialisierten Ländern des Westens erhält. Sie baut Kriegsgerät mit einer Geschwindigkeit, die nur Sklavenarbeiter schaffen.

Die Bush-Regierung hat vom Kongreß die Genehmigung bekommen, den Rotchinesen für ein weiteres Jahr den Status der meistbegünstigten Nation (MFN) einzuräumen, unter Verstoß gegen amerikanische Gesetze.

Unter dem Jackson-Vanik Act kann der MFN-Status nur solchen Ländern eingeräumt werden, die eine freie Auswanderung ihrer Bürger zulassen. Rotchina hat keine derartige Politik der freien Auswanderung und hält seine Bürger praktisch hinter dem Bambus-Vorhang gefangen.

Moderne Computer-Technologie für Peking

Die Bush-Regierung kehrt auch der Verwendung von Sklavenarbeitern zur Herstellung von Exporten durch die Rotchinesen, die zum derzeitigen Handelsungleichgewicht für das amerikanische Volk von 13 Milliarden Dollar geführt hat, geflissentlich den Rücken, ganz zu schweigen von dem Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen in Amerika. Es ist auch ein Verstoß gegen amerikanische Gesetze, die Einfuhr von Waren, die von Sklavenarbeitern hergestellt wurden, zuzulassen. Heute verkaufen die Vereinigten Staaten Computer-Technologie auf dem neuesten Stand der Technik an die Rotchinesen, was diese in die Lage versetzt, ihre zahlreichen Raketenprogramme voranzutreiben, darunter interkontinentale ballistische Raketen, die in der Lage sind, jedes Ziel auf dem amerikanischen Kontinent zu treffen.

Die Bush-Regierung, der Kongreß und das US-Verteidigungsministerium lassen die Tatsache völlig außer Acht, daß Rotchinas derzeitiges Militärbudget, mit der Erhöhung von 13 Prozent im laufenden Jahr, um 50 Prozent höher liegt als im Jahre 1989. Und diese gewaltige Erhöhung kommt zu einer Zeit, in der Chinas furchterregender Nachbar und einzige mögliche Bedrohung für seine regionale Sicherheit, die Sowjetunion, sich in sich selbst zurückgezogen hat.



Rotchina

Furchtbare Bedrohung für die Welt

Rotchina unterhält eine stehende Armee von 3,1 Millionen Mann, plus eine unbekannte Anzahl von Reservisten. Ein Großteil der neuen westlichen Finanzierung wird für den Erwerb von hochtechnischem Kriegsgerät und für den Erwerb von Ausrüstungen zur Erweiterung der Macht auf den Meeren verwendet.

Das FBI warnt vor rotchinesischer Spionage

Es erfolgt zu dem Zeitpunkt der Schwäche anderswo. Die Russen haben sich praktisch aus den Gewässern Südostasiens zurückgezogen und die USA haben die Einrichtungen auf dem ehemaligen amerikanischen Militärstützpunkt *Camh Ranh Bay im früheren* Südvietnam geschlossen. Gleichzeitig geben die Vereinigten Staaten ihren riesigen Marinestützpunkt Subic Bay auf den Philippinen auf und kürzen ihre Marinestreitkräfte drastisch.

Die Technologie, die die Rotchinesen nicht von den Vereinigten Staaten bekommen können, auf dem Wege der gelockerten Handelsbeschränkungen, die ihnen die Bush-Regierung gewährt, versuchen sie ganz einfach zu stehlen.

Das FBI hat davor gewarnt, daß Geheimdienste des kommunistischen Chinas, die von ihrer Botschaft und von Konsulaten in den Vereinigten Staaten aus operieren, Chinesisch-Amerikaner als Spione anwerben.

Laut Patrick Watson, stellvertretender assistierender Direktor des FBI für das Nachrichtenwesen, untersucht das FBI derzeit hunderte von Fällen des Verdachts auf Spionage durch das kommunistische China, dessen Spionage, sagt er, »der der Sowjetunion in deren Blütezeit gleichkommt«.

Die meisten Agenten, sagte Watson, spionieren amerikanische militärische und Geheimdienststellen aus und wurden in die wachsende Gemeinde der chinesischen Studenten, Geschäftsleute und Akademiker in den Vereinigten Staaten eingeschleust.

Gleichzeitig versucht Peking, Wissenschaftler aus der ehemaligen Sowjetunion anzuheuern und Technologie von dort einzuführen. Es verhandelt zur Zeit über Kooperationsvereinbarungen mit Rußland, Ukraine, Belarus, Usbekistan und Kasakstan, alles ehemalige Sowjetrepubliken, aber jetzt unabhängige Staaten.

Das Szenario des schlimmsten Falles betrifft jedoch Amerikas »Lieblings-Verbündeter« im Nahen Osten, Israel, das dabei erwischt wurde, als Waffen und Technologie, die es von den Vereinigten Staaten erwarb oder von amerikanischen Rüstungsfabrikanten konfiszierte, an Rotchina verkauft wurden.

Spionage-Netzwerk in den USA

Israel, das sein eigenes Spionagenetz in den Vereinigten Staaten betreibt, ist heute Rotchinas Hauptquelle für importierte Waffen. Das amerikanische Verteidigungsministerium untersuchte kürzlich Berichte, wonach Israel eine amerikanische Patriot-Rakete oder die Raketentechnologie, die es erwarb als ihm zum Schutz gegen irakische Scud-Raketen während des Kriegs am Persischen Golf zwei Patriot-Batterien geliefert wurden, an Rotchina verkauft habe.

Außerdem verkauft Israel, wie berichtet wird, seine Luft-Boden-Rakete STAR, die kostbare hohe Technologie enthält, die von den USA am ersten Tage des Krieges benutzt wurde, an Rotchina.

Weiterhin hat Israel seine Luft-Luft-Rakete Python 3, die eine Anpassung an die amerikanische AIM-9L Sidewinder darstellt, an Rotchina verkauft.

Moderne Artilleriegeschützrohre, die in den Vereinigten Staaten für äußerste Genauigkeit, größe Reichweite und lange Lebensdauer entworfen wurden, fanden ihren Weg in Rotchinas Arsenale. Die Technologie wurde durch israelische Spione von den Vereinigten Staaten entwendet. □

Naher Osten

Der Tanz mit den Wölfen

Victor Marchetti

Trotz der Möglichkeit des Friedens im Nahen Osten strebt Israel weiterhin nach verstärkter amerikanischer Militärhilfe. Es rechtfertigt seine ständigen Forderungen nach mehr und besseren Waffen damit, daß es eine »qualitative Überlegenheit« über solche potentiellen Feinde wie Syrien und Irak bewahren müsse, und mit der wachsenden Bedrohung durch den islamischen Fundamentalismus. Und doch besitzt der Judenstaat ein riesiges Atomwaffenarsenal, das ausreicht, um jede regionale militärische Bedrohung abzuschrecken.

Was jedoch noch unverständlicher ist, ist die Art und Weise in der Israel jedesmal Zeter und Mordio schreit, wenn nicht feindliche Nachbarn – vor allem Saudi-Arabien – versuchen, amerikanische Waffen zu kaufen, um sich gegen genau die gleichen re*gionalen Bedrohungen zu vertei*digen. Dies ungeachtet der Bemühungen der Saudis, die israelischen Befürchtungen dadurch zu beschwichtigen, daß sie das Verständnis von mindestens einigen Elementen der zionistischen Lobby in Amerika für sich zu gewinnen versuchen.

Auf der Suche nach einer neuen Identität

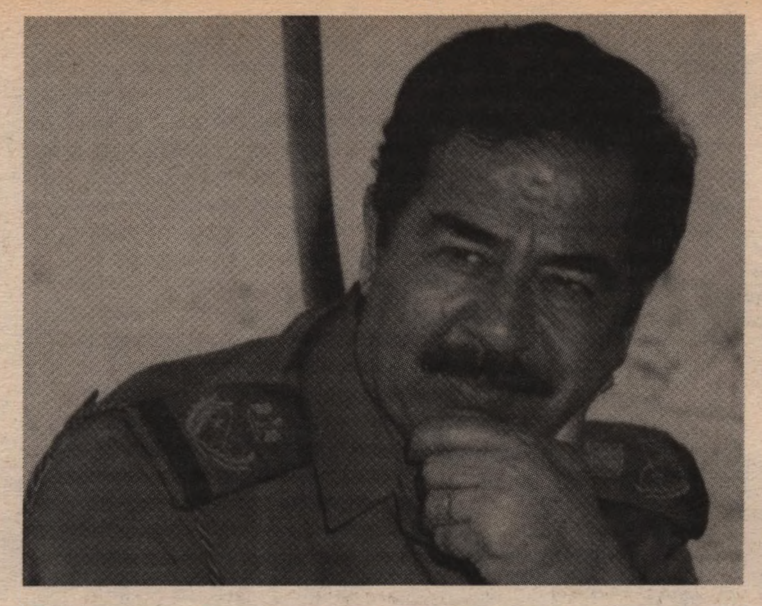
In der Vergangenheit war die israelische Interessensgruppe sehr erfolgreich, gewaltige amerikanische militärische Unterstützung zu bekommen, indem sie die Theorie förderte, daß Israel als Bollwerk gegen sowjetische expansionistische Schritte im Nahen Osten gedient habe. Gleichzeitig gelang es der Lobby häufig, amerikanische Waffenverkäufe an freundliche arabische Golfstaaten zu verhindern, indem sie behaupteten, solches Waffengerät stelle eine potentielle Bedrohung für Israels nationale Sicherheit dar. Beide Argumente waren natürlich offenkundig falsch.
Nichtsdestoweniger gelang es der Lobby, einen beträchtlichen Teil der konservativen Bewegung der USA zu kooptieren und dadurch die Stoßkraft der israelfreundlichen Kuppeleien in den USA weitgehend auf Republikaner in der Reagan-Regierung und im Kongreß, die sich mit Verteidigungsfragen befassen, zu konzentrieren.

Das Jewish Institute for National Security Affairs (JINSA) und das American Israel Public Affairs Committe (AIPAC), die auf ver*schiedenen, aber sich gegenseitig* ergänzenden Ebenen arbeiten, waren maßgebend an dieser Bemühung beteiligt. Im Verlauf der Entwicklung hob AIPAC seinen eigenen Think Tank (Beraterstab), das Washingtoner Institute for Near East Policy, geleitet von einem australischen Zionisten, Martin Indyk, des ehemaligen Forschungsleiters der Organisation, aus der Taufe. Indyk hat interessanterweise die weitergehende Diskussion über die zukünftige Rolle der USA im Nahen Osten und speziell der amerikanisch-israelischen Beziehungen in eine neue Richtung gedrängt.

Indyk konnte seine Ansichten erfolgreich verbreiten, indem er Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten direkte Overtüren machte, weitgehend mittels Rat und Tat des saudischen Botschafters in den USA, Prinz Bandar. Er besuchte Saudi-Arabien im vergangenen Jahr mit einer Delegation gleichgesinnter zionistischer Aktivisten und Journalisten und leitete kürzlich eine ähnliche Reise für eine Gruppe zionistischer Führer in die Wege, ein historisches Ereignis, das in den Medien so gut wie totgeschwiegen wurde.

Ein Hinweis auf das hohe Ansehen, das Indyk jetzt genießt, war

seine Anwesenheit bei den Feierlichkeiten zum National Day in der saudischen Botschaft in Washington Anfang dieses Jahres. Wenn er nicht der einzige Jude war, der daran teilnahm, dann war er zumindest der einzige bekannte Vertreter des Zionismus. Indyks Strategie für die Zukunft ist in einem kürzlich im »National Interest«, ein führendes Blatt der neokonservativen Bewegung, das von Irving Kristol herausgegeben wird, erschienenen Artikel dargelegt. Da das strategische Argument durch den Zusammenbruch der Sowjetunion zu einem toten Buchstaben wurde, und die von Shamir geführte Eretz Yisrael (Großisrael)-Gruppe sich mit ihrem Vorstoß die überaus wichtige Unterstützung der amerikanisch-jüdischen Gemeinde zu verscherzen und den Zorn der Busch-Regierung auf sich zu ziehen droht, schlägt Indyk einen Mittelweg vor.



Saddam Hussein wird in die Geschichte eingehen, als ein Mann, der es gewagt hat, der ganzen feindlichen westlichen Welt zu trozten.

Die Rolle Washingtons

Indyk schreibt, daß die jüngsten Ereignisse »nicht nur die USA als alleinige Supermacht gesalbt, sondern sie auch zur einzigen dominierenden Macht im Nahen Osten und Hüter des Gleichgewichts der Kräfte in dieser Region gemacht habe. Washington hat daher eine Wahl zu treffen. Es kann auf einen unbegrenzten Fortbestand des Gleichgewichts der Macht in der Region hoffen, um seine Interessen zu wahren. Oder es kann seinen neugewonnenen Einfluß geltend machen, um die regionalen Sicherheitsvereinbarungen umzustrukturieren und eine neue Ordnung zu schaffen, beruhend auf der Abschrekkung des Radikalismus, aber mit der zusätzlichen, ehrgeizigen Tagesordnung einer Regelung des arabisch-israelischen Konflikts, der Beschränkung des nahöstlichen Wettrüstens und der Förderung einer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der arabischen Welt.«

Aber klingt das nicht so, wie der vom Frieden-Jetzt-Lager unterbreitete Plan – eine Land-für-Frieden-Einigung mit den Palästinensern und Einrichtung einer internationalen Behörde zur Regulierung des Waffenstroms in die Region? Nun, dies ist nicht unbedingt das, was Indyk im Schilde führt.

Erstens, werden die Palästinenser, beinahe unglaublich, nur ein einziges Mal erwähnt und dann auch nur oberflächlich: »Eine Lösung des arabisch-israelischen Konflikts ist auch von wesentlicher Bedeutung ... sollte jedoch in der amerikanischen Politik nicht den Vorrang über diese anderen Fragen haben, aus der falschen Auffassung heraus, daß eine Lösung des Palästinenser-Problems allein schon die Unstabilität in der Region beseitigen wird.«

Indyk spricht stattdessen von einer weitreichenden Einigung, bei der die USA zwischen gegnerischen arabischen Staaten und Israel vermitteln sollen, eine Einigung, bei der die USA »eine Umstrukturierung der nahöstlichen Ordnung« durch ein verwirrendes »Gleichgewicht-der-Kräfte«-Spiel herbeiführen sollen.

Der Irak muß schwach bleiben

Die USA, schreibt Indyk, müssen aktiv engagiert werden, den Irak schwach zu halten und gleichzeitig ein »wachsames Auge« auf den Iran zu richten. Der syrische Führer Hafez-al Assad, unser einstiger Verbündeter im Golfkrieg, muß »in Schach gehalten« anstatt kultiviert werden, damit er nicht »seine Macht über Libanon, Jordanien und die Palästinenser ausbaut und einen Keil zwischen die USA und Israel treibt«, so daß das »arabisch-israelische Gleichgewicht der Macht destabilisiert wird«.

Was Indyks neuentdeckte arabische Freunde am Golf betrifft, so sollten sie ganz einfach von den USA dazu aufgemuntert werden, »größere politische Beteiligung« in ihren jeweiligen Regierungen zuzulassen und mehr Aufmerksamkeit darauf zu richten, »die grundlegenden Bedürfnisse ihrer Wähler« zu stillen, ein Patzer, der absolut nichtssagend ist.

Eine Frage, die Indyk überhaupt nicht anspricht ist, welche Rolle Israel in dieser neuen nahöstlichen Ordnung spielen wird, außer wieder einmal als Bollwerk pro-westlicher Sympathie und westlicher Werte in einem Meer der radikalen arabischen Feindschaft gegenüber dem Westen zu dienen.

Auf jeden Fall haben die USA keine andere Wahl, als dauernd auf der Seite Israels zu sein, da die »USA dazu verpflichtet sind«, das regionale Gleichgewicht der Kräfte »zu Gunsten Israels« zu bewahren, behauptet Indyk ohne weitere Begründung. Er räumt gnädig ein, daß dies »wegen Israels geringer Größe und begrenzten Ressourcen ein von Natur aus schwieriges Unterfangen ist ... Aber nur so kann Israel hoffen seine Nachbarn davon zu überzeugen, daß es, da es nicht zerstört werden kann, akzeptiert werden muß«.

Die Beibehaltung dieses Gleichgewichts der Kräfte, das nach Indyks Definition überhaupt kein Gleichgewicht, sondern ein bewußtes Ungleichgewicht ist, erfordert »die verhaltene Aufmerksamkeit Washingtons«. Aber das braucht die Bank nicht zu sprengen, da »es möglich ist, Europa und Japan dazu zu überreden, die Rechnung zu begleichen, da sie von einer neuen nahöstlichen Ordnung sehr profitieren werden«.

Europa und Japan sollen zahlen

Der von Indyk propagierte Vorstoß ist die neueste Mutation des mausetoten strategischen Arguments, für das dessen führende Befürworter, die Neokonservativen der USA, unter den sich schnell verändernden weltweiten Umständen keinen Ersatz zu finden wußten. Dies führte zur Metamorphose in ein kompliziertes Szenario des Gleichgewichts der Kräfte, unter Verwendung des Begriffes europäische Realpolitik als Musterbeispiel. Dadurch soll die israelische Überlegenheit bewahrt werden, was zufälligerweise auch dazu dient, durch Unterdrückung des radikalen islamischen Fundamentalismus und arabischen Nationalismus, amerikanische und westliche Interessen zu fördern, behauptet Indyk.

Nach diesem Szenario gewinnt jeder, auf den es ankommt. Westliche Interessen werden bewahrt, die Israelis können ihren Würgegriff auf die besetzten Gebiete festigen, und die Golfstaaten können weiterhin ihren enormen Wohlstand und ihre Privilegien genießen. Die großen Verlierer sind die Palästinenser, die dazu bestimmt zu sein scheinen, sich immer wieder quixotisch gegen diese gemeinsamen Kräfte aufzustellen. □



Neue israelisch-britische Allianz

Israelische und britische Beamte arbeiten zur Zeit Pläne für eine geheime Allianz aus, die darauf abzielen, wirtschaftliche und politische Vorteile über die USA in Weltangelegenheiten zu erzielen, verlautet aus israelischen Geheimdienstkreisen. Der Plan ruft dazu auf, Südafrika, China und Japan als Partner zu umwerben. Zur Zeit finden israelisch-britische Gespräche über die verdeckte Allianz weitgehend innerhalb von Geheimdienstkreisen in Israel statt.

An höchster Stelle in den Gedankengängen der Planer steht die Entwicklung enger Beziehungen zu China und Japan. Zu diesem Zweck traf Zhu Qizhen, der chinesische Botschafter in den USA, in der Hauptgeschäftsstelle des B'nai B'rith mit amerikanisch-jüdischen Führern zusammen, um die neuen israelisch-chinesischen diplomatischen Beziehungen zu erläutern – und die Beunruhigung jüdischer Liberaler um Chinas schlechten Ruf in Sachen Menschenrechte zu beschwichtigen. Indessen befaßt Israel sich mit Plänen, Chinas Raketen- und Flugzeugindustrie – seit langem ein einträchtiges Geschäft der israelischen Rüstungsindustrie – zu fördern.

Man bemüht sich um Verbindungen zu Japanern, die sich an der Finanzierung dieser Projekte beteiligen sollen. Gleichzeitig versuchen die Briten über ihre Vermögenswerte in Hongkong, mit japanischen Finanzquellen zu vereinbaren, verschiedene britisch-israelische finanzielle Gemeinschaftsunternehmen im Nahen Osten abzusichern.

Südafrika bleibt weiterhin Hauptbrennpunkt israelischer Aufmerksamkeit und Expansionismus. Die langjährige militärisch-nukleare Beziehung zwischen den beiden Ländern, die für Israel sehr einträglich war, wird erweitert. Außerdem ermutigt Israel seine Bürger – sowohl sabra (im Lande geborene) als auch neuangekommene Sowjets – weiterhin dazu, nach Südafrika auszuwandern.

Israelis mit technischen und professionellen Fähigkeiten wandern schon seit Jahren in aller Stille nach Südafrika aus. Ihnen schließen sich derzeit in wachsender Zahl ehemalige sowjetische Juden an. Teilweise um die Kosten zu verringern und den Druck der Masseneinwanderung zu lindern, jetzt, wo die massiven Anleihegarantien aus den USA in Frage gestellt worden sind. Die südafrikanische Regierung, die in den letzten Jahren Milliarden von Dollar an die israelische Wirtschaft beigesteuert hat, sieht den Mini-Exodus von Juden als Gegengewicht zur Bedrohung durch die Macht der Schwarzen an.

In der islamischen Welt arbeiten israelische und britische Geheimdienste zusammen, um eine Vielfalt von destabilisierenden Situationen herbeizuführen. Der Jemen wird als Vehikel zur Aufheizung von Grenzstreitigkeiten mit Saudi-Arabien mißbraucht. Im Sudan werden gemeinsame israelisch-britische Anstrengungen unternommen, um die islamische fundamentalistische Bewegung als Werkzeug zur Herbeiführung weiterer Unruhen in der Region zu benutzen und den saudischen Einfluß zu verringern.

In die gleiche Richtung zielend, streut der israelische Geheimdienst das Gerücht aus, daß der saudische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Prinz Bandar, kürzlich nach Israel gereist sei, um sich dort heimlich mit dem am rechten Flügel des politischen Spektrums angesiedelten Wohnungsbauminister Ariel Sharon zu treffen. Der vorgebliche Zweck der Zusammenkunft bestehe darin, über die palästinensischen Gebiete ein »Abkommen zu treffen«. In Kreisen der amerikanischen Geheimdienste wird das Gerücht als israelische Desinformation verworfen, die nur darauf abziele, innerhalb der saudischen Königsfamilie Zwistigkeiten zu säen.

Indessen, so verlautet aus israelischen Geheimdienstkreisen, gibt es eine gemeinsame Operation mit den Briten, um die irakische Situation zu »bereinigen«. Die Israelis bilden angeblich kurdische Widerstandskräfte im Irak aus, und schleusen gleichzeitig geheime Mannschaften zur Sabotage und zu Attentaten ein – wobei das Hauptziel Saddam Hussein ist. Ihrerseits kultivieren die Briten, wie berichtet wird, zwei führende irakische Oppositionsfiguren, die Hussein ersetzen sollen.

Der CIA, verlautet aus israelischen Kreisen, sei über die gegen den Irak gerichteten Operationen »nicht im Bilde«.

Die politische Lage in Israel sei nicht so verwirrt, wie die Nachrichtenmedien berichten, behaupten diese Kreise. Ministerpräsident Yitzhak Shamir habe die Dinge weiterhin fest im Griff. Es wurde richtig vorausgesagt, daß Außenminister Levy als zweiter Mann des Likud-Blocks und Sharon als Nummer Drei in Erscheinung treten werde. Sharon wird in Privatgesprächen »Minister der Expansion« genannt. Ihm wurde kürzlich die Aufgabe übertragen, mehr »farbige« Juden – aus Indien – nach Israel zu locken. Diese Einwanderer, zusammen mit den Falashas (Äthiopier) sollen längs der jordanischen Grenze zum Westufer als erste Verteidigungslinie oder Stolperdraht angesiedelt werden – fast in der gleichen Weise wie die Marokkaner und andere Juden aus arabischen Ländern in den fünfziger Jahren benutzt wurden.

Die wirkliche Nummer Zwei im Likud bleibt der Verteidigungsminister Moshe Arens, Shamirs engster Verbündeter und Thronfolger. Unter anderen Verantwortlichkeiten leitet Sharon die neuen Verhandlungen mit China und Japan. Ihm ist auch die Überwachung des Erwerbs von Technologie aus den USA übertragen worden. Dies bezieht sich sowohl auf das, was Israel legal über das Militärhilfeprogramm wie auf das, was es illegal durch Spionage erwirbt. □

Bush, Baker und die Lobby

Endlich bekommt die pro-israelische Lobby die Meinung gesagt. Das hat zwar lange gedauert, aber die Eiferer neigen dazu, langsame Lerner zu sein. Eigentlich ist religiöse Eiferer ein besserer Ausdruck, und der richtige, um die Menschen zu bezeichnen, die so von Israel besessen sind, daß sie ihre Loyalität zum Judenstaat über die zu Amerika stellen. Und dann jammern sie darüber, daß jeder, der anderer Meinung ist als sie, ein Antisemit ist. Anti-Eiferer würde besser zutreffen. Laut Webster's Dictionary ist ein »bigot« (religiöser Eiferer, Frömmler) jemand, der »hartnäckig oder unduldsam seinen eigenen Meinungen und Vorurteilen verfallen ist«. Dies bescheibt diese Gruppe von besessenen Fanatikern bis auf das I-Tüpfelchen.

Jetzt nach fast vier Jahren der Bush- und Baker-Regierung beginnt die Interessensgruppe langsam zu begreifen, was in den USA vor sich geht. Der amerikanische Steuerzahler, glauben sie, habe nur einen Zweck – Israel mit einem Freifahrtschein auszustatten. Die USA schulden ihnen das, sagen sie. Die Amerikaner haben eine moralische Verpflichtung gegenüber Israel und den Juden.

Der ehemalige AIPAC-Anhänger, jetzt ein in mehreren Zeitungen der jüdischen Presse schreibender Kolumnenschreiber, Douglas Bloomfield, übermittelte schließlich die Botschaft von Bush-Baker an seine israelfreundlichen Leser. Am Schluß einer langen Klagekolumne schrieb er: »Bushs Ziel sind nicht die Garantien ... noch ist er hinter den Siedlungen her ... noch ist es sein Ziel, die Übergabe von Technologie nach China zu stoppen ... auch nicht, Yitzhak Shamir vom Sockel zu stürzen ... Sein eigentliches Ziel besteht darin, der Pro-Israel-Lobby das Rückgrat zu brechen.«

Seit fast fünf Jahren ist Amerikas großes Problem, vor allem jetzt, nachdem das böse Imperium (die Sowjetunion) zusammengebrochen ist, die jüdische Pro-Israel-Lobby. Ihr Ziel, wir haben es wiederholt geschrieben, »besteht darin, dem weit übertriebenen Einfluß der einseitigen, Pro-Israel-Lobby auf die amerikanische Regierung und den Kongreß wirksam zu begegnen«.

Indem wir den Standpunkt vertreten, daß die Zeit für eine neue

Betrachtung der Lobby gekommen ist, haben wir die vielen Methoden und Techniken offengelegt, die diese Lobby anwendet, um den politischen Prozeß in den USA zum Wohle Israels zu unterwandern und zu korrumpieren.

Die Amerikaner schulden Präsident Bush und Außenminister Baker eine Dankespflicht, weil sie den Mut hatten, diese mächtige Interessengruppe herauszufordern – mit großen persönlichen und beruflichen Kosten für beide Männer. Es begann mit Bakers Warnung an Israel und an die Lobby auf der Jahreskonferenz der AIPAC im Frühjahr 1989, als der Minister sagte, es wäre besser, wenn sie ihren Traum von Eretz Yisrael (Großisrael) vergessen würden. Es ging weiter mit den derzeitigen Versuchen der US-Regierung, eine friedliche Lösung der nicht nur schmerzlichen, sondern auch ungerechten Situation der Palästinenser herbeizuführen.

Aber es bedurfte des Ansehens des amerikanischen Präsidenten, die Lobby und ihre Mitläufer auf Kongreßebene – ganz zu schweigen von den Medien und der Wall Street – auf der Stelle stehen zu lassen, indem er die zehn Milliarden Dollar an Anleihegarantien, die für Israel bestimmt waren, auf die lange Bank schob. Und Bush hat diese Linie seitdem vertreten – ungeachtet des gewaltigen Drucks seitens der Interessensgruppe. □

Kein Land für Frieden

Die Washingtoner Friedensgespräche zwischen Israel und den Palästinensern sind eine Übung in Nutzlosigkeit. Die Hoffnung, daß Israel Land gegen Frieden eintauschen wird, ist der Traum eines Narren. Dies ist eine Einschätzung Joel Bainermans, eines israelischen Journalisten, der oft in der amerikanisch-jüdischen Presse erscheint.

Bainerman schreibt: »Nach dem zweideutigen Gerede des Likud unterstützt der Ministerpräsident Shamir den Bau neuer Siedlungen, weil ›Israel nicht zustimmen kann, die Siedlungstätigkeit einzustellen, weil dies bedeutet, daß der endgültige Status der Gebiete bereits festgelegt wird, bevor die Verhandlungen beginnen‹. Dankenswerterweise ist ein derartiger Unsinn niemals für israelische Ohren bestimmt. Das Problem bei der Shamir-Regierung ist nicht das, was sie tut, sondern daß sie nicht damit herauskommt und sagt, was sie tun will. Ist es nicht langsam an der Zeit, kein Blatt mehr vor den Mund zu nehmen? Israel hat die Golan-Höhen und Ost-Jerusalem annektiert. Wenn die Likud-Regierung Siedlungen baut, dann bedeutet dies, daß die Israelis für immer in den Gebieten bleiben wollen.«

Zur gleichen Zeit, in der Sprecher des Likud die Siedlungspolitik als Verhandlungstaktik bei den Friedensgesprächen charakterisieren, sagt Shamir vor versammelten Siedlern, Israel werde die besetzten Gebiete, auf die er sich stets mit ihren alten hebräischen Namen Judäa und Samaria bezieht, niemals aufgeben. Über diese Bemerkungen wird in der internationalen Presse berichtet, und Präsident Bush »geht in die Wolken«, wenn er sie liest. Er sieht, wie Shamir absichtlich die Friedensgespräche sabotiert, auf die der Präsident sein eigenes Prestige und das der amerikanischen Regierung gesetzt hat.

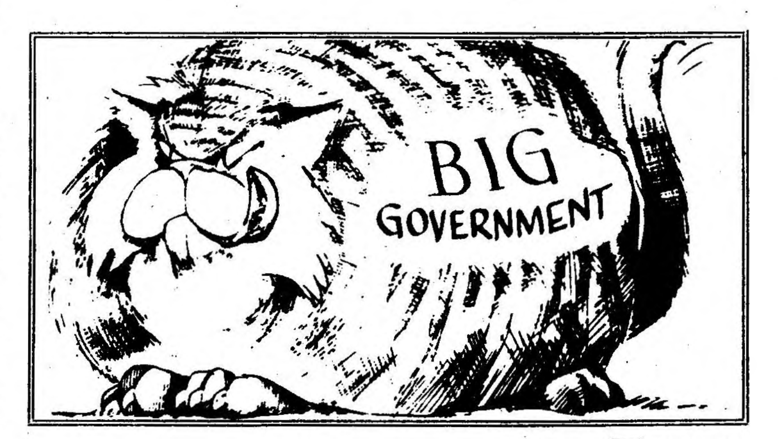
Die Formel Land für Frieden wird von Bainerman als »vereinfachendes Schlagwort« verworfen, mit dem die israelische Bevölkerung »sich nicht blenden lassen« wolle. Die Israelis glauben, daß, was auch immer folgen wird, nachdem sie die Gebiete an die Palästinenser übergeben haben, »dies bestimmt kein Frieden sein wird«. Stattdessen werde das Gebiet eine »Libanisierung« durchmachen, da miteinander im Wettstreite liegende palästinensische Parteiungen um die Vorherrschaft kämpfen und die Schwierigkeiten nach Israel selbst überschwappen werden.

Daher seien die Friedensverhandlungen nur eine Farce, eine Charade, bei der Israel seinem großzügigen, aber nicht sehr hellköpfigen Schutzpatron, den USA, gegenüber etwas nachgebe, aber Israel habe nicht die Absicht, sich ernsthaft auf eine solche Selbsttäuschung einzulassen. Daher, fragt Bainerman: »Warum kommen wortgewaltige Sprecher wie Benjamin Netanyahu nicht mit den Arabern ins Reine und sagen ihnen und der Welt genau, woran der Likud glaubt? Daß Länder, die als Folge eines Krieges verloren gehen, für immer verloren sind. Daß, wenn Kriege geführt und verloren werden, Land verloren geht.« Die Kernfrage, sagt er zum Schluß, bestehe darin, »einen Weg zu finden, um den Palästinensern ein gewisses Ausmaß an politischen und bürgerlichen Rechten zuzugestehen« – nach der Annexion. Die israelische Regierung hat ihre Absicht, ihre Herrschaft über die palästinensischen Gebiete durch Festlegung dessen, was sie großspurig »Tatsachen auf dem Boden« nennt, dauerhaft zu erweitern. Dies sind natürlich die Siedlungen selbst, aber dazu gehören auch die Ansprüche auf Land, das die israelische Regierung in Besitz hatte und an jüdische Privatbürger vergeben hat. Seitdem die Gebiete im Sechs-Tage-Krieg von 1967 erobert wurden, hat Israel das Eigentum von schätzungsweise 50 bis 65 Prozent der gesamten Landfläche des Westufers an Juden übertragen.

Einige Schätzungen gehen bis 86,5 Prozent, schreibt Dr. Israel Shahak, ein altgedienter israelischer Friedensaktivist. Diese »legalen Beschlagnahmen« werden von der israelischen Regierung angeblich im Rahmen des Völkerrechts vorgenommen, das Übernahmen von besetztem Land aus echten »Sicherheitsbedürfnissen« heraus zu lasse.

Als die Israelis 1967 das Westufer und den Gazastreifen eroberten, wurden der Beschlagnahme von Land durch die Israelis zunächst amtliche Zwänge auferlegt. Bis 1974 waren Beschlagnahmen arabischer Ländereien zu Siedlungszwecken auf das Jordantal und die östlichen Hänge der Gebirge, die das Gebiet überragen, beschränkt. 1974, stellt Shahuk fest, wurde die Gush-Emunim-Bewegung fanatischer Fundamentalisten gegründet. Ihre aggresive Siedlungstätigkeit wurde von dem damaligen israelischen Verteidigungsminister Shimon Peres, bis vor kurzem Leiter der Arbeiter-Partei, dessen Partei von der Bush-Regierung als zugänglich zu dem Konzept Land für Frieden erachtet wird, geduldet und unterstützt. Aber erst als die Friedensabkommen von Camp David von 1978 unterzeichnet waren, wurde erst recht mit der Einverleibung der West Bank in Israel begonnen. Der damalige Ministerpräsident Menachem Begin begann nach Rückgabe des Sinais an Ägypten damit, diesen Gebietsverlust dadurch wieder wettzumachen, daß Israel seinen Griff auf das Westufer und den Gazastreifen festigte.

Shahak stellt fest, daß die derzeitigen Friedensverhandlungen noch einen sehr weiten Weg zurücklegen müssen, bevor sie an dem Punkt angekommen sind, wie man sich mit palästinensischem Land, das sich jetzt »rechtmäßig« im Besitz jüdischer Bürger befindet, befassen soll. Diese Frage wird mit Sicherheit ein weiterer Stolperstein sein. Denn schließlich, wenn die Palästinenser die israelische Regierung und israelische Privatbürger für das ganze Land und alle Verbesserungen entschädigen müssen, wäre der Preis dafür kaum zu bezahlen. Nicht einmal der amerikanische Steuerzahler, der das Land im wesentlichen bereits bezahlt hat, hat Taschen, die tief genug sind, um es zurückzukaufen. □



US-Düsenjäger für Saudi-Arabien

Victor Marchetti

Saudi-Arabien möchte 72 F-15-Düsenjäger von den Vereinigten Staaten kaufen – ein Geschäft, das für die MacDonald Douglas Corporation und die unter Druck stehende amerikanische Raumfahrt-Industrie rund fünf Milliarden Dollar wert wäre. Montagebänder, hauptsächlich in der Gegend von St. Louis, sind jetzt dafür vorgesehen, bis 1994 geschlossen zu werden. Der Verkauf würde diese Montagebänder drei weitere Jahre beschäftigen.

Aber wie gewöhnlich will die Pro-Israel-Lobby, an der Speerspitze die AIPAC, das Geschäft zerschlagen. Eine stille Kampagne, den Verkauf im US-Senat zu blockieren, ist bereits von zionistischen Aktivisten begonnen worden. AIPAC hat bekannt gegeben, sie werde den Handel auf der Jahresversammlung in Washington zum Hauptthema ihres Widerstands machen.

Kraftprobe zwischen Lobby und Regierung

Die Pro-Israel-Lobby, die stets zu Übertreibungen neigt, behauptet, die F-15 wären eine Bedrohung für Israels Sicherheit, und daß die kommende Schlacht im Kongreß über diesen Verkauf die größte Kraftprobe zwischen der Lobby und einer amerikanischen Regierung seit dem Gerangel um die AWACS Anfang der achtziger Jahre sein wird. AIPAC, die den Kampf um die AWACS seinerzeit verlor und jetzt in der Schlacht um die zehn Milliarden Dollar auch schon wieder in den Seilen hängt, braucht unbedingt einen Sieg, um ihren einstigen hohen Status innerhalb der zionistischen Lobby wiederzugewinnen. Das gilt auch gegenüber der israelischen Regierung.

Es spielt für diese zionistischen Eiferer keine Rolle, daß Saudi-Arabien noch niemand im Nahen Osten angegriffen hat. Oder daß der schwer bewaffnete Irak und der Iran eine ständige Bedrohung für die Sicherheit der Saudis und Amerikas anderen Freunde am ölreichen Persischen Golf darstellen. Und es ist sicherlich ohne jede Bedeutung für diese israelischen Loyalisten, daß der vorgeschlagene Verkauf eine gute Sache für Amerika wäre.

Die Bush-Regierung hat bislang noch nicht offiziell im Kongreß um Genehmigung des Verkaufs ersucht. Sie hat den Kongreß lediglich von ihrer Absicht in Kenntnis gesetzt, wie das nach der sogenannten »Javits-Liste« für vorgeschlagene Waffenverkäufe erforderlich ist. Dieser gerissene Trick wurde der Regierungsgewalt durch den ehemaligen New Yorker Senator Jacob Javits aufgezwungen, um die Regierung daran zu hindern, Waffen an arabische Länder zu verkaufen, ohne die Genehmigung des Kongresses – das heißt der zionistischen Lobby einzuholen.

Fette Geschäfte für die US-Rüstung

Ein zweiter Gag, den die AIPAC bei der Sabotage des Verkaufs der F-15 anwenden will, ist die »Metzenbaum amendmend« – ein weiterer Gag auf Senatsebene der pro-israelischen Lobby. Dieses Mittel, nach dem Senator Howard Metzenbaum benannt, ruft zu einem Limit von 60 F-15 auf, die an die Saudis verkauft werden. Auf diese Gesetzänderung wurde während des Krieges am Persischen Golf vorübergehend verzichtet, um es den USA zu ermöglichen, der saudischen Luftwaffe weitere 24 solcher Flugzeuge zu liefern – plus 12, um Verluste durch Verschleiß wettzumachen –.

AIPAC ist besonders darüber verstört, daß 48 der 72 neuen F-15, die von den Saudis bestellt wurden, F-15 Es oder Strike Eagles sind, die Jagdbomber-Modelle, die im Golfkrieg so erfolgreich als SCUD Hunter-Killers eingesetzt wurden. Sollte Israel in einen zukünftigen Krieg mit einem seiner arabischen Nachbarn verwickelt werden, dann befürchtet AIPAC, daß Saudi-Arabien in den Konflikt hineingezogen werden könnte und die Strike Eagles gegen den Judenstaat einsetzen würde.

Seit Beginn der Krise am Persischen Golf Mitte des Jahres 1990 hat Saudi-Arabien Waffen und Ausrüstung in Höhe von mehr als 18 Milliarden Dollar von amerikanischen Firmen gekauft und bezahlt. Im gleichen Zeitraum haben die USA Israel fast 12 Milliarden Dollar an Hilfsleistungen geschenkt, wovon Zweidrittel an die israelische Armee gingen. In einem gewissen Sinne finanzieren die Saudis die amerikanische Hilfe an Israel.

Vor einigen Jahren verhinderte die zionistische Lobby einen Waffenhandel zwischen den USA und dem Wüsten-Königreich in Höhe von 25 Milliarden Dollar. Die Saudis wandten sich daraufhin an die Briten, um ihre militärischen Bedürfnisse zu decken. Das könnte wieder geschehen, wenn die Lobby nicht vom Kongreß in Schach gehalten wird.
AIPAC beschwört bereits Geister und Kobolde, um ihre Sache zu unterstützen. Die zionistische Interessengruppe behauptet, »der mögliche Nachfolger für König Fahd, Kronprinz Abdullah, ist als tobsüchtiger Amerikafeind bekannt. Ein neuer Waffenverkauf wird die Lage nur verschlimmern«. Aber, wie das bei diesen Eiferern so oft der Fall ist, lügen sie. Aus kürzlichen politischen Veränderungen in Saudi-Arabien geht eindeutig hervor, daß Prinz Abdullah und seine Anhänger von Kronprinz Sultan und seinen Kollegen in dem Machtkampf um die Nachfolge König Fahds beiseitegedrängt wurden.

Die Saudis wollen die USA nicht betrügen

Prinz Bandar, der saudische Botschafter für die USA und Sohn von Sultan, hat auch an Statur gewonnen – zusammen mit einigen der anderen jungen Prinzen – innerhalb der saudischen politischen Hierarchie. Bandar rangiert auch in der Meinung von US-Präsident Bush und seiner Regierung sehr hoch. Bandar hat nicht nur entscheidend den Golfkrieg unterstützt, er war auch ein wertvoller Verbündeter bei der Förderung der Friedensinitiative des Präsidenten im Nahen Osten. Während seiner Amtszeit in Washington hat Bandar hart daran gearbeitet, die zionistische Lobby auf Capitol Hill zu kultivieren. Er hat sich auch lange bemüht, AIPACs ehemaligen Think Tank (Beraterstab), jetzt unabhängig, das Washingtoner Institute for Near East Policy, zu beeinflussen. Das Institut wird von dem Australier Martin Indyk geleitet, von jüdischen Forschern betrieben und mit zionistischem Geld finanziert.

Bandar hat Besuche von Indyk und anderen pro-israelischen Aktivisten nach Saudi-Arabien gefördert, und sie zu Gesellschaften der Botschaft eingeladen, wie zum Beispiel bei den kürzlichen Feierlichkeiten zum saudischen Nationaltag. Die Bemühungen des Prinzen, jüdische Freunde zu gewinnen und zionistische Aktivisten zu beeinflussen, mögen dazu beitragen, der AIPAC-Offensive, den neuen Verkauf von F-15 in der Versenkung verschwinden zu lassen, entgegenzuwirken.

Eines ist jedoch sicher: Wenn die Flugzeuge an die Saudis verkauft werden, kann sich das US-Verteidigungsministerium sicher sein, daß deren klassifizierte – als geheim eingestufte – Technologie nicht wieder an kommunistische Länder wie China oder andere Dritte-Welt-Länder ausgeführt wird – wie das mit an Israel verschenkte amerikanische Waffen und Ausrüstungsgegenständen der Fall ist. Anders als ihre zionistischen Nachbarn brauchen die Saudis das Geld nicht und neigen nicht dazu, ihre amerikanischen Verbündeten zu betrügen. □

Der Bush-Clan hofft auf Profit

Warren Hough und Lawrence Wilmot

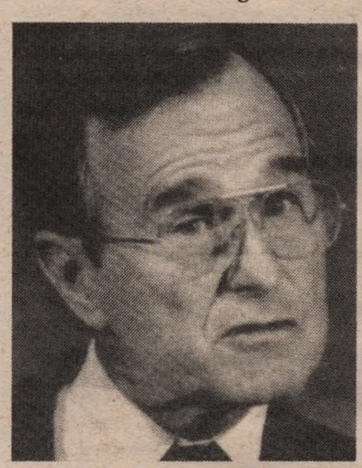
Der Niedergang des kommunistischen Kuba und die Rückkehr der Demokratie auf die Insel werden von einigen Leuten als Gelegenheit zum schnellen Geldverdienen angesehen. Einer dieser angehenden Unternehmer ist der Sohn des US-Präsidenten George Bush.

Weder der Tag noch die Art und Weise der Befreiung Kubas sind bislang bekannt, da sich Fidel Castros kommunistische Diktatur mitten in einer auseinanderfallenden Wirtschaft an die Macht klammert. Aber eines ist sicher: Die Familie Bush rechnet damit, dabei Millionen zu verdienen.

Jeb Bush, der zweitälteste Sohn des amerikanischen Präsidenten, hat mit dem kubanisch-amerikanischen Unternehmer Armando Codina jun., der in Miami, dem Tor zur Welt, als wohlhabender Immobilien-Spekulant bekannt ist, eine Geschäftspartnerschaft gegründet. Ihr Plan bestehe darin, nach Castros Sturz »den wirklichen Kapitalismus nach Kuba hineinzutragen«, sagt Codina.

Bush und Codina sind nicht die einzigen Promoter, die nach dem Zusammenbruch der letzten Bastion in der Karibik absahnen wollen. »Es wird wieder wie beim Goldrausch sein«, sagt Cesar Garcia, dem das Bonanza Auto Center in South Miami gehört. »Jeder kann dort einen schönen Haufen Geld verdienen«.

An der Wall Street heißt es: »Die Spekulanten kommen«, berichtete die »New York Times« kürzlich, sie zielen darauf ab, einem »befreiten« Kuba die gleiche Schuldenwirtschaft aufzuhalsen, die die Vereinigten Staaten lähmt. Es werden »hohe Wetten« über 30 Jahre alte kubanische Schuldverschreibungen – Bankdarlehen, die dem Castro Regime in den ersten Jahren gewährt wurden – abgeschlossen, schrieb die »New York Times«. In den letzten Jahren wurden diese nahezu wertlosen Schuldscheine – bei seltenen Gelegenheiten, wo ein Käufer auftauchte – zu weniger als fünf Cents auf den Dollar verkauft. Jetzt hat sich ihr Preis schon fast verdreifacht, ein sicheres Anzeichen dafür, daß die Finanzmärkte sich für die potentiellen Profite, die ein »freies« Kuba bieten wird, zu interessieren beginnen.



US-Präsident George Bush spekuliert mit seiner Familie auf die Befreiung Kubas von Fidel Castro.



Armando Codina will nach der Befreiung Kubas absahnen: »Es wird wieder wie beim Goldrausch sein.«

Aber das Konsortium mit der größten Aussicht, von Castros Sturz zu profitieren, sind Spekulanten wie Bush und Codina, die zum inneren Kreis um Jorge Mas Canosa, Vorsitzender der Cuban American National Foundation, der alle anderen hier im Exil lebenden führenden Persönlichkeiten Ende der achtziger Jahre in den Schatten stellte, als er als Präsident Ronald Reagans beliebtester kubanischer Politiker bekannt wurde, gehören.

Mas Canosa, ein millionenschwerer Auftragnehmer, hat kein Geheimnis aus seiner Absicht gemacht, Kuba mit voller Unterstützung der Bush-Regierung zu übernehmen, nachdem eine andere Kraft – wirtschaftlicher Ruin oder Widerstandskämpfer – Castro gestürzt hat.

Als senkrechtstartender Exil-Lobbyist der Reagan-Bush-Ära braucht Mas Canosa weder eine zusammenhängende politische Ideologie, noch eine bewaffnete Streitmacht, um als Kubas nächster Präsident die Macht zu übernehmen, behaupten amerikanische Journalisten, die ihn gut kennen. Stattdessen wird er sich auf das Instrument, das er am besten kennt – Schulden –, verlassen, verlautet aus diesen Kreisen.

Schon lange bevor er irgendeine offizielle Befugnis bekam, im Namen seines Inselstaates Entscheidungen zu treffen, hat Mas Canosa in aller Stille über ein gewaltiges Schuldenabkommen für das Nach-Kuba-Abkommen verhandelt. Die detaillierte Struktur oder der Umfang dieser Ausgabe von Schuldverschreibungen vor der Befreiung sind noch nicht bekannt, obwohl informierte Kreise sagen, wenn es nach Mas Canosa gehe, dann werde das lange unterdrückte Kuba mit einer »erdrückend hohen« Schuld in die »Freiheit« entlassen werden.

Um das Castro-Regime durch ein derart räuberisches Schuldenregime zu ersetzen, verlassen sich Mas Canosa und sein innerer Kreis auf die entschlossene – und wenn notwendig bewaffnete – Unterstützung der Bush-Regierung, verlautet aus Exil-Kreisen.

»Sie denken daran, sich auf die gleiche Art von amerikanischer Militärpräsens zu verlassen, die jetzt die mit Drogen handelnde neue Regierung in Panama in Schach hält«, sagte ein langjähriger militanter Castro-Gegner. Mas Canosa und sein langjähriger Verbündeter, der Grundstücksmakler Codina, rechnen zuversichtlich mit soviel Unterstützung des Weißen Hauses, wie sie benötigen, »weil der Sohn von Bush für mich arbeitet«, versicherte Codina hier kürzlich.

Andere Kreise haben bestätigt, daß Bush und Codina bereits an mehreren Gemeinschaftsunternehmen beteiligt sind und auf das große Geld nach Castros Sturz hoffen. Ihre herausragende Promotion ist eine Firma, die als Oriental Imports Inc. eingetragen ist. Sie führt billige Güter aus dem kommunistischen China ein – »billig genug, weil sie mit Sklavenarbeit hergestellt werden«, kommentierte ein Informant – zum Vertrieb in den Vereinigten Staaten und Lateinamerika.

»Solche trüben illegalen Geschäfte mit Produkten von kommunistischen Sklavenarbeitern beweisen, daß diese sogenannten Exil-Führer nichts als Geld im Kopf haben«, sagte der nationalbewußte Rundfunk-Kommentator Felipe Rivero, die populärste Gestalt in der kommunistenfeindlichen kubanischen Politik.

»Weit davon entfernt, Befreier zu sein, sind diese Leute ganz gewöhnliche politische Karrieremacher – die widerlichsten Figuren unter den geldgierigen Promotern in unserer Gesellschaft.«

Wenn kürzliche Erhebungen darauf hindeuten, daß Rivero nicht Mas Canosa der politische Führer mit der breitesten Anhängerschaft sowohl unter den im Exil Lebenden, als auch auf der Insel Kuba ist – Ausdruck des Volkswillens in einem freien Kuba –, dann wird sich Canosas Plan für Jeb Bush und jeden Spekulanten, der jetzt darauf wettet, als große Pleite erweisen. □

Korea

General MacArthurs Pläne wurden an die Roten verraten

Mike Blair

Der US-General Douglas MacArthur hatte mit seiner Vermutung Recht: Die Pläne der Streitmacht der Vereinten Nationen wurden von den Kommunisten abgefangen. Ein Mann aus Kalifornien verbrachte zwei Jahrzehnte mit der Bemühung, stichhaltig nachzuweisen, daß Spione innerhalb des britischen Geheimdienstes dafür gesorgt haben, daß die Rotchinesen und Nordkoreaner während des Korea-Krieges von den Kriegsplänen der amerikanischen Kommandeure Wind bekamen. Der blutige Krieg endete auf der Halbinsel Korea 1963.

Der Kalifornier, Dr. Norman E. Jones aus Costa Mesa, ist Veteran des Koreakriegs.

Jones erhielt einen Brief von einem ehemaligen Kommandeur der rotchinesischen Kriegsmarine und stellvertretenden Verteidigungsminister, in dem von MacArthur und anderen Kommandeuren während des Korea-Krieges aufgestellten Behauptungen, daß die kommunistischen Streitkräfte schon mit ihren Schlachtplänen vertraut waren, bevor sie überhaupt in Angriff genommen wurden, bestätigt werden. Jones hat ein Buch über den Krieg geschrieben, das derzeit in Südkorea ein Bestseller ist, und hofft, das Werk in den Vereinigten Staaten veröffentlichen zu können. Er war nach Lektüre der Memoiren MacArthurs »Reminiscences«, in denen der amerikanische Oberbefehlshaber sich auf ein in Rotchina von General Lin Piao veröffentlichtes Flugblatt bezieht, von den kommunistischen Spionen fasziniert.

Der rotchinesische General schrieb in dem Flugblatt: »Ich hätte den Angriff niemals unternommen und das Leben meiner



US-General Douglas MacArthur wußte vom Verrat der Aufmarschpläne der UN-Truppen an die Kommunisten.

Männer und meinen militärischen Ruf aufs Spiel gesetzt, wenn mir nicht versichert worden wäre, daß Washington MacArthur davon zurückhalten werde, ausreichende Vergeltungsmaßnahmen gegen meine Verbindungslinien zu treffen.«

Jones durchstöberte die MacArthur Memorial Library und suchte unter den offiziellen Papieren des Generals nach einem solchen Dokument, konnte es aber nicht finden.

MacArthur wurde als paranoisch bezeichnet

MacArthur wurde von Mitgliedern der US-Joint Chief of Staff als paranoisch bezeichnet, als er 1950 erstmals behauptete, seine »strategischen Bewegungen« seien an die Kommunisten verraten worden.

»Daß es in den Geheimdiensten eine undichte Stelle gab«, sagte er, »war jedem klar. General Walton Walker beschwerte sich ständig bei mir, daß seine Operationspläne aus Washingtoner Quellen schon im voraus bekannt waren.«

»Ich hege keinerlei Zweifel daran, daß die Chinesen zuversichtlich und geschickt in Nordkorea eingedrungen sind«, sagte Generalmajor James M. Gavin. »Ich glaube in der Tat, daß sie dies tun konnten, weil sie nicht nur über die Schritte, die Walker unternehmen würde, sondern auch über die Einschränkungen dessen, was er überhaupt tun könnte, unterrichtet waren. Seinerzeit war es schwierig, dies zu erklären.«

Gavin fuhr fort, er sei sich später dessen »ziemlich sicher« gewesen, daß »alle Pläne MacArthurs über das britische Außenministerium in die Hände der Kommunisten gelangt sind«.

Es wurde lange geargwöhnt, daß die Pläne durch die britischen Spione Guy Burgess und Donald MacLean, die 1951 zur Sowjetunion überliefen, und Harold Adrian Russell »Kim« Philby, der 1963 über Beirut, Libanon, in die Sowjetunion floh, der Sowjetunion übergeben wurden.

Philby und Burgess saßen im streng geheimen Inter-Allied Board, und Philby fungierte als Verbindungsoffizier zwischen dem CIA und dem britischen Secret Intelligence Service (SIS). MacLean war Leiter der amerikanischen Abteilung des britischen Außenministerums in London. Da britische Truppen auch zum United Nations Command gehörten, unter dem der Korea-Krieg geführt wurde, wurden sie über alle Pläne des amerikanischen Militärs voll auf dem laufenden gehalten.



Donald MacLean kam aus der gleichen »Szene« wie Philby und spionierte im britischen Geheimdienst für die Sowjets.



Kim Philby gehörte als Student der Universität Cambridge dem homosexuellen »Apostel«-Club an und arbeitete für den KGB.

Jones unternahm drei Reisen in die Sowjetunion, 1972, 1975 und 1976, um der Wahrheit auf die Spur zu kommen. Auf seiner letzten Reise traf er sich mit Philby, der inzwischen Oberst im sowjetischen KGB war. Philby wollte jedoch keine Einzelheiten über den Korea-Krieg oder über sein Verhältnis zu Burgess und MacLean mit Jones erörtern, abgesehen davon, daß sie Freunde waren.

Der Brief von Xiao Jing-guang an den Historiker Dr. Norman Jones.

Schließlich, 1979, war Jones einer der ersten Amerikaner, der Rotchina besuchen durfte. Er unternahm 1980 eine zweite Reise dorthin, und traf mit einem hochrangigen rotchinesischen Offizier zusammen, dessen Namen er von einem langjährigen nationalchinesischen Freund, Chin Sheng, einem ehemaligen Geheimdienstoffizier der Republik (Freies) China, erfahren hatte.
Über einen Dolmetscher, der ein Freund und Professor an der Universität von Peking war, sprach Jones mit dem Offizier, Xiao Jingguang, einem ehemaligen Kommandeur der rotchinesischen Kriegsmarine und stellvertretenden Verteidigungsminister, über den Koreakrieg.

Das Vermächtnis eines Rotchinesen

Zu dieser Zeit hatte der rotchinesische Offizier kein Vertrauen zu Jones und enthüllte nichts. 1984 erhielt Jones jedoch über seinen Freund die Mitteilung, daß der Marineoffizier ihn noch einmal zu sprechen wünsche.

Daraufhin reiste Jones mit seiner Frau und einigen Freunden nach Westchina, wo sie den Offizier in einem Eisenbahnzug in der Stadt Turpan – auch als Turfan bekannt – in Sinkiang Uigur oder Chinesisch-Turkestan, eine der gefangenen Nationen des rotchinesischen Imperiums, antrafen. Anderthalb Tage lang fuhren sie in diesem Zug und sprachen miteinander in dem Privatabteil des Offiziers. Der Offizier sprach kein Englisch, wodurch sie gezwungen waren, mit Hilfe eines chinesisch-englischen Wörterbuches miteinander zu reden.

Schließlich schrieb der Offizier Jones einen Brief, den er ihm zu dem Zeitpunkt noch nicht aushändigen wollte, den er ihm aber zusenden wolle, wenn der »richtige Zeitpunkt gekommen ist«.

Nach dem Tod des Offiziers im Dezember 1989, wurde Jones im Januar 1990 von seinem Freund nach Peking berufen, der ihm den Brief aushändigte.

»Ich gebe diese Information an meinen neuen Freund, Dr. Norman E. Jones, zur Verwendung in seinem Buch über die Geschichte [sic] nach meinem Tod«, schrieb der rotchinesische Offizier.

»Ich war während der längsten Zeit des Bürgerkriegs von 1950 bis 1953 im Norden und Süden Koreas im russischen Hauptquartier in Moskau tätig und übergab geheime Papiere an General Lin Piao und dessen Offiziere.

Im Juni 1953 erfuhr ich, daß die Papiere von britischen Geheimdienstleuten an meine russischen Kameraden übergeben worden waren. Ich traf noch einmal in Moskau mit dem Genossen Oberst Harold Philby und dessen Freund Guy Burgess [sic] und Donald Maclean [sic] zusammen, die unserer Gruppe mitteilten, daß sie streng geheime Informationen über den Korea-Krieg an die Russen weiterleiteten.
Ich traf den Genossen Oberst Philby einige Zeit später beim russichen Geheimdienst in Moskau wieder, und er sagte, seine Genossen seien jetzt tot. Dies wurde uns im Juli 1983 mitgeteilt. Ich lese diese Worte in handschriftlichem Chinesisch und sie stimmen ganz genau.«

Der Brief war von Xiao Jingguang als stellvertretender Verteidigungsminister und Kommandeur der rotchinesischen Kriegsmarine unterzeichnet und vom 12. Mai 1984 datiert.

MacArthur, Walker, Gavin und andere amerikanische Kommandeure in Korea hatten also von Anfang an Recht. □



Wunderland Washington

Die Ja-und-Amen-Ecke

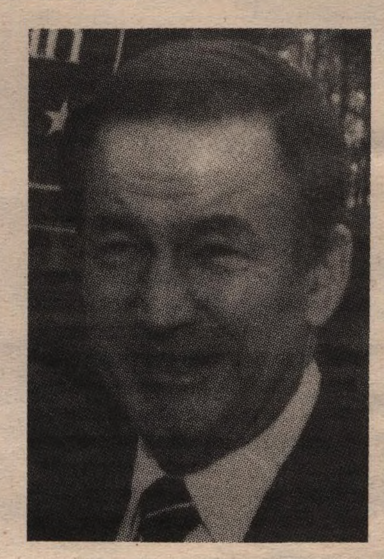
Josef Sobran

Pat Buchanan hat sicherlich eine Botschaft gebracht. Einige der Medienauguren, die es unterlassen hatten, dies vorauszusagen, beeilen sich jetzt, die Öffentlichkeit zu versichern, das Abstimmungsergebnis der Republikaner bei den Vorwahlen sei nur ein Denkzettel für George Bush, aber kein Votum für Buchanan.

Das überrascht mich nicht. In diesen Tagen scheinen sich die Medien geflissentlicher als die Kandidaten selbst in Schadensbegrenzung zu üben. Und Buchanan ist nicht nur eine Herausforderung für US-Präsident Bush, sondern eine Kampfansage an die liberale Traumwelt, die die Nachrichtenmedien für uns konstruiert haben.

Die Medien-Meute wurde losgelassen

In den letzten Tagen vor den Vorwahlen legte der organisierte Journalismus wie auf ein Signal hin, mit allem was es gab gegen Pat Buchanan los. Dies erinnerte mich an die gewaltige Salve der Bogenschützen in der Schlachtszene von Olivers »Heinrich V.«, wo man ein Brausen hört und eine dunkle Wolke von Pfeilen über das Feld und in die vormarschierenden französischen Truppen hineinhuscht.
Das »Wall Street Journal« brachte eine »Story« über Anklagen des Antisemitismus gegen Buchanan, die aber als Nachrichten nur schale Reste beinhalteten. Abe Rosenthal von der »New York Times« brachte seinen üblichen buchanan-feindlichen Leitartikel am Sonntag. Die »Washington Post« setzte zwei ihrer besten Schreiber, E. J. Dionne am Samstag und Henry Allen am Montag, gegen Pat an. Der gewöhnlich sehr sensible John Leo trat im »U.S. News & World Report« in ihre Fußstapfen, ebenso wie der stets geifernde Leon Wieseltier – der, wie man sich erinnert, das Kreuz über dem Auschwitz-Kloster «ekelerregend« nannte – im »New Republic«.



Pat Buchanan hat in seinen Wahlreden die liberale Traumwelt von US-Präsident George Bush kritisiert.

Von diesen Artikeln wurde aber nur einer von einer Person aus der Amen-Ecke geschrieben. Abe Rosenthal wird eher Lobeshymnen auf Jeffrey Dahmer schreiben, als ein gutes Wort für Pat Buchanan einzulegen. Es stimmt, Leo und Wieseltier schreiben für Mortimer Zuckerman und Martin Peretz, aber ich glaube nicht, daß diese Erklärung für ihre Bemühungen ausreicht. Leo, Dionne und Allen sind als Journalisten eigentlich ziemlich konservativ, wenn sie auch in besseren Tagen als liberal bezeichnet worden waren.

Die Tonart der Angriffe klaffte auch weit auseinander. Rosenthal und Wieseltier nannten Buchanan einen Eiferer, aber die anderen neigten dazu, einen milderen Kurs einzuschlagen und stellten den Kandidaten lediglich als irisch-katholischen Grobian dar und entnahmen einen Großteil ihres Materials seiner Autobiographie. Man begann sich zu fragen, ob es eine Verjährungsfrist für Faustkämpfe gibt: Diese Geschichten gehen nämlich auf die fünfziger Jahre zurück.

So liebenswert wie ein Bandwurm

In anderen kürzlich erschienenen Anti-Buchanan-Portraits wird hervorgehoben – was stets mit einem Anflug von schlauer Ironie wiederholt wird –, daß Buchanan versuche, sich als Washingtoner Outsider zu geben, obwohl er tatsächlich hier geboren wurde und die längste Zeit seines Lebens als Erwachsener hier verbracht hat. Dies macht ihn zu einem Insider, sehen Sie das nicht ein!

Wenn dem so ist, wie kommt es dann, daß die anderen Insider – die Leute, die diese Porträts schreiben – ihn nicht wie einen der Ihrigen behandeln? Und warum müssen sie so tun, als seien sie selbst keine Insider? Sie scheinen ihn nicht sehr zu mögen. Und dafür gibt es gute Gründe.

Die Wahrheit ist, daß, wenn einer aus Washington kommt, oder gar dort lebt, dies ihn noch nicht zu einem Insider macht. Die meisten Insider der Hauptstadt sind von anderswo her. Sie werden nicht von ihrer Herkunft, sondern von ihren Wanderungsgepflogenheiten her definiert. Sie hat es dorthin gezogen, wo die Macht ist.

Und Buchanan, der gebürtige Washingtoner, will diese Macht zerschlagen. Selbst Buchanans übelste Verleumder sagen nicht voraus, daß er den Minderheiten, die er angeblich haßt, jemals irgend etwas zuleide tun wird. Niemand glaubt, daß er ein Zeitalter der Verfolgung einleiten wird. Das laute Geschrei geht um etwas ganz anderes.

Henry Allan sagt, die Wähler, die von Buchanan angezogen werden, seien »der Regierung gegenüber argwöhnisch«, was beinahe so klingt, als ob jemand bezichtigt wird, Haien gegenüber argwöhnisch zu sein. Allen schreibt gewöhnlich nicht so ein närrisches Zeug. Entweder gefällt einem diese Regierungsform oder nicht. Ich finde sie in etwa so liebenswert wie einen Bandwurm.

John Leo kommt dem Kern des Problems am nächsten. Er sagt: »Buchanans vernichtendste Stellungnahmen bezogen sich auf den Holocaust« und spielen »auf den jetzt hervortretenden Mythos an, daß es überhaupt keinen Holocaust gegeben hat«. Leo nennt es »schockierend, daß jemand der diese Ansichten über Juden und Nazis vertritt, in der Beltway-Kultur (Beltway = Schnellbahn, die in Großstadtbezirken verkehrt) überhaupt so annehmbar ist«. »Annehmbar in der Beltway-Kultur«! Man sollte meinen, er würde sagen, »annehmbar für zivilisierte Leute«, oder etwas in dieser Richtung. Aber nein, Leo ist nur darauf bedacht, Pat seines Washingtoner Insidertums zu entkleiden.

Um zum inneren Kreis zu gehören

Aber Leo will auf etwas ganz Bestimmtes hinaus. Unter den Aspekt der grundlegenden Glaubenssätze, die das derzeitige Beltway-Establishment absichern, ist Pat Buchanan unzuverlässig. Er hat die verschiedenen amtlichen Wahrheiten über New Deal, Zweiter Weltkrieg, die große Gesellschaft, Zionismus, Vietnam, Watergate, Golfkrieg, einer skeptischen Untersuchung unterzogen; er greift sowohl den Wohlfahrtstaat als auch den Internationalismus an, die beiden Zinken des Legats Franklin Delano Roosevelts.

Dies verleiht all seinen Beschimpfungen einen gewissen Zusammenhang. So oder so laufen sie alle auf Bezichtigungen der politischen Ketzerei hinaus. Buchanan weicht von dem Konsens der Mächtigen ab – nicht der individuell Mächtigen; es gibt in Washington keine Lyndon Johnsons – aber derjenigen, die kollektive Macht davon ableiten, daß sie miteinander Ball spielen, das heißt miteinander harmonisieren. Dieser Konsens besteht in einem Satz von Haltungen und Einstellungen, die niemand mit Überzeugung oder Aufrichtigkeit vertreten kann. Sie dienen lediglich dem Zweck, zu Washingtons innerem Kreis zu gehören.

Man kann verstehen, daß jemand glaubt, es gebe für jeden Gutin-

formierten keinen Raum, eine feststehende historische Tatsache in Zweifel zu ziehen. Aber es ist schwer zu verstehen, irgendeine Tatsache zum Dogma und zur Charakterprobe zu machen. Es gibt eine ganze Reihe von Dingen, die ich bereit bin zu glauben, aber ich werde argwöhnisch, wenn Leute mich dazu zwingen wollen, ihnen gegenüber mein Vertrauen zum Ausdruck zu bringen. Kein Mensch mit Überzeugung setzt andere unter Druck, Dinge ohne Überzeugung zu sagen und zu tun. Ich habe den Eindruck, daß sich Buchanan gegen diese Art von Einschüchterung, die ständig vor sich geht – vor allem in Washington – auflehnt. Diesen Klischees der Macht gegenüber – Orwell nannte sie »anrüchige kleine Orthodoxien« – weigert er sich, Ja und Amen zu sagen. So hat er die alte Koalition der Liberalen und Zionisten, die in ihm jemanden gefunden haben, den sie gemeinsam verachten können, gegen sich vereinigt.

Anrüchige kleine Orthodoxien

Anders als Ronald Reagan ist Pat Buchanan nicht mit einem Rückwärtsgang ausgerüstet. Reagan konnte umstrittene Dinge sagen, dann aber wieder davon Abstand nehmen oder der Reaktion darauf aus dem Wege gehen. Buchanan tut das nicht. Er mag denken, daß es nach einem Rückzieher aussehen würde, wenn er zurückschreckt. Und er mag durchaus Recht damit haben. Aber es ist ein politisches Hindernis für ihn, das nicht den Weg findet, um den schroffen Eindruck, den er manchmal hinterläßt, zu mildern.

Was mich jedoch bei dem Aufruhr, den er hervorruft, am meisten beeindruckt, ist, daß er so hoch über seinen Verleumdern erhaben ist. Er ist ein großherziger, großzügiger Mann, der von kleinen, rachsüchtigen Leuten belagert wird, die sich gegenseitig davon überzeugt haben, alles das zu repräsentieren was menschlich ist. Es ist unmöglich, sich vorzustellen, daß Pat jemals die häßliche, persönliche Tonart anschlagen wird, die Rosenthal und Wieseltier, jenen Geißeln des »Hasses« und des »Vorurteils«, so geläufig über die Lippen kommt. Solche Männer schätzen nichts höher als einen Rachefeldzug. Vendetta! Buchanan ist nur daran interessiert, in seinem Land wieder normale Verhältnisse herbeizuführen. Deswegen wird man sich an ihn erinnern, an sie aber nicht.

Kürzlich begab ich mich auf Einladung eines Freundes zur Town Hall (Rathaus) in New York, um einer Rede von Abe Rosenthal von der »New York Times« über das Thema »The State of Anti-Semitisms« (»Die Lage des Antisemitismus«) zu lauschen. Dies ist ein alljährliches Ereignis, das vom Simon Wiesenthal Center nach dem Muster der Rede über »Die Lage der Union« aufgezogen wird.

Jedermann fühlt sich sicher

Der Raum war vollgepackt mit Menschen, eine nette Gesellschaft, sehr nach Mittelklasse aussehend, vorwiegend Juden.

Sie waren gut gekleidet und schienen über Antisemitismus nicht sonderlich beunruhigt zu sein. Es gab keine Wachen vor der Tür, keine Sicherheitsmaßnahmen im Inneren. So weit ich beurteilen konnte, fühlte sich jedermann sicher. Die meisten objektiven Anzeichen deuteten darauf hin, daß keine Gefahr für Juden bestand, die eine öffentliche Veranstaltung durchführen wollten, abgesehen von den Gefahren, in der Nähe des Times Square Verkehrsteilnehmer zu sein. Während der Rede selbst gab es keine Unterbrechungen – keine Braunhemden, keine Bombendrohungen, nicht einmal ein Katzenmiauen – häufig Ausdruck des Mißfallens in den USA –.

Aber diese Leute waren entschlossen, sich nicht zur Überheblichkeit verleiten zu lassen, und Abe Rosenthal wollte dies auch nicht tun. Die Rede dauerte eine Stunde, und die erste Hälfte war einem einzigen Mann gewidmet: Pat Buchanan. Ich begann mich schon zu fragen, ob es in Amerika überhaupt noch andere Antisemiten gebe, bis Abe schließlich beiläufig David Duke erwähnte. Ich konnte nicht umhin, zu denken, daß, wenn Buchanan, der sich hartnäckig weigert, zuzugeben, Antisemit zu sein, die Hauptgefahr für Juden darstellt, sie ihre Sache gar nicht so schlecht machen. Aber ich behielt diese Reflektion für mich, da ich anderen den Abend nicht verderben wollte.

Wenn man einen Antisemiten wählt

Eines der Hauptangriffsziele Abes war sein und mein Freund, Bill Buckley. Wenn er auch in hohen Tönen über Bill sprach, ihn »empfindsam« nannte und mit anderen netten Ausdrücken bedachte, verurteilte er doch Bills »In Search of Anti-Semitism« in Bausch und Bogen, weil der Verfasser es darin unterlassen hat, Pat unzweideutig zu verdammen.



Bills Essay sei »schwülstig«. Er »rang mit sich selbst und verlor«. Er »konnte sich nicht dazu bringen, Buchanan einen Antisemiten zu nennen«. Er verdiente »einen Tritt in seine empfindsame Hose«. »Für mich«, sagte Abe und bestätigte damit den Eindruck, den ich langsam gewann, »war es ein Tiefpunkt in Bill Buckleys Laufbahn«.

Während der Fragestunde fragte eine Dame, ob Buckley kein Antisemit sei, weil er bei den Vorwahlen in New Hampshire für Buchanan gestimmt habe. Nein, sagte Abe, der nicht so hart auf seinen alten Freund eindreschen wollte. Die Frau blieb hartnäkkig: Wenn man einen Antisemiten wählt, ist man selbst ein Antisemit. Sie wende nur das Gesetz der Logik auf Abes eigene Rede an, und dieser war schließlich gezwungen, sich mit einem Scherz aus der Affäre zu ziehen und ging hastig zum nächsten Fragesteller über. □

Vertrauliches

Saudi-Arabien

Prinz Bandar Opfer eines Machtkampfes

Der saudische Botschafter für die Vereinigten Staaten, Prinz Bandar, wurde schwer verwundet und befindet sich jetzt in einem Lazarett in Washington nach einem Mordversuch in Riad, Saudi-Arabien.

Wie berichtet wird, wurde Bandar von einem Mitglied der saudischen Sicherheitsdienste angeschossen, anscheinend als Auswuchs eines Machtkampfes innerhalb des saudischen Königreiches zwischen zwei Brüdern von König Fahd, Prinz Abdullah und Verteidigungsminister Prinz Sultan, Bandars Vater. Einer von Abdullahs Männern soll auf ihn geschossen haben. Bandar war nach Saudi-Arabien berufen worden, wo ihm gesagt werden sollte, sich von Präsident Bush zu distanzieren und keine Sitzungen mit den Führern der zionistischen Interessensgruppe in den Vereinigten Staaten mehr abzuhalten. □

China

Flüchtlinge strömen nach Burma

Chinesische Siedler strömen systematisch überall ins nordöstliche Burma (Myanmar) ein und breiten sich dort aus, sagte Dr. Tint Swe, ein oppositionelles Parlamentsmitglied, das im vergangenen Jahr aus Indien fliehen mußte, kürzlich zur »Hindustan Times«.

Die chinesischen Einwanderer ziehen soweit südlich wie die Stadt Mandaley. Ihre Anzahl habe sich seit dem Militär-Putsch vom 18. September 1988 merklich erhöht, sagte Swe. Viele seien Unternehmer und kaufen Land, dessen Preise sich in der Region von Mandalay seit 1988 um das Fünffache erhöht hätten. Die burmesische Regierung, berichtet Swe, trägt den Einwanderern gegenüber eine »ungewöhnliche Toleranz« zur Schau, und zwar wegen Burmas Abhängigkeit von China in bezug auf Arzneimittel, Kriegsgerät und elektronische Waren. Es gebe einen uneingeschränkten Strom von Holz und Edelsteinen, die von den Chinesen außer Landes gebracht werden, und den Chinesen werde es sehr leicht gemacht, National Registration Cards (Meldekarten) zu bekommen, sagte Swe.

Auf die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) wird ein erheblicher Druck ausgeübt, Burma wegen Verletzung von Menschenrechten zu verurteilen, dennoch werden diese Länder gleichzeitig beschuldigt, speziell von Umweltschützern, weil sie Burmas Wälder »plündern«. Auf Peking wird keinerlei Druck ausgeübt. □

Argentinien

Cholera-Krieg mit Peru

Ein Ausbruch von Cholera an Bord einer Maschine der Aerolineas Argentinas auf dem Flug nach Los Angeles am 14. Februar 1992 hat einen diplomatischen Zwischenfall zwischen Peru und Argentinien ausgelöst. Als 65 Passagiere auf dem Flug sich die Krankheit zuzogen, führten Sprecher für die Fluggesellschaft wie auch für die Regierung in Lima, Peru, dies auf an Bord genommene Nahrungsmittel eines örtlichen Lebensmittellieferanten zurück.

Die Cholera trat erstmals im Januar 1991 in Peru auf und hat seitdem 3000 Menschenleben gefordert. Der peruanische Gesundheitsminister Victor Paredes erwiderte, die Cholera sei bereits unter den Passagieren, die die Maschine in Buenos Aires bestiegen, präsent gewesen und wies die Verantwortung für den Ausbruch der Krankheit zurück.
Anstatt zuzugeben, daß die Ursachen der Cholera in der Durchführung der Sparpolitik des Internationalen Währungsfonds, durch die Investitionen in die Infrastruktur der Gesundheitspflege und des Gesundheitswesens in beiden Ländern stark beschnitten wurden, zu finden sind, lassen sich beide Regierungen auf ein Hin-und-Hergezeter ein und versuchen, sich gegenseitig die Verantwortung in die Schuhe zu schieben.

Die in Buenos Aires erscheinende Tageszeitung »Ambito Financiero« nannte den Vorfall den »Cholera-Krieg«. Nachdem Aerolineas Argentinas die Flüge nach Lima vorläufig eingestellt hatte, hob der peruanische Außenminister Augusto Blacker die Lizenz der argentinischen Fluggesellschaft, auf dem Flughafen in Lima zu landen, auf und beschuldigte den Sprecher der Fluggesellschaft, »unbedeutende und unbesonnene« Erklärungen abgegeben zu haben.

Darauf stürzte sich der argentinische Staatspräsident Carlos Menem in das Kampfgetümmel, machte die Peruaner für den Cholera-Ausbruch verantwortlich und behauptete, daß Cholera in Argentinien »praktisch unter Kontrolle« sei, und daß es ich bei den Fällen über die kürzlich berichtet wurde um »Einzelfälle« handele. Bislang wurden von annähernd 200 Fällen von Cholera in Argentinien berichtet. □

Ägypten

Die Angst vor der Opposition geht um

Der ägyptische Minister des Inneren, Muhammad Abdel-Halim Moussa, gab die Festnahme dreier angeblicher Rädelsführer einer Verschwörung der Moslemischen Bruderschaft zum Sturz der Regierung von Präsident Hosni Mubarak bekannt. Die Drei sollen zu einer größeren Gruppe gehören, die direkt mit der illegalen Bruderschaft in Verbindung steht.

Die Festnahmen erfolgten nach Polizei-Razzien auf eine in Kairo ansässige Forschungsfirma, die auf Meinungsumfragen spezialisiert ist. Es wurden Dokumente gefunden, aus denen hervorgeht, daß Militante in Afghanistan Ausbildung an Waffen erhalten hatten. Die Verschwörung, die als ernsthafteste seit mehreren Jahren angesehen wird, kommt zu einer Zeit, in der sich die ägyptischen Behörden mit der Expansion des islamischen Fundamentalismus in Algerien und im Sudan befassen müssen. Es wird berichtet, daß ägyptische Sicherheitsexperten die algerische Regierung bei deren Kampf gegen die Islamische Heilsfront beraten.

Aber wie erfolgreich ihre Beratung sein wird, bleibt abzuwarten. Der Londoner »Daily Telegraph« zitierte den ägyptischen Oppositionsführer Ibrahim Abasse, der in »al-Wafd«, dem Organ der Wafd-Partei, geschrieben habe: »Wenn in Ägypten freie Wahlen abgehalten würden, wäre das Schicksal der Regierung und der herrschenden Nationaldemokratischen Partei das gleiche, wie das des algerischen Regimes und der Nationalen Befreiungsfront.« Mubarak hat Forderungen nach einer neuen, demokratischen Verfassung beiseitegeschoben. □

Iran

Machtverschiebung im Nahen Osten

Während Präsident George Bush über einen weiteren militärischen Schlag gegen den Irak nachdenkt, um sein sinkendes Ansehen bei den Meinungsumfragen wieder aufzubessern, bewaffnet sich ein weit gefährlicherer potentieller Gegner: Iran.

Informierte Kreise weisen darauf hin, daß amerikanische, britische und andere Streitkräfte innerhalb von Tagen zu ihrem Schlag gegen den Irak ausholen könnten, je nachdem, ob sich der Irak weiterhin weigert, den Forderungen der Vereinten Nationen zu entsprechen und Mannschaften ins Land zu lassen, um Massenvernichtungswaffen zu inspizieren und zu demontieren.
Indessen bewaffnet sich der Iran, das Land, das die US-Regierung einst für eine derart tödliche Gefahr für Amerika hielt, daß sie den Irak insgeheim bei seinem siebenjährigen Krieg gegen die islamische Republik unterstützte. Der Iran sucht jetzt nach einer Gelegenheit, wieder einmal die dominierende Militärmacht in der Region zu werden.

Iran kaufte kürzlich 20 von Moskaus modernsten MiG-29 Jagdflugzeugen und hat sich bereit erklärt, weitere 30 von diesen, sowie etwa ein Dutzend Su-24 Jagdbomber und zwei oder drei diesel-elektrische Unterseeboote von den Russen zu erwerben, die natürlich begierig sind, diese Verkäufe unter Dach und Fach zu bringen, um ihre durchhängende Wirtschaft wieder anzukurbeln. Außerdem hält der Iran weiterhin einen Großteil der sogenannten irakischen »Luftflotte im Exil«, die rund 100 Flugzeuge, die von irakischen Piloten während des Krieges am Persischen Golf nach Iran geflogen wurden, um der Zerstörung zu entgehen. Zu diesen Flugzeugen gehört ein Geschwader Su-24 und ungefähr 35 ältere Su-22. Die Iraner haben auch mehrere Dutzend rotchinesische F-7 Düsenjäger gekauft. Sie verhandeln auch mit den Russen und verschiedenen osteuropäischen Ländern über den Kauf von hunderten von T-72-Panzern, der Hauptkampfpanzer der ehemaligen Sowjetunion.

Sie arbeiten mit Rotchina bei der Entwicklung eines Atompotentials zusammen und erhalten moderne Scud-Raketen aus Nordkorea.

Alle diese Waffeneinkäufe in der Größenordnung von schätzungsweise mehrere Milliarden Dollar werden den Iran zur dominierenden Militärmacht am Persischen Golf machen und den durch den Krieg zerrütteten Irak weit in den Schatten stellen.

»Ihr Einfluß und Ansehen sind weit höher als die des Irak«, sagte Zbigniew Brzezinski, der ehemalige Berater für Nationale Sicherheit bei US-Präsident Jimmy Carter, kürzlich: »Sie lachen sich wohl ins Fäustchen, wenn wir über den Irak in Wut geraten, und sie alles das tun, was der Irak tut, und mehr.«

Mittlerweile bringt das US-Verteidigungsministerium in aller Stille Streitkräfte in Stellung, um die Feindseligkeiten mit Saddam Hussein wieder aufzunehmen. Die militärischen Ziele im Irak, darunter die Atomforschungseinrichtung bei Al Atheer, südlich von Bagdad, sind bereits ausgewählt worden.

Der Flugzeugträger »America« ist in den Persischen Golf hineingefahren, zusammen mit dem Kreuzer der Aegis-Klasse »Simpson«, plus zwei Nachschubschiffe. Dies bringt die Gesamtzahl der im Golf stationierten amerikanischen Schiffe auf 25. »Wir bluffen nicht«, meinte Konteradmiral Raynor A. K. Taylor, Kommandeur der amerikanischen Marinestreitkräfte Central Command. »Wir fliegen jeden Tag Flugzeuge über den Golf von oben nach unten, um ständig in Bereitschaft zu sein.« □

Haiti

Flüchtlinge fordern eine Invasionsstreitmacht

Mitglieder der 300000 Mann starken haitischen Exilgemeinde in den Vereinigten Staaten gaben eine Erklärung ab, in der die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) aufgefordert wird, eine multinationale Invasionsstreitmacht einzurichten, um den gestürzten Tyrannen, Jean-Baptiste Aristide, wieder an die Macht zu bringen.

Die »Washington Times« zitierte Haitis Generalkonsul in New York, der gesagt haben soll: »Alle Haitianer hier wollen eine multinationale Streitmacht, um Haitis Militär-Regime zu stürzen. Die haitianischen Militärs werden nicht verschwinden, wenn sie nicht mit Gewalt davongejagt werden«, sagte er. Aber die Exilanten wollen nicht, daß es eine amerikanische Streitmacht ist, die das tut, wegen der Erfahrung unter der dreißigjährigen Vormundschaft der USA Anfang dieses Jahrhunderts.

Wie berichtet wird, verlieren die Vereinigten Staaten jedoch allmählich die Geduld mit der haitianischen Junta und könnten selbst eine militärische Intervention einleiten; die Intervention würde höchst wahrscheinlich unter einem Mandat der OAS laufen. Der venezuelanische Präsident Carlos Andrés Pérez soll eine derartige Intervention befürworten.

Der amtierende Staatspräsident Haitis Joseph Nerette drängte das Parlament, das Abkommen der OAS, bis zu einer »endgültigen, verfassungsmäßigen Lösung« durchzuhalten, zurückzuweisen. Er sagte die Vereinbarungen seien verfassungswidrig, und die OAS würde »unannehmbare Eingriffe ... in die staatliche Souveränität vornehmen«.

Er stellte sich besonders gegen den Punkt der Abmachungen, eine große Mannschaft von zivilen »Beobachtern« zu entsenden, um angeblich Haitis politische Einrichtungen zu überwachen und zu stärken, bis der gestürzte Präsident Jean-Baptiste Aristide zurückkehrt. »Wie können wir uns darauf einlassen, auf dem geheiligten Boden unserer Vorfahren diese Mission zu akzeptieren, die beabsichtige, sich wie eine Besatzung zu verhalten?«, meinte er.

Als Reaktion darauf sagte der Generalsekretär der OAS, General Joao Baena Soares, er rechne immer noch damit, daß das Parlament die Vereinbarungen billigt, aber was den militärischen Eingriff anbelangt, bekannte er, daß dies nicht funktionieren werde. »Ich glaube nicht, daß ein militärischer Eingriff in Haiti ... das Problem lösen würde«, sagte er. »Es wäre nicht nur ein Eingriff, es wäre eine Besetzung, und das plant derzeit niemand, und ich glaube auch nicht in der Zukunft.« □

Taiwan

Probleme mit der Opposition

Die Republik China auf Taiwan hat beschlossen, eine geplante Abstimmung darüber, ob die oppositionelle Democratic Progressive Party (DPP) aufgelöst werden soll oder nicht, weil sie fordert, daß Taiwan seine Unabhängigkeit erklären und sein offizielles Ziel der Wiedervereinigung mit dem Festland China aufgeben soll, »auf unbestimmte Zeit zu verschieben«. Die DPP übernahm im vergangenen Oktober als Teil ihres Parteiprogramms diese Politik – eine Politik, die nach Taiwans Gesetzen zum Schutz gegen Staatsgefährdung ungesetzlich ist.

»Dies ist eine verantwortungsbewußte Aktion ... Verhandlungen zwischen der regierenden Nationalist Party und der DPP könnten die Tatsache ändern, daß die DPP bestraft werden sollte«, sagte ein Sprecher für die Regierungskommission, die sich mit dieser Frage befaßt, Huang Shou-kao, zu Reportern. Die DPP, die 1989 gesetzlich zugelassen wurde, hatte für den Fall ihrer Auflösung mit Massenprotesten gedroht. Das Herankommen des Abstimmungstages trug dazu bei, den Aktienmarkt scharf nach unten zu drücken, als Gewalttätigkeiten auf den Straßen befürchtet wurden.

Die DPP drängt darauf, daß der Council of Grand Justices, der die Verfassung auslegt, eine Entscheidung treffen soll, ob das offizielle Verbot der Forderung nach Unabhängigkeit verfassungswidrig ist oder nicht. Oppositionelle Gesetzgeber haben mit einem Aufstand im Parlament gedroht, wenn die Nationalisten einem Entschluß der Verfassungshüter nicht zustimmen sollten. □

USA

Behinderung der Pressefreiheit in den USA

Die US-Regierung behindert die Presse weiterhin beim Zugang zu betimmten Informationen aus dem öffentlichen Dienst, wie eine Organisation amerikanischer Journalisten mitteilt. In dem jetzt bekanntgewordenen Jahresbericht des Reporters Committee for Freedom of the Press wurden 340 Vorgänge aufgezählt, in denen die Verwaltung seit dem Amtsantritt von US-Präsident George Bush im Jahr 1989 versucht habe, die »journalistische Freiheit zu behindern und öffentlichen Einblick in Angelegenheiten der Regierung zu begrenzen«.

»Ich meine, was wir erleben, ist eine Geheimhaltungspolitik wie gehabt, ungeachtet der Beendigung des Kalten Krieges«, sagte Jane Kirtley, die Geschäftsführerin der Medienorganisation. »Es handelt sich um eine Fortsetzung und sogar um eine Eskalation der Beeinträchtigung journalistischer Arbeit.« □

Briefe

Betr.: Deutschland »Die entnationalisierte Nation«, Nr. 3/92

Professor Emil Schlee, MdEP, trifft den Nagel auf den Kopf: Kriminalität, die explodiert und deren Zahlen sprunghaft ins Astronomische steigen, wobei bei »Autobruch«, Handtaschenklau und Wohnungseinbrüchen die Polizei nur noch für die Statistik arbeitet und die Justiz ihr Heil im Laufenlassen sucht – in den Städten der neuen Länder ist »Chicago« längst erreicht –, Drogensucht, Haltungsverlust, Identitätsmangel, Zukunftsangst und Pessimismus als Folgen eines Kulturverfalls.

Mit vollem Recht geißelt Schlee das »Umerziehungsprogramm« im Sinne der Verdrängung der deutschen Frage in Schulen und Hochschulen, in Verwaltung und Parlamenten, in den Medien und in der Politik, in den Verbänden und nicht zuletzt in der Bundeswehr (Erhebung der »Entnationalisierung« zur Staatsräson).

Schon als hessischer Landtagsabgeordneter (CDU) und stellvertretender Direktor eines renommierten Sportinstituts ging es Prof. Schlee im besonderen um die freiheitliche Zukunft der Jugend, den angehenden Diplomsportlehrern die Ideen Eduard Sprangers mit auf den Weg gebend: »Im Körperlichen ist das Seelische, das Geistige und auch das Sittliche vorgebildet ... So nämlich, daß durch alle die genannten Zonen die Vitalenergien hindurchquellen. Die vitale, das heißt, die vom Körper ausstrahlende Kraft und Gesundheit steckt in jeder echt ästhetischen Leistung, in allem starken politischen Wollen, in jedem ernsthaften wissenschaftlichen Ringen.«
Kernsätze Schlees wie »Die junge Generation braucht wieder Ideale – Wir dürfen uns nicht auch noch aus der Geschichte vertreiben lassen« sollten richtung- und zukunft-weisend sein.

Dr. Norbert Bartel, Bad Sachsa

Betr.: Deutschland »Wie lange noch US-Militärkolonie«, Nr. 4/92

Bei aller berechtigter Kritik an der Bonner Außenpolitik: Unser außenpolitischer Spielraum, vor allem gegenüber amerikanischen Interessen, ist äußerst begrenzt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist Amerika nun einmal die Supermacht schlechthin und offenbar auch entschlossen, seine Macht zu gebrauchen. Dies hat Saddam Hussein zu spüren bekommen, und als nächster ist Ghaddafi an der Reihe. Dabei ist Saddam noch längst nicht über den Berg, ebenso wenig wie Syriens Assad.
Was sich hierzulande die wenigsten klarmachen: Amerika braucht uns nicht mehr! Aus einem vielleicht ungeliebten, aber doch notwendigen Bundesgenossen sind wir zu einem reinen Wirtschaftswettbewerber geworden, im übrigen ein Satellit. Insofern hatte die Existenz der vielgeschmähten Sowjetunion auch ihr Gutes: Ohne sie wäre der wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik kaum zustande gekommen.

Lehrreich ist hier das Beispiel der Japaner. Obwohl sie Amerika gleichzeitig hassen und verachten, fürchten sie es auch und vermeiden peinlich jede Konfrontation. Ob es ihnen auf die Dauer etwas nützt, bleibt abzuwarten.

Wir können also im Grunde nur darauf warten, daß den Amerikanern ihr dauerndes weltpolitisches Engagement aus Kostengründen leid wird und sie sich wieder auf ihre eigenen Probleme konzentrieren. Das aber wird erst frühestens nach der übernächsten Präsidentenwahl der Fall sein.

Dr. Helmut Fasbender, Bergisch Gladbach

Betr.: Zionismus »Eine neue Identität für Israel«, Nr. 1/92

Moshe Arens sagte, daß die einzige Sprache, die Israels Feinde verstehen könnten, die Sprache der Gewalt sei.

Er vergaß aber, hinzuzufügen, daß die einzige Sprache, die Israel sprechen kann, die Sprache der Gewalt ist.

Israel muß daher seine Gegner auf welche Weise auch immer und koste es was es wolle, zu Gewalttaten provozieren; denn nur auf diesem Gebiet hat es sich eingerichtet und kann dominieren. Zu den Mitteln der Gewalt gehören dabei nicht nur militärische Machtentfaltung, polizeiliche Unterdrückung, Erpressung und Einschüchterung, sondern auch die Bestechung, bei der die menschlichen Schwächen eben nur auf eine andere Weise zur Unterwerfung von Menschen unter die eigenen Ziele benutzt werden. Über allem aber muß eine weltweite »Wahrheitskontrolle« wachen, denn, wie Alexander Solschenizyn sagte: »Die Gewalt bedeutet nichts, solange sie nicht die Lüge zum Bundesgenossen hat.«

Israel hat nun einmal diese Politik begonnen und setzt sie nun fort, da sie dem Land auch heute noch immer wieder kurzzeitige Vorteile verschafft. Und wird es wohl auch dann noch tun, wenn mehr und mehr langfristige Nachteile anfangen, sich bemerkbar zu machen und seine Politiker zwingen, immer gewaltsamere Maßnahmen zu ergreifen, nur um doch noch zum Ziel zu kommen.

Ist das vielleicht nur ein vorübergehender Zustand, und wird Israel, wenn es noch einige wenige, aber sehr energische, sehr wirksame und sehr menschenverachtende Aktionen durchgeführt hat, den erwünschten Durchbruch erzielen und sich endlich von den Widrigkeiten befreien können, in die es sich durch seine nur auf Gewalt basierende Politik manövriert hat?

Oder wird sich die Politik der Gewalt und der Lüge an den Widerständen, die sie selbst erzeugt, allmählich festfahren? Dazu folgende Überlegung:
Jeder gewaltsame Eingriff in den Ablauf des allgemeinen Geschehens verändert, wenn er wirkungsvoll war, auch die Voraussetzungen, unter denen er wirkungsvoll sein kann.

Da wäre es natürlich vorteilhaft, wenn sich die Voraussetzungen im günstigen Sinne verändern würden. Um dies zu erreichen muß man aber sehr weitsichtig planen, und man müßte alle bedeutenden Faktoren schon im vornhinein als solche erkennen, was unmöglich ist.
Das gewaltsame Vorgehen von Tyrannen aber, das stupide immer nur nach dem Vordergründigen grappschen, jeden Widerstand niederwalzen, jeden Aufrührer liquidieren, jeden Kritiker mundtot machen, jede unliebsame Wahrheit unterdrücken – wenn nötig sogar mit Hilfe des Gerichts – jeder nützlichen Lüge in den Mantel der Wahrheit helfen, das alles hat sich immer nur für den Augenblick bewährt, führte aber früher oder später zum Zusammenbruch eines solchen Systems.

Was also tun? Die Politik und die getroffenen Maßnahmen dürfe nicht gegen die Natur und die dem langfristigen Geschehen innewohnenden Gesetze verstoßen. Denn dann erzwingen sie Veränderungen, die langfristig für den Gewalttäter von Nachteil sind.
Wie aber lauten diese mysteriösen Gesetze? Dazu gibt es nun zwar keine Handreichungen für Tagespolitiker, leider, aber vieles läßt sich aus gewissen Verhaltensregeln, die sich über Jahrtausende bewährt haben, herauslesen, aus Überlieferungen, uralten Regeln und Geboten.

Damit sollten sich auch die Politiker Israels einmal befassen! Das sage ich – Vertreter eines Paria-Volkes – einem Volk, das behauptet, die Zehn Gebote erfunden zu haben.

Ich meine, Israel könnte ja nun einmal zeigen, daß seine Vorfahren diese Gebote nicht nur für andere publiziert haben.

Richard Helm, München

Betr.: Deutschland »Die deutschlandpolitische Herausforderungen«, Nr. 3/92

Betrachtet man die deutsche Politik, so ist heute jeder »rechtsradikal«, der verlangt, daß der Amtseid, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, auch gehalten wird, und der öffentlich auf die Fälle von Meineid hinweist.

Es stellt sich die Frage, ob unsere Regierung überhaupt die Möglichkeit hat, frei zu entscheiden, da die Weltpolitik von der internationalen, geheimen Weltmacht schon hunderte von Jahren im Voraus bestimmt wird. Zum Beispiel wurde schon in der Weihnachtsnummer der englischen Zeitschrift »Truth« von 1890 eine Europakarte mit genau den heutigen Grenzen abgebildet. Schon damals bestand der Plan, Europa so lange in Kriege zu verwickeln, bis diese Grenzen erreicht sind. Zwei Weltkriege haben dazu genügt. 1960 schrieb eine Zeitschrift in der USA: »Wir werden nicht denselben Fehler machen, wie in der Weimarer Republik und das deutsche Volk geschlossen ausbeuten, dann hungert zuerst die Volksmasse und ein neuer Hitler könnte wieder in demokratischen Wahlen an die Macht kommen und uns verjagen.

Wir werden jetzt dem Arbeiter einen sehr guten Lebensstandard bieten. Dann verhält er sich ruhig und wir können ungehindert den ganzen Staat ausbeuten. Zum Schluß werden wir auch dem ganzen Volke alles wieder nehmen, was wir ihm für seine politische Interessenlosigkeit gegeben haben.« Man kann nicht leugnen, daß nun die Ausplünderung des ganzen Volkes begonnen hat.

Eine Streitfrage ist zur Zeit Bonn oder Berlin. Adenauer, der die geheime Weltpolitik kannte, sagte am 30. November 1946 der Zeitung »Die Welt«, daß die zukünftige Hauptstadt nicht Berlin sein wird, sondern eine Stadt im Südwesten. Er muß den Plan über die endgültige polnische Westgrenze gekannt haben, die auf der Linie Hamburg-Bremen-Weser-Kassel-Würzburg-Ulm-Lech festgelegt worden war, der heute in der USA veröffentlichten »Carter-Line«.

Auch Polen kennt diesen Plan und der polnische Staatspräsident Walesa fordert öffentlich die »Ausradierung« des deutschen Volkes von der Europakarte und Bonn als Hauptstadt, weil Polen endgültig Berlin als polnische Stadt beansprucht. Von deutscher Seite wurde gesagt: »Polen hat das Recht zu fordern, und wir haben die Pflicht zu gehorchen.«

Es wird nicht begriffen, oder bewußt verschwiegen, daß die Oder-Neiße von den Polen nur als eine vorläufige Grenze angesehen wird.

In bezug auf die Europakarte von 1890 hat unsere Regierung die damals festgelegte, vorläufige Westgrenze Polens jetzt anerkannt und widerstandslos ganz Ostdeutschland den Polen im Widerspruch zum internationalen Völkerrecht verschenkt.

Der nächste Schritt wird die als »Carter-Linie« bezeichnete endgültige polnische Westgrenze sein.

Daß der Plan besteht, das deutsche Volk zu vernichten, scheint ohne Bedeutung zu sein, beeinflußt den Amsteid nicht und wird dem deutschen Volke verschwiegen. Jeder öffentliche Hinweis darauf wird als »Rechtsradikalismus« bezeichnet und verfolgt.

Durch den ungehinderten Zuzug von Asylanten, soll planmäßig durch Rassenmischung das deutsche Volk in eine »eurasisch-negroide« Mischrasse verwandelt werden (Graf Coudenhove-Kalergi, Präsident der »Pan-Europa-Union«).

Herbert Biemann, Fellbach-Schmiden